

Vorwort!

Durch eine Vielzahl von Analysen und Auswertungen von vorwiegend amtlich statistischen Daten der Bevölkerungsentwicklung und natürlichen Bevölkerungsbewegung sind einige demografische Grundmuster und -entwicklungen der steirischen Bevölkerung hervorgekommen, die Hinweise darauf geben, warum die steirische Fertilität seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf den nunmehr zweitniedrigsten Wert der Gesamtfruchtbarkeitsrate unter den Bundesländern gesunken ist. Gerade aber die durch neue Lebensumstände unterdrückte Fertilität ist ein verschärfender Faktor für die zunehmende Ausprägung eines unausgewogenen Altersaufbaus in der steirischen Bevölkerung. Durch diesen Trend können die überall zu erwartenden gesellschaftlichen Probleme in der Steiermark stärker ausfallen, zumal hier jetzt bereits die zweithöchste Seniorenrate zu registrieren ist.

Wenn in einer solchen Situation hervorkommt, dass gerade Kinderwünsche in der steirischen Bevölkerung und zwar jener im Elteralter gegeben sind, liegt es nahe, die Lebensumstände und Rahmenbedingungen zu erforschen, die zur Zeit auf die innerfamiliäre Geburtenregelung einwirken. Dies wurde von der Landesstatistik Steiermark durch eine spezielle Zusatzerhebung zum Mikrozensus-Sonderprogramm vom September 2002 gelöst. Das Fragenprogramm wurde auch unter Einbeziehung der verschiedenen Projektteams der Initiative KINDERLEBEN erarbeitet. Die Durchführung der Befragung wurde mit dem Interviewerstab des Mikrozensus im Wege einer Zusatzabteilung besorgt. Die Aufarbeitung und Auswertung des Datenmaterials wurde im Zusammenwirken mit der Bundesanstalt Statistik Österreich durchgeführt. Den Mitwirkenden in dieser Bundesanstalt wird für ihr Engagement und ihren Einsatz gedankt.

Zusammen mit den Datenmaterialien befragter Steirer und Steirerinnen aus den Sonderprogrammen des Bundes zum Mikrozensus im September 2001 und September 2002 ergibt die Zusatzerhebung der Steiermark ein abgerundetes Bild. Der Problembereich in dem sich Familien mit Kindern bewegen, umschließt das Dreieck Familie, Beruf und Kinderbetreuung. In allen diesen drei Handlungsfeldern sind Defizite hervorgekommen. Durch abgefragte Akzeptanz von Maßnahmen in der Zusatzerhebung der Steiermark ergaben sich gute Anhaltspunkte über die Stellung der steirischen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 40 Jahren zu dieser Thematik, aber auch welche Maßnahmen in welchen Lebenssituationen der jungen steirischen Bevölkerung wirken können.

Mikrozensusbefragungen sind Befragungen auf Interviewerbasis in einem repräsentativen Querschnitt der steirischen Bevölkerung. Die Auswertung erfolgt über ein Hochrechnungssystem und bietet daher keine exakten Zahlen, sondern Anhaltspunkte, die aber gute Hinweise über Größenordnungen und Strukturen geben. Die Auswertungsergebnisse der vorhin angesprochenen Mikrozensusbefragungen und der Sonderauswertung der Steiermark sind in Tabellenform in einem eigenen Heft dieser Publikationsreihe, nämlich im Heft 6/2003 der „Steirischen Statistiken“, veröffentlicht.

Graz, im Oktober 2003

W. Hofrat Dr. Ernst Burger
Landesstatistiker

AU ISSN 0039-1093

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C - Landesstatistik

Redaktion: W. Hofrat Dr. Ernst Burger, Tel.: 0316/877-2666, FAX: 0316/877-5943, E-mail: landesstatistik@stmk.gv.at

Preis pro Exemplar: € 5,81 + Versandkosten

Druck: Landesdruckerei und Fachabteilung 1A - Zentralkanzlei

Alle: 8010 Graz-Burg, Hofgasse 15

Familiengestaltung und Akzeptanz von Maßnahmen in der steirischen Bevölkerung

Kinderwunsch, Kinderzahl und Rahmenbedingungen

Familiengestaltung in der Steiermark – Befragungsergebnisse der amtlichen Statistik

Endbegutachtung von Ernst Burger und Ines Grabner (Landesstatistik Steiermark)

Das Wichtigste in Kürze	Seite 7
0. Vorbemerkung	Seite 9
1. Ausgangslage: Babyschwund und Seniorenboom	Seite 9
1.1 Generationendisparität: Zweitniedrigste Fertilitätsrate und zweithöchste Seniorenrate in der Steiermark	Seite 9
1.2 Innerfamiliäre Geburtenregelung ist Anpassung an die jeweiligen Lebensbedingungen außerhalb der Familie	Seite 11
1.3 Der Geburtenrückgang kann noch stärker werden	Seite 11
1.4 Die Zahl der potenziellen Eltern ab dem Jahr 2030 ist noch variabel	Seite 11
1.5 Die Zahl der Senioren ist nicht variabel	Seite 12
1.6 Trendwende	Seite
2. Generatives Verhalten in der Steiermark	Seite 14
2.1 Einleitung	Seite 14
2.2 Steiermark: Aspekte der Fruchtbarkeit	Seite 14
3. Mikrozensusbefragung September 2001 - Steiermarkergebnisse	Seite 19
3.1 Einleitung	Seite 19
3.2 Der Kinderwunsch ist höher als die realisierte Kinderzahl	Seite 19
3.3 Fertilitätshemmende Verhaltensmuster in der Steiermark	Seite 21
4. Auswertung des Familien- und Fertilitätssurvey 1996 – Steiermarkergebnisse bezüglich Erst-Geburten-Intensität	Seite 28
4.1 Einleitung	Seite 28
4.2 Geschwisterzahl	Seite 28
4.3 Familienstand	Seite 28
4.4 Regionale Zugehörigkeit	Seite 28
4.5 Bildung	Seite 29
5. Kinderkosten	Seite 30
5.1 Einleitung	Seite 30
5.2 Bilanzen	Seite 30
5.3 Monetäre Nachteile der Familien	Seite 30
5.4 Sozialdemografische Ansätze	Seite 31
6. Mikrozensusbefragung September 2002 – Steiermarkergebnisse bezüglich Kinderbetreuung	Seite 32
6.1 Einleitung	Seite 32
6.2 Kinderbetreuung in Haushalten bzw. Familien	Seite 32
6.3 Außerhäusliche Kinderbetreuung in der Steiermark: Zufriedenheit, Wünsche	Seite 33
7. Zusatzbefragung in der Steiermark September 2002 bezüglich Familien- gründung und Familiengestaltung	Seite 37
7.1 Einleitung	Seite 37
7.2 Hauptergebnisse	Seite 38
7.3 Fazit	Seite 45

Fragen zur Familie

Endbericht zur steirischen Auswertung des Mikrozensus-Sonderprogramms September 2001 von Karin Klapfer (Statistik Austria) im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung

1. Familiäre Bildungs- und Übergangsprozesse	Seite 49
2. Die Familie im Wandel	Seite 49
3. Das Verlassen des Elternhauses	Seite 51
3.1 „Hotel Mama“ wird immer beliebter	Seite 51
3.2 Auszugsgrund Nr. 1: Partnerschaft	Seite 52
4. Die erste Partnerschaft	Seite 53
5. Die (erste) Ehe	Seite 54

6. Elternschaft	Seite	54
6.1 Das erste Kind	Seite	54
6.2 Auswirkung des Zeitpunktes der ersten (bzw. der zweiten) Geburt auf die Parität	Seite	55
6.3 Insgesamt werden 1,96 Kinder gewünscht	Seite	56
6.4 Kinderzahl bei Abgeschlossener Fertilität – Die Steiermark liegt über dem Reproduktionsniveau	Seite	57
6.5 Das Alter beim Eintritt bestimmter Lebensübergänge wirkt sich auf die Fertilität aus	Seite	58
6.6 8 % der Kinder leben in Patchwork-Familien	Seite	60
7. Beeinflusst das Familiennetzwerk den Kinderwunsch?	Seite	61

Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen und deren Auswirkung auf die Fertilität in der Steiermark

Endbericht zur steirischen Mikrozensus-Zusatzerhebung über das Thema Familiengestaltung von Winfried Moser (Statistik Austria) im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung

Zusammenfassung	Seite	67
0. Einleitung	Seite	68
1. Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen	Seite	70
2. Soziodemographische Profile familienpolitischer Maßnahmen	Seite	71
2.1 Strukturelle versus finanzielle Maßnahmen	Seite	72
2.2 Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes, Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes	Seite	73
2.3 Beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe	Seite	74
2.4 Steuererleichterungen	Seite	75
2.5 Flexible Arbeitszeiten	Seite	75
2.6 Bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten	Seite	76
2.7 Kündigungsschutz bis zum fünften Lebensjahr des Kindes	Seite	76
2.8 Aufteilung der Karenzzeit (3,8 %)	Seite	77
2.9 Karenzgeld nach Erwerbseinkommen (3,7 %)	Seite	77
2.10 Karenzregelungen für Väter (2,1 %)	Seite	77
2.11 Zusammenfassung	Seite	77
3. Effekte der Maßnahmen	Seite	78
3.1 Einleitung	Seite	78
3.2 Einfluss auf den Kinderwunsch	Seite	79
4. Was Eltern wollen: Zusammenfassung der Vorschläge zur Erleichterung von Elternschaft	Seite	80
4.1 Strukturelle Vorschläge	Seite	80
4.2 Finanzielle Maßnahmen	Seite	81
5. Paarvergleich: Über die Einigkeit hinsichtlich des Kinderwunsches	Seite	82
6. Abschluss	Seite	84
7. Anhang	Seite	84
7.1 Methodische Anmerkungen	Seite	84
7.1.1 Durchführung der Befragung	Seite	84
7.1.2 Brutto und Nettostichprobe	Seite	84
7.1.3 Soziodemographische Struktur der Stichprobe	Seite	85
7.1.4 Gewichtung und Hochrechnung	Seite	85
7.1.5 Analyse der Fragebogenqualität und des Antwortverhaltens	Seite	86
7.1.6 Kurzer methodologischer Exkurs – Qualitative und quantitative Sozialforschung	Seite	91
Berichte aus der Publikationsreihe „Steirische Statistiken“ seit 1980	Seite	93

FAMILIENGESTALTUNG IN DER STEIERMARK – BEFRAGUNGSERGEBNISSE DER AMTLICHEN STATISTIK

Ernst Burger, Ines Grabner
(Landesstatistik Steiermark)

ENDBEGUTACHTUNG

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Die Unausgewogenheit der Altersstruktur ist ein primäres gesellschaftliches Problem der nächsten Jahrzehnte.
- Die Bevölkerung in der Steiermark altert demografisch schneller und stärker als in anderen Regionen. Wesentliche Gründe dafür sind das nun beginnende Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der 40er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts in das Seniorenalter, damit verbunden die steigende Lebenserwartung und in einem sehr entscheidendem Ausmaß der bereits etwa 4 Jahrzehnte anhaltende Geburtenrückgang. Dies ist auch der einzige noch beeinflussbare Faktor hinsichtlich der zukünftigen demografischen Entwicklung.
- Um im Sinne der Initiative KINDerLEBEN Erkenntnisse zu gewinnen, galt es daher einerseits die soziodemografischen Faktoren für die stark gesunkene Fertilität in der Steiermark festzustellen, als auch die Ziele, Absichten und Wünsche der steirischen Bevölkerung in Bezug auf Familiengestaltung zu erfragen.
- Die vorliegenden Befragungsergebnisse sind vorwiegend Produkte von Mikrozensus-erhebungen in der steirischen Bevölkerung aus den Jahren 2001 und 2002.
- Das generative Verhalten ist überwiegend eine Reaktion auf Rahmenbedingungen außerhalb der Familien.
- Die Kinderwünsche der jungen steirischen Erwachsenen sind hoch und würden, wenn realisiert, zusammen mit den bereits erfolgten Geburten die Fertilität der steirischen Bevölkerung zu einer der höchsten unter den österreichischen Bundesländern anheben und die Zahl der potenziellen Eltern ab 2030 erhöhen.
- Für die steirische Bevölkerungsentwicklung sind insbesondere solche Rahmenbedingungen von Bedeutung, die (noch) Kinderlose dabei unterstützen, ihren Kinderwunsch umzusetzen und ihr erstes Kind überhaupt oder etwas früher zu bekommen.
- Weiters weist die Steiermark (zusammen mit dem Burgenland) im Vergleich zu den übrigen Bundesländern den geringsten Anteil an Drittgeborenen auf. Hier geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es Familien mit bereits zwei Kindern ermöglichen, ihren allenfalls vorhandenen Wunsch nach einem dritten oder weiteren Kind zu realisieren.
- Familienpolitische Bemühungen lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: in finanzielle Maßnahmen und in strukturelle Maßnahmen. Aus der gegenständlichen Analyse ergab sich zudem ein Bedarf nach Unterstützungen im psychosozialen Bereich.
- Insgesamt nannten drei Viertel der Befragten als wichtigste Maßnahme finanzielle Erleichterungen. Die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes bzw. eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes bekamen dabei die meiste Zustimmung.

- Mit ein Grund dafür ist, dass der Großteil der steirischen Eltern aus der Bevölkerungsgruppe mit einem Lehrabschluss als höchster Bildungsstufe und einem mittleren bis unteren Haushaltseinkommen kommt.
- Ein Viertel der Befragten wünscht sich an erster Stelle strukturelle Verbesserungen, primär eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie eine Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- Die Analysen machen deutlich, dass die einzelnen familienpolitischen Maßnahmen aufgrund der verschiedenen angesprochenen Zielgruppen unterschiedliche Wirkungen erzielen.
- Noch kinderlose Steirerinnen und Steirer tendieren stark zu „vertrauensbildenden Maßnahmen“ wie etwa die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes sowie eine zeitliche Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes. Solche Maßnahmen vermitteln ein Gefühl von Sicherheit, welches den Schritt in die Elternschaft erleichtert.
- Personen, die bereits kleine Kinder haben, artikulieren hingegen eher eine finanzielle Unterstützung, da nunmehr die Kinderkosten spürbar werden. Diese vorwiegend jungen Paare mit einem oder zwei kleinen Kindern votieren – ebenso wie Personen der unteren Bildungsstufen – besonders häufig für eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes.
- Die Erhöhung bzw. Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes ermutigt überdies Eltern zu einem (weiteren) Kind.
- Eltern mit bereits jugendlichen Kindern, wo die Kinderkosten noch höher sind, tendieren hingegen zu einer beträchtlichen Erhöhung der Familienbeihilfe. Insbesondere (alleinverdienende) Männer sprechen sich hier überdurchschnittlich oft für Steuererleichterungen aus. Hier liegt jedoch eher ein sozialpolitischer Wunsch als ein fertilitätssteigernder Effekt vor.
- Strukturelle Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten und die Schaffung guter kostengünstiger Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden vor allem von Personen mit mittlerer oder höherer Schulbildung und von Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen und Müttern von einem kleinen Kind, besonders gefordert. Sie dienen auch der Ermutigung von kinderlosen Personen mit Kinderwunsch zu einer Elternschaft.
- Am stärksten ist der Kinderwunsch bei den noch Kinderlosen, einer auch zahlenmäßig in der Steiermark großen Personengruppe. Immerhin beträgt der Anteil der (noch) kinderlosen Steirerinnen im Alter zwischen 29 und 39 Jahren fast 40 %. Sie sind daher – sofern sie einen Kinderwunsch haben – die erste und wichtigste Zielgruppe. Denn auf ein erstes Kind folgt oft ein zweites.
- Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Zusammenhänge äußerst komplex sind und die Wirksamkeit jeder politischen Maßnahme zur Fertilitätssteigerung von einem breiten Kontext abhängt. Deshalb ist in diesem Zusammenhang keinesfalls nur noch die Familienpolitik gefordert, sondern auch zahlreiche andere Politikfelder wie etwa Soziales, Arbeitsmarkt, Jugend, Senioren, Wohnbau, Gleichstellung von Mann und Frau, usw.

0. VORBEMERKUNG

Die Ergebnisse von Bevölkerungsprognosen bis 2050 auf der Ebene der steirischen Bezirke führten zur Begründung der Initiative KINDerLEBEN durch Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 15. Oktober 2001. Noch beeinflussbarer Faktor der großteils bereits vorhersehbaren demografischen Entwicklung wäre die Hebung des Geburtenniveaus.

Da es kein allgemein gültiges Interventionskonzept zur Fertilitätssteigerung gibt, muss jedes Land für sich den seinen eigenen Traditionen und Institutionen entsprechenden Weg finden. Dazu gilt es die Wünsche, Ziele und Absichten der jungen Steirerinnen und Steirer bezüglich Familiengestaltung, Kinderwunsch und Kinderzahl ebenso zu analysieren wie die Gründe für die Nichtverwirklichung dieser Lebensperspektiven.

Beides ist erfolgt und wird im folgenden diskutiert.

1. AUSGANGSLAGE: BABYSCHWUND UND SENIORENBOOM¹

1.1 GENERATIONENDISPARITÄT: ZWEITNIEDRIGSTE FERTILITÄTSRATE UND ZWEITHÖCHSTE SENIORENRATE IN DER STEIERMARK

Innerhalb jeder Gesellschaft hängt die Stabilität und Gerechtigkeit in den Generationenbeziehungen und in den aus ihnen entstandenen Sicherungssystemen ganz entscheidend von der sich aus Geburtenraten entwickelnden Altersstruktur ab.

Tabelle 1: Das Generationenproblem

Die Gewichte der Altersgruppen in der Steiermark verschieben sich, wenn nichts passiert.

Alter	1983	2003	2023	2043
0 – 14 J.	20 %	15 %	13 %	12 %
15 – 59 J.	61 %	62 %	57 %	50 %
60+ J.	19 %	23 %	30 %	38 %

1983: noch relative Ausgeglichenheit (1/5 zu 3/5 zu 1/5)

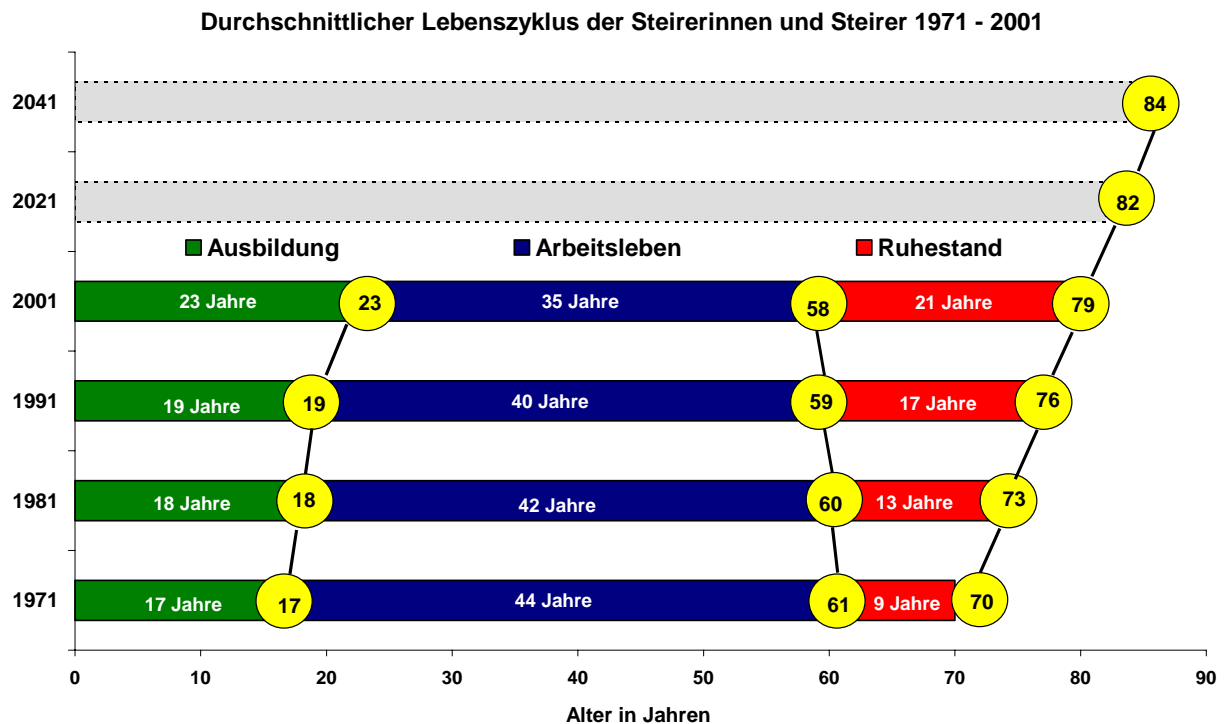
2003: bereits gekippt

Die derzeitigen demografischen Indikatoren weisen die Steiermark als Bundesland mit der österreichweit zweitniedrigsten Gesamtfruchtbarkeitsrate (2002: 1,3 Kinder pro Frau) und der zweithöchsten Seniorenrate (2002: 22,7%) aus. Ungünstigere Relationen bestehen nur noch im Burgenland.

¹ E. Burger: „Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 1/2003, Graz 2003

Mit der Verlängerung der Ausbildungszeiten einerseits und der Ruhestandszeiten andererseits ergeben sich völlig neue Phasenmuster im durchschnittlichen Lebenszyklus der steirischen Bevölkerung (siehe Grafik 1). Zusammen mit den Folgen des bereits 4 Jahrzehnte währenden Geburtenrückganges verschärft sich dadurch zusätzlich die Instabilität in der Generationenbeziehung.

Grafik 1



Wenn man eine **geringe Fruchtbarkeit als Problem** für die Zukunft ansieht, dann ist umgekehrt und konsequenterweise eine Zielvorstellung bezüglich einer ausreichenden Fruchtbarkeit gegeben. Wann diese ausreichend ist, muss jedoch definiert werden. Die dahinterliegenden Ziele sind in der Regel vage und auf Reproduktion der Gesellschaft bzw. reibungslose Einhaltung des Generationenvertrages ausgerichtet. Im Wesentlichen sind solche Ziele gesellschaftliche Werteentscheidungen, für die statistische Informationen die Fakten liefern.

Bei derzeit durchschnittlich etwa 1,3 Kindern pro steirischer Frau (Gesamtfruchtbarkeitsrate 2002) müssten in Zukunft um etwa 2 Drittel (!) mehr Kinder zur Welt kommen, um die steirische Bevölkerung konstant zu halten und damit dem bevorstehenden, immer stärker werdenden Ungleichgewicht im Altersaufbau entgegenzuwirken.

Ist ein solches Ziel nicht erreichbar, weil es unrealistisch ist, sollte zumindest eine Annäherung angestrebt werden. Wenn in einer solchen Situation Kinderwünsche bestehen, die nicht realisiert werden bzw. werden können, entsteht naturgemäß die Forderung nach geänderten Rahmenbedingungen. Nach Rahmenbedingungen, welche jeder Paarfamilie jene Kinderzahl ermöglicht, die sie sich wünscht. Solche Rahmenbedingungen sollten sukzessive darauf ausgerichtet sein, dass es zumindest nicht von Nachteil ist, Kinder zu haben. Familie, Partnerschaft und Kinder haben nämlich für die Bevölkerung immer noch einen hohen Stellenwert.

Warum in bestimmten Perioden von einer Gesellschaft mehr Geburten als in anderen hervor- gebracht werden, wird über die Analyse von Kausalzusammenhängen zwischen Geburten und Lebensbedingungen zu erklären versucht.

1.2 INNERFAMILIALE GEBURTENREGELUNG IST ANPASSUNG AN DIE JEWEILIGEN LEBENSBEDINGUNGEN AUßERHALB DER FAMILIE

Eine solche Anpassung ist mit modernen Antikonzeptivas zwar konsequenter gestaltbar, stellt primär jedoch eine höchst individuelle und persönliche Entscheidung von Paaren dar. In ihrer Summe prägen diese Anpassungen wiederum das generative Verhalten einer Generation.

Das generative Verhalten entspringt somit zwar aus der Privatsphäre, hat aber als Summe von Einzelentscheidungen Auswirkungen von größter Bedeutung und Tragweite für die Gesellschaft. Denn das Fruchtbarkeitspotenzial (die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter) und der Altersaufbau in der nächsten Generation wird von der jetzt lebenden Elterngeneration maßgeblich mitbestimmt.

Das generative Verhalten ist somit eine zentrale Ausgangsvariable, die im Gegensatz zu bereits vorgegebenen Bevölkerungsstrukturen (zB hoher Seniorenanteil) noch veränderbar ist.

1.3 DER GEBURTENRÜCKGANG KANN NOCH STÄRKER WERDEN

Der in den vergangenen nunmehr bereits fast 4 Jahrzehnten bemerkbare Geburtenrückgang ist schon lange nicht mehr allein ein unmittelbares Ergebnis der eingeschränkten Fertilität, sondern wird bereits verstärkt durch die laufend geringer werdende Zahl potenzieller Mütter bzw. Eltern.

Rückläufige Geburtenzahlen bedingen eben 20 bis 30 Jahre später geringere Zahlen an potenziellen Eltern. Sofern diese das gleiche generative Verhalten ihrer Eltern übernehmen und nicht zu mehr Kinder neigen, ergibt sich rein rechnerisch eine Abnahme der künftigen Geburten. Es handelt sich also um einen sich selbst verstärkenden Prozess.

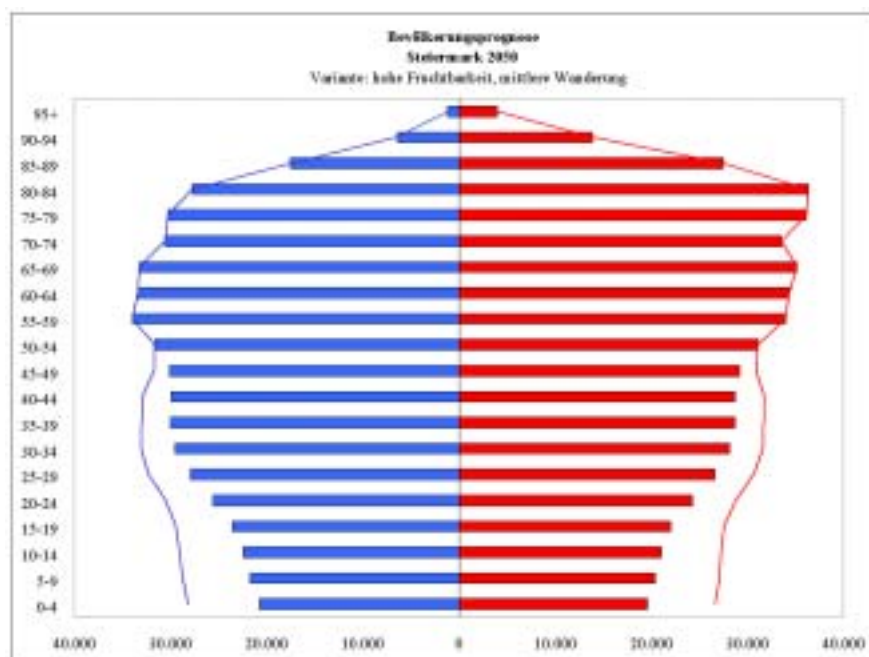
1.4. DIE ZAHL DER POTENZIELLEN ELTERN AB DEM JAHR 2030 IST NOCH VARIABLE

Welche Bedeutung einer raschen Einflussnahme zukommt, wird deutlich, wenn Prognosen ausweisen, dass sich bei Fortsetzung des derzeitigen Trends das Fruchtbarkeitspotenzial der steirischen Bevölkerung vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2030 um 30 % verringern wird. Das heißt die Zahl der Steirerinnen im gebärfähigen Alter wird aus jetziger Sicht von derzeit 258.000 auf nur noch 180.000 zurückgehen. Ein solcher Rückgang könnte nur durch eine moderate Erhöhung der Geburtenzahlen und/oder verstärkte Zuwanderung in den nächsten Jahren abgeschwächt werden. Sollte es gelingen, die steirische Gesamtfruchtbarkeitsrate von derzeit 1,3 Kindern pro Frau im Zeitraum von 20 Jahren, also bis etwa 2020, sukzessive auf ein Niveau von 1,75 zu heben, sieht die steirische Altersverteilung im Jahr 2050 wesentlich

entschärfter aus. Dass dies durchaus möglich sein könnte, zeigen Vergleichszahlen aus Europa. So lag die Gesamtfruchtbarkeitsrate im Jahr 2001 etwa in Dänemark bei 1,74, in Frankreich sogar bei 1,9 Kindern pro Frau.

In der folgenden Grafik wird dies durch die Linien ausgedrückt. Die Balken hingegen zeigen die Entwicklung unter der auch aufgrund internationaler Vergleiche wahrscheinlichen Annahme einer moderaten Steigerung der GFR bis 2015 auf 1,45 Kinder pro Frau.

Grafik 2



1.5 DIE ZAHL DER SENIOREN IST NICHT VARIABEL

Im Gegensatz zu den Eltern und Kindern von morgen leben die zukünftigen Senioren bereits. Ihre Zahl ist daher relativ gut abschätzbar und wird in der Steiermark im Jahr 2050 etwa 401.000 ausmachen. Das wären 39 % der Bevölkerung, sprich fast 4 von 10 Einwohnern in der Steiermark wären dann 60 Jahre oder älter. Die Folgen sind derzeit noch nicht spürbar, aber durchaus abschätzbar: 23 % mehr Arztbesuche, 35 % mehr Spitalstage in Akutbetten, 65 % mehr Pflegeheiminsassen und der Bedarf nach Betreuung durch soziale Dienste steigt um 78 % (Österreichprognose).²

1.6 TRENDWENDE

Eine rasch sichtbare Trendwende ist zwar undenkbar, weil sich demografische Prozesse nur langfristig über Generationenabläufe verändern, entsprechende Maßnahmen sind daher aber umso rascher zu setzen.

² J. Kytir: „Demografische Alterung - Herausforderungen für das Gesundheitssystem und die Gesundheitsstatistik“, in: „Demographie im interdisziplinären Kontext“, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2002, Seite 52ff

Für das Herbeiführen einer Trendwende im generativen Verhalten sind auch **spezielle Lebensumstände** erforderlich, die einem familien- und kinderfreundlichen Klima entsprechen. Das heißt auch: **keine Benachteiligung von Familien mit Kindern**. Solange dies der Fall ist, kommt es über die innerfamiliäre Geburtenregelung zu einer Reaktion auf solche benachteiligenden Lebensbedingungen in Form von Geburtenreduktion.

Wenn in einer solchen demografischen Situation durch Befragungen hervorkommt (siehe Punkte 3), dass in der Steiermark der Wunsch nach Kindern stärker ist als in vielen anderen Bundesländern, so liegt eine **an sich positive Ausgangslage** vor. Leider weicht der Wunsch von der Realität in der Steiermark stark ab, was de facto zur zweitniedrigsten Gesamtfruchtbarkeitsrate führt.

Sollte aus gesellschaftspolitischen Überlegungen eine steuernde Vorgangsweise erwünscht sein, so sind offensichtlich zwei Schritte zu tun:

Erstens:

Informationsgewinnung. Sämtliche Bemühungen um eine Fertilitätssteigerung müssen darauf beruhen, die Gründe für das niedrige Niveau der Fertilität in der Steiermark zu erforschen.

Zweitens:

Maßnahmenfestsetzung. Aus der Informationsgewinnung sind sodann mögliche, taugliche Instrumente zur Beeinflussung der entsprechend notwendigen Rahmenbedingungen abzuleiten.

Nach dieser Vorgabe wurde das Arbeitsprogramm der **Landesstatistik Steiermark** in den vergangenen beiden Jahren ausgerichtet, um der Initiative **KINDEerLEBEN** Unterstützung zu geben. Zum einen wurden die Muster des generativen Verhaltens in der Steiermark untersucht, die zum Absinken der steirischen Fertilität führten, und zum anderen wurden Mikrozensusbefragungen ausgewertet und analysiert, um Anregungen für Strategien zu erhalten.³

³ E. Burger: „Kind sein in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 7/2001, Graz 2002

I. Buber; E. Burger: „Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 8/2001, Graz 2002

E. Burger: „Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 1/2003, Graz 2003

M. Mayer: „Natürliche Bevölkerungsbewegung 2002 mit Trendbeobachtungen“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 3/2003, Graz 2003

W. Moser: „Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Fertilität in der Steiermark“, Auswertung der steirischen Zusatzerhebung zum Mikrozensusprogramm September 2002, 2003; in diesem Heft

I. Grabner: „Statistische Analysen der Lebendgeburtenszahlen nach Alter, Bildung und Beruf und Geburtenfolge der steirischen Mütter“, 2000, 2001 und 2002. Bisher unveröffentlicht (2002 und 2003)

K. Klapper: „Fragen zur Familie“, Steirische Sonderauswertung zum Mikrozensussonderprogramm September 2001, 2003; in diesem Heft

J. Kytir, B. Wiedenhofer-Galik: „Familienstrukturen und Familienbildung“, Ergebnisse des Mikrozensusprogrammes September 2001, Bericht des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien 2003.

J. Kytir, K. Schrittwieser: „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“, Ergebnisse des Mikrozensusprogrammes September 2002, Bericht des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien 2003.

2. GENERATIVES VERHALTEN IN DER STEIERMARK

2.1 EINLEITUNG

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die demografische Entwicklung einer rückläufigen Fruchtbarkeit und einer damit verbundenen Ungleichgewichtung im Altersaufbau nicht alleine ein steirisches Phänomen ist. Es entspricht einem Grundtrend in allen entwickelten Staaten. In der Steiermark verläuft dieser Prozess jedoch teilweise rascher und intensiver als anderswo. Der Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau ist daher ein generelles Problem am Ende des 20. und am Beginn des 21. Jahrhunderts. Erklärungen gibt es hierfür viele.

Als gesamtgesellschaftliche Ursachen werden in der reichhaltigen Literatur etwa die Relativierung traditioneller Werte und Normen, die Ausgestaltung individueller Lebensformen und die immer schwieriger werdende Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeführt.

In der Industriegesellschaft waren beispielsweise wirtschaftliche Produktion (Berufsarbeit) und gesellschaftliche Reproduktion (Familienarbeit) noch weitestgehend getrennt und hatten in der Kleinfamilie ihre Klammer. In der postmodernen Gesellschaft wird vieles komplexer, wie zB die Form des partnerschaftlichen Zusammenlebens, wer wo wie arbeitet, die Auffassung von Sexualität und Liebe sowie deren Einbindung in Ehe und Familie.

Da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft ihre Grenzen hat, wird versucht, die Betreuung von Kindern in einem steigenden Maß von der Familie hinaus zu verlagern, wofür jedoch oft eine unzureichende Infrastruktur vorgefunden wird. Strukturelle Maßnahmen gewinnen daher immer mehr an Bedeutung. Das ist auch Stand der internationalen Forschung.⁴

Derzeit ist die Anzahl der Kinder pro Paar in Europa in jenen Ländern sehr hoch, wo bei hoher Erwerbstätigkeit der Frauen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden konnte. Dort ist häufig die Arbeitswelt familienfreundlicher gestaltet und eine institutionelle Kinderbetreuung zumeist kostengünstig gewährleistet. Daraus lässt sich ableiten, dass das generative Verhalten dort positiv motiviert ist, wo Sicherheit am Arbeitsplatz, Kalkulierbarkeit des Einkommens und familienfreundliche Arbeitsbedingungen gegeben sind und ein kinder- wie auch familienfreundliches Klima in der Gesellschaft vorherrscht.

2.2 STEIERMARK: ASPEKTE DER FRUCHTBARKEIT⁵

Die statistischen Trends und Muster für die Steiermark lassen sich aus Zeitreihenuntersuchungen sowie Analysen von Strukturveränderungen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung ableiten.

⁴ C. Bagavos, C. Martin: "Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen", Synthesebericht zur Jahrestagung in Sevilla im September 2000; Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialiensammlung, Heft 10, Wien 2001.

⁵ E. Burger: „Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark, in: „Steirische Statistiken“, Heft 1/2003, Graz 2003

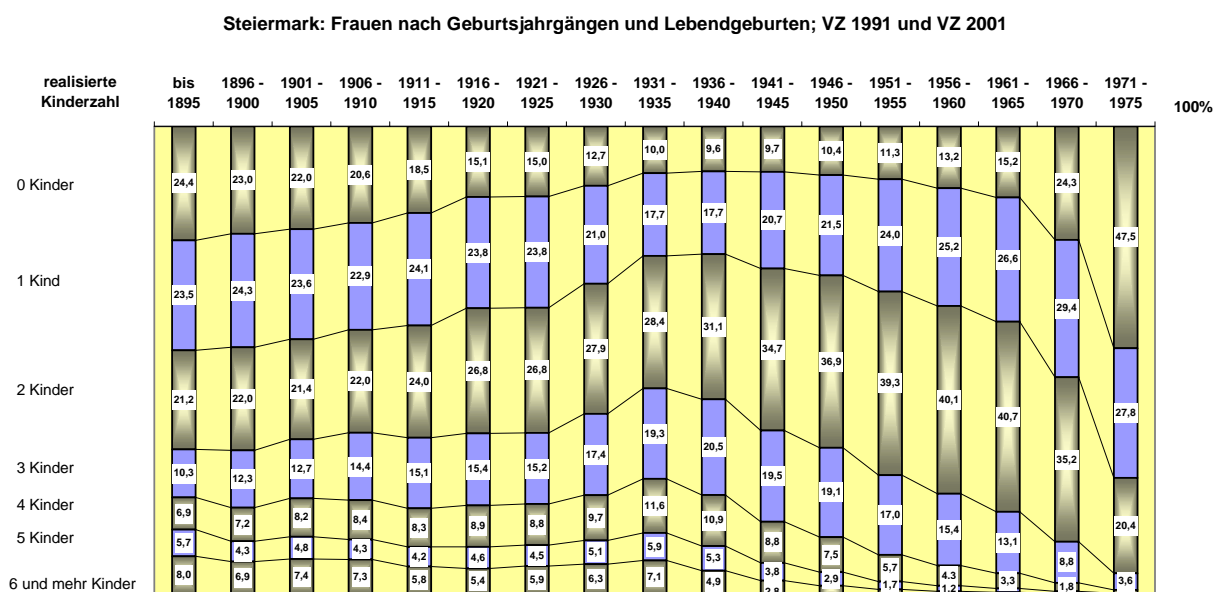
Reduktion der ehelichen Fruchtbarkeit

Die aktuelle Fruchtbarkeitsabnahme in der Steiermark wird deutlich von der Reduktion der ehelichen Fruchtbarkeit beeinflusst. Diese war immer höher als die uneheliche. Die Differenz zur unehelichen Fruchtbarkeit wird aber immer kleiner. Dennoch bleibt die uneheliche Fruchtbarkeit wesentlich geringer als die eheliche. Die **Unehelichenrate** der Lebengeborenen ist in der Steiermark die zweithöchste nach Kärnten. Die Reduktion der ehelichen Fruchtbarkeit nach 1964 setzte dabei vor allem in den höheren Geburtenrängen (4 und mehr Kinder) ein.

Reduzierung der Familiengröße

Besonders die ab 1950 geborenen steirischen Frauen erproben neue Muster und verringern mit ihren Partnern die **Familiengröße** deutlich. Immer weniger Familien entscheiden sich zu einem 3. oder gar 4. Kind (siehe Grafik 3). Aus demografischer Sicht ist das der Hauptgrund für den starken Rückgang der Kinderzahlen in den vergangenen Jahrzehnten. Darüber hinaus sind auch Tendenzen zu einer neuen Kinderlosigkeit erkennbar.

Grafik 3



Quelle: Tabelle 1

Trend zur Spätgeburt

Wie überall wirkt sich auch in der Steiermark der Trend zur Spätgeburt fertilitätshemmend aus, denn der Zeitpunkt der Geburt des 1. Kindes ist in der Fertilitätstheorie von wesentlicher Bedeutung. Das **Durchschnittsalter** der unehelichen Mütter liegt in der Steiermark derzeit bei 27 Jahren, das der verheirateten Mütter bei 30 Jahren. Das Durchschnittsalter bei allen Geburten ist mit 29 Jahren zu errechnen. Bei der Erstgeburt betrug das Durchschnittsalter der steirischen Mütter im Jahr 2002 bereits 27,2 Jahre (2000: 26,6, 1990: 25,9).

Das Durchschnittsalter steigt dabei erwartungsgemäß mit der erworbenen Bildung der Mütter. Von 27 Jahren bei jenen mit Pflichtschulausbildung bis zu 32 Jahren bei den Akademikerinnen. Während im Vergleich in den 60er Jahren des 20. Jh. die massivsten Rückgänge der Fruchtbarkeit bei den steirischen Frauen in den mittleren und höheren Altersgruppen erfolgten, weil die Kinderzahlen pro Frau und Familie reduziert wurden, sind seither vor allem Rückgänge bei den jüngeren Frauen zu beobachten. Gleichzeitig steigt die Rate der Kinderlosigkeit.

Steigende Kinderlosigkeit

Während die steirischen Frauen der Geburtsjahrgänge 1936 bis 1945 noch zu weniger als 10 % kinderlos blieben, sind es die Geburtsjahrgänge von 1961 bis 1965 schon zu 15 % (VZ 2001). Da Erstgeburten im Alter von 35 bis 40 Jahren nicht sehr häufig sind, wird sich die Kinderlosenrate bei den Frauen dieser Altersgruppe auch kaum noch verändern (siehe Tab. 2).

Tabelle 2:

Steiermark							
Frauen nach Geburtsjahrgängen und Lebendgeburten, VZ 1991 und 2001							
Geburtsjahrgänge	realisierte Kinderzahl in %						
	0	1	2	3	4	5	6 und mehr
bis 1895	24,4	23,5	21,2	10,3	6,9	5,7	8,0
1896 - 1900	23,0	24,3	22,0	12,3	7,2	4,3	6,9
1901 - 1905	22,0	23,6	21,4	12,7	8,2	4,8	7,4
1906 - 1910 ¹	20,6	22,9	22,0	14,4	8,4	4,3	7,3
1911 - 1915	18,5	24,1	24,0	15,1	8,3	4,2	5,8
1916 - 1920	15,1	23,8	26,8	15,4	8,9	4,6	5,4
1921 - 1925	15,0	23,8	26,8	15,2	8,8	4,5	5,9
1926 - 1930	12,7	21,0	27,9	17,4	9,7	5,1	6,3
1931 - 1935	10,0	17,7	28,4	19,3	11,6	5,9	7,1
1936 - 1940	9,6	17,7	31,1	20,5	10,9	5,3	4,9
1941 - 1945	9,7	20,7	34,7	19,5	8,8	3,8	2,8
1946 - 1950	10,4	21,5	36,9	19,1	7,5	2,9	1,7
1951 - 1955	11,3	24,0	39,3	17,0	5,7	1,7	0,9
1956 - 1960	13,2	25,2	40,1	15,4	4,3	1,2	0,5
1961 - 1965	15,2	26,6	40,7	13,1	3,3	0,8	0,3
1966 - 1970	24,3	29,4	35,2	8,8	1,8	0,4	0,1
1971 - 1975	47,5	27,8	20,4	3,6	0,7	0,1	-

¹ Angaben nach VZ 1991, danach VZ 2001

Quelle: VZ 1991,2001; Bearbeitung: Statistik Austria und LASTAT Steiermark

In den jüngeren Geburtsjahrgängen ist sogar mit einer noch höheren Kinderlosigkeit zu rechnen, denn auch wenn laut Befragungen (Mikrozensus September 2001) nur weniger als 6 % der jungen Steirerinnen kinderlos bleiben wollen, so werden wahrscheinlich zwischen 20 und 25 % dieser Frauen dennoch keine eigenen Kinder haben.

Wenig Drittgeborene

Jene Bundesländer mit den geringsten Gesamtfruchtbarkeitsraten, nämlich Burgenland, Steiermark und Wien, weisen auch jährlich die geringsten Anteile an drittgeborenen Kindern auf. Umgekehrt haben jene Bundesländer mit den höchsten Gesamtfruchtbarkeitsraten wie Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg die höchsten Anteile bei den Drittgeborenen der letzten Jahre.

Einfluss von Bildung und Lebensunterhalt

Anhand steirischer Daten ist bei einer Betrachtung der höchsten abgeschlossenen Bildungsstufe der Mütter eine Neigung zu kinderreichen Familien nur noch bei Frauen mit Pflichtschulabschluss und Absolventinnen von Mittleren Schulen zu erkennen. Nach dem Lebensunterhalt bei den nicht berufstätigen Hausfrauen, den Landwirtinnen und etwas eingeschränkt bei Lehrerinnen bzw. Akademieabsolventinnen.

Das alles sind jedoch weibliche Bevölkerungsgruppen mit abnehmender Zahlenstärke. Mit dem Trend zu einem formal höheren Bildungsabschluss verringert sich von Jahr zu Jahr die Zahl jener Frauen, die nur einen Pflichtschulabschluss erreichen. Die steigende weibliche Erwerbsquote verringert andererseits die Zahl der Hausfrauen und der abnehmende Trend im primären Sektor dezimiert die Zahl der Landwirtinnen. Die Lehrerinnen selbst sind in ihrer Zahlenstärke durch die abnehmenden Schülerzahlen gefährdet.

Neuerdings ist auch zu vermerken, dass Pflichtschulabsolventinnen ebenfalls bereits Geburten in höheren Geburtenfolgen offensichtlich im Hinblick auf ein Armutsrisiko zu reduzieren beginnen. Der Rückgang der Kinderzahlen ist hier deutlich stärker als bei vom Bildungsstand her besser qualifizierten Frauen. Maturantinnen und Akademikerinnen präferieren in der Regel ein bis zwei Kinder, wobei aber auch hier große Kinderverzichtspotenziale liegen, denn mit steigendem Bildungsniveau erhöht sich der Anteil zeitlebens kinderloser Frauen. Gefragt nach der gewünschten Kinderzahl zeigen sich jedoch nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsstufen.

Gesellschaftliche Entwicklung

Unter allen Bundesländern erfolgte die **Tertiärisierung**, d. h. der verstärkte Übergang von der Produktion zur Dienstleistung, als letztes und spürbarer erst ab den 80er Jahren im Burgenland und in der Steiermark. Vor allem in der Steiermark sank die Gesamtfruchtbarkeitsrate während dieser Übergangszeit unter jene Österreichs. Zugleich ließ der expandierende Dienstleistungssektor den Frauenerwerb ansteigen.

Trend zu Frauenerwerb

Der **Frauenerwerb** ist in der Steiermark bis in die 80er Jahre tendenziell stärker gestiegen als im Österreichdurchschnitt. Dann hat sich die Entwicklung jedoch abgeschwächt, sodass die

Erwerbsquote der 15 bis 64-jährigen Steirerinnen derzeit knapp unter dem Österreich-durchschnitt liegt. Die **Erwerbsquote** der 20 bis 40-jährigen **steirischen Frauen** lässt sich mit durchschnittlich etwa **66 %** errechnen und wird bis 2020 mit 75 % prognostiziert. Die steirische Gesamtfruchtbarkeitsrate ist hingegen ab den 80er Jahren unter das Österreich-niveau gefallen, wobei sich in den letzten Jahren die Abstände vergrößert haben.

Auch internationale Vergleiche bestätigen, dass sich hohe Frauenerwerbsquoten und eine hohe Fertilität nicht generell widersprechen müssen, sofern gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorliegen. So zählen beispielsweise Dänemark und Finnland innerhalb der EU sowohl beim Frauenerwerb als auch bei der Gesamtfruchtbarkeitsrate zu den Spitzenreitern, während Spanien, Italien und Griechenland sowohl die niedrigsten Fertilitätsraten als auch die niedrigsten weiblichen Beschäftigungsquoten aufweisen.

Bedarf an Kinderbetreuung steigt

Frauenerwerb wird notwendig, um weibliche Biografien abzusichern, das Familieneinkommen zu erhöhen oder einen bestimmten Lebensstandard der Familie zu erreichen bzw. zu erhalten. Dadurch steigt der Bedarf an außerhäuslicher Kinderbetreuung. Diese wird dann unrentabel, wenn sie zu teuer ist bzw. das über den Frauenerwerb erreichte Zusatzeinkommen ausgleicht oder sogar übersteigt.

Mehr Teilfamilien

Ein gut funktionierendes, qualitätsvolles Kinderbetreuungsangebot ist vor allem für alleinlebende und alleinstehende Mütter (Teilfamilienerhalter) von Bedeutung. Sie sind zu etwa 80 % gezwungen, einem Erwerb nachzugehen. Allerdings haben Teilfamilien durchschnittlich eine geringere Kinderzahl als Vollfamilien. Die zweithöchste **Teilfamilienquote** unter den Bundesländern ist (nach Wien) mit 14 % in der Steiermark zu finden. Auch darin ist ein fertilitätshemmender Faktor zu sehen.

Geringe Ausländerzahlen

Beide Bundesländer, nämlich das Burgenland und die Steiermark, weisen seit den 70er Jahren die **niedrigsten Ausländerquoten** auf. Und dennoch: Die steirische Gesamtfruchtbarkeitsrate wäre ohne den Geburtenzuwachs durch die ohnehin geringe ausländische Wohnbevölkerung noch niedriger. Denn auf die rund 5 % der steirischen Bevölkerung mit fremder Staatsangehörigkeit entfallen jährlich immerhin etwa 9 bis 10 % der Gesamtgeburten. Die **Gesamtfruchtbarkeitsrate der Ausländer** in der Steiermark ist im Durchschnitt um ein Drittel **höher** als die der Inländer.

3. MIKROZENSUSBEFragung SEPTEMBER 2001 - STEIERMARKERGEBNISSE

3.1 EINLEITUNG

Mit diesem Mikrozensus-Sonderprogramm „Fragen zur Familie“ wurden wichtige Themen zur heutigen Familiensituation abgefragt. Unter anderem die Situation eines generationsübergreifenden familialen Beziehungsnetzes, Themen der Familienbildung sowie der generelle Wunsch nach eigenen Kindern und deren Realisation.

Bezüglich der detaillierten Auswertung wird auf den zweiten Bericht in diesem Heft „Fragen zur Familie – Steirische Sonderauswertung zum Mikrozensus-Sonderprogramm September 2001“ von Karin Klapfer⁶ hingewiesen.

Einige wesentliche Ergebnisse seien hier zusammenfassend dargestellt.

3.2 DER KINDERWUNSCH IST HÖHER ALS DIE REALISIERTE KINDERZAHL

Aus bevölkerungswissenschaftlicher Sicht ist für ein Absinken der Fertilität das Auseinanderklaffen zwischen Kinderwunsch und Realität einerseits und das Ansteigen der Kinderlosigkeit andererseits von primärer Bedeutung. Abgesicherte Erkenntnisse können diesbezüglich jedoch nur über Zeiträume gewonnen werden, die bereits Jahrzehnte zurückliegen, da eine sogenannte Kohortenfertilität eines Geburtsjahrganges bzw. einer Altersgruppe von Frauen erst dann festgestellt werden kann, wenn sie das Alter der Fruchtbarkeit überschritten haben.

Tabelle 3

Realisierte Kinderzahl der Frauengeburtjahrgänge bis 1960							
Bundesland	keine Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 und mehr Kinder	im Durchschnitt
in %							
Burgenland	8,8	18,9	40,1	20,7	7,6	4,0	2,15
Kärnten	12,2	18,9	34,9	18,0	7,9	8,0	2,22
Niederösterreich	13,2	24,7	33,7	17,0	5,9	5,4	1,99
Oberösterreich	11,3	17,7	32,8	21,4	10,2	6,5	2,28
Salzburg	10,8	20,7	34,5	18,5	9,2	6,3	2,19
Steiermark	13,0	20,6	33,9	17,0	8,6	6,8	2,15
Tirol	12,4	18,7	31,1	19,1	9,6	9,1	2,31
Vorarlberg	12,9	14,2	32,3	19,3	11,3	10,1	2,40
Wien	24,1	31,6	29,6	9,8	2,9	2,0	1,44
Österreich	14,6	22,6	32,7	16,7	7,3	5,7	2,02

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Sonderprogramm „Fragen zur Familie, September 2001

Hier liegt die Steiermark mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 2,15 Kindern je Frau im Alter von 40 Jahren oder älter über dem gesamtösterreichischen Niveau von 2,02 Kindern und damit auch über dem demografischen Reproduktionsniveau von 2,08 Kindern pro Frau. Dies entspricht auch der Beobachtung, dass die Gesamtfruchtbarkeitsrate in der Steiermark bis in die 80er Jahre höher lag als jene in Österreich.

⁶ Bericht in diesem Heft, Seite 47 bis 63

Dazu ist allerdings anzumerken, dass diese aktuelle Berechnung für Österreich durch eine extrem niedrige durchschnittliche Kinderzahl in Wien bedingt ist. Mit 2,15 Kindern je Frau liegt die Steiermark nämlich unter den Bundesländern gleich auf mit dem Burgenland auf Rang 6. Niedriger sind die Werte nur in NÖ und Wien (siehe Tabelle 3).

Bei den jüngeren Generationen, deren Fertilitätsphase noch nicht abgeschlossen ist, muss man sich damit behelfen, dass zur Zahl der bereits realisierten, d.h. geborenen Kinder, die zusätzlich gewünschte Kinderzahl abgefragt wird.

Die derzeit etwa 20 bis unter 40-jährigen Steirerinnen haben im Durchschnitt etwas über ein Kind bereits realisiert und würden inkl. der zusätzlich gewünschten Kinder einen Wert von 1,96 erreichen. Man kann für die derzeit im reproduktiven Alter stehenden Frauen in der Steiermark jedoch davon ausgehen, dass sie im Endeffekt doch deutlich unter dem demografischen Reproduktionsniveau von 2,08 Kindern pro Frau bleiben werden. Im Österreichvergleich zeigt sich nämlich, dass sich die steirischen Frauen zwar etwas mehr Kinder als der Österreichdurchschnitt wünschen, bereits realisiert haben sie im Vergleich zu anderen Bundesländern jedoch etwas weniger.

In der Steiermark weicht der Wunsch von der Realität also noch weiter ab als in Österreich.

Tabelle 4

Realisierte Kinderzahl und zusätzlicher Kinderwunsch der Frauengeburtjahrgänge von 1960 bis 1980							
Bundesland	gewünschte Paritätsverteilung				bereits realisierte Kinderzahl im Durchschnitt	zusätzlich gewünschte Kinderzahl im Durchschnitt	mögliche Kinderzahl insgesamt im Durchschnitt
	keine Kinder	mind. 1 Kind	mind. 2 Kinder	3 und mehr Kinder			
in %							
Burgenland	6,6	29,7	50,2	13,6	1,1	0,7	1,9
Kärnten	6,7	27,5	43,6	22,1	1,2	0,7	1,9
Niederösterreich	9,5	22,1	46,8	21,6	1,3	0,6	1,9
Oberösterreich	8,5	18,9	51,4	21,2	1,2	0,8	2,0
Salzburg	7,0	25,9	47,2	19,9	1,1	0,8	1,9
Steiermark	5,4	27,2	49,7	17,7	1,1	0,9	2,0
Tirol	10,4	18,8	51,7	19,2	1,1	0,9	1,9
Vorarlberg	8,5	16,9	49,5	16,7	1,3	0,8	2,1
Wien	16,4	25,9	40,9	16,7	0,9	0,8	1,7
Österreich	9,8	23,4	47,2	19,6	1,1	0,8	1,9

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Sonderprogramm „Fragen zur Familie, September 2001

Aus Tabelle 4 ist deutlich erkennbar, dass, wenn die **zusätzlichen Kinderwünsche** realisiert werden würden, die **Steiermark im Spitzenfeld der Fertilität** liegen könnte.

Zum anderen ist erkennbar, dass von vornherein kinderlos nur rd. 5 % der befragten steirischen Frauen zwischen 20 und 40 Jahren bleiben möchten. Das ist der niedrigste Wert aller 9 Bundesländer und zeigt, dass der Wunsch nach wenigstens einem Kind in der Steiermark immer noch sehr stark ausgeprägt ist. Die Realität sieht leider so aus, dass die **Kinderlosigkeit** im Steigen begriffen ist.

Die Kinderlosigkeit ist dabei besonders häufig bei hochqualifizierten und voll-erwerbstätigen Frauen. Erwerbstätigkeit und Karriere können also bei unzureichenden Vereinbarkeitsbedingungen zu Kinderlosigkeit führen. Der Weg dahin geht über das wiederholte Hinauszögern der Geburt des ersten Kindes bis zu einem Zeitpunkt, an dem Kinder nicht mehr gewünscht sind oder Schwangerschaften nicht mehr eintreten. Im Generationenablauf zeigt sich jedoch, dass in der Vergangenheit die Steirerinnen seltener kinderlos geblieben sind als die Frauen Gesamtösterreichs (siehe Tabelle 2), wenngleich im Bundesländervergleich auch hier wiederum nur Wien und Niederösterreich höhere Kinderlosenanteile aufweisen als die Steiermark.

All diese Indikatoren weisen darauf hin, dass die Generation der heute 20 bis 40-jährigen Steirerinnen durchaus einen sehr **starken Kinderwunsch** hat, der vergleichsweise sogar stärker ausgeprägt ist als in anderen Bundesländern.

Der jeweilige aktuelle Jahresindikator, die Gesamtfruchtbarkeitsrate der steirischen Frauen, hat jedoch den zweitniedrigsten Wert. Dies zeigt, wie schwierig es offensichtlich derzeit ist, Kinderwünsche zu realisieren. Hinzu kommt, dass die Analyse der Erstgeburtshäufigkeiten eine mögliche Kinderlosigkeit in Zukunft bis zu 40 % signalisiert.

3.3 FERTILITÄTSCHEMME VERHALTENSMUSTER IN DER STEIERMARK

Spätere Statusübergänge als im Österreichschnitt

Werte wie Familie, Partnerschaft und Elternschaft haben für die steirische Bevölkerung nach wie vor einen hohen Stellenwert, auch wenn sie von den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht unbeeinflusst geblieben ist. So tritt an die Stelle kollektiv vorbestimmter Lebensentwürfe immer mehr eine individuelle Gestaltung des Lebensweges.

Grundsätzlich ist der Eintritt in das Erwachsenenalter aber immer noch geprägt von mehreren Statusübergängen: Abschluss der Ausbildung, Beginn des Berufslebens, Auszug aus dem Elternhaus, Gründung eines eigenen Haushalts, Gründung einer eigenen Familie (Partnerschaft und erstes Kind).

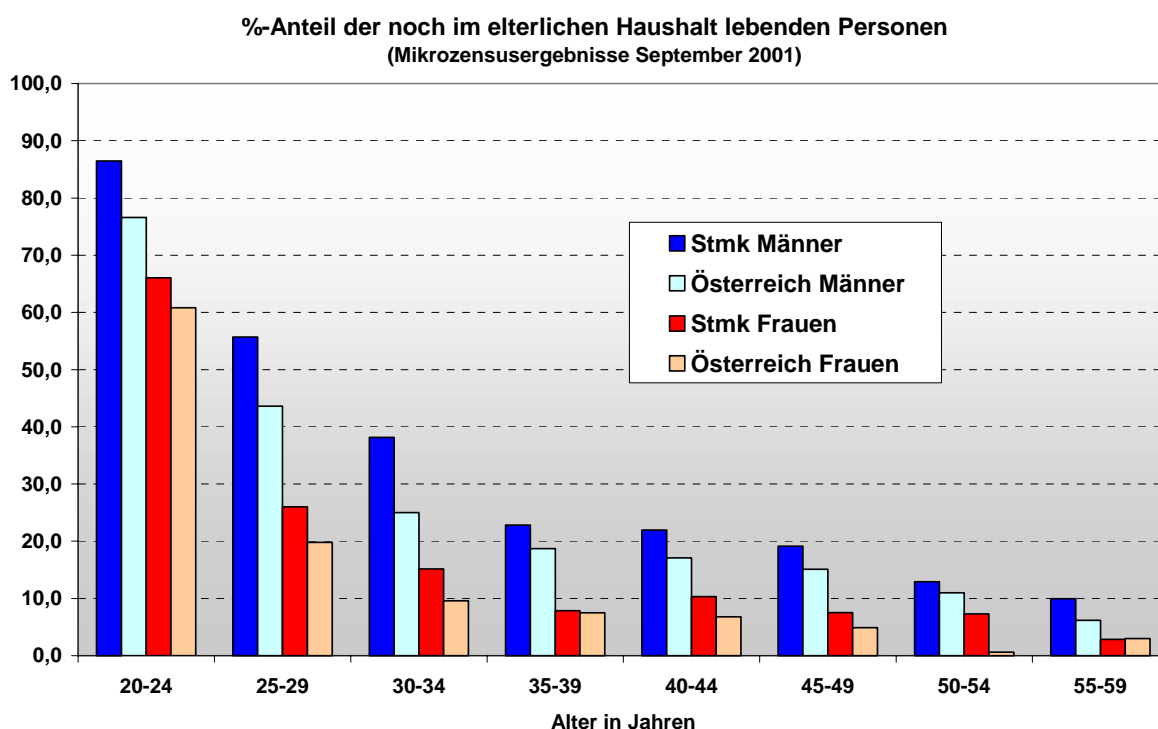
Durch die **Verlängerung der Ausbildungszeiten** verschieben sich diese Statusübergänge im Durchschnitt in der Lebensbiographie zeitlich nach hinten. Aber es setzte auch eine Trendumkehr in anderer Hinsicht ein. „Flüchteten“ in den 60er Jahren, am Höhepunkt des säkularen Prozesses der Familialisierung, immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene in die Ehe (Trend zur Frühehe, zum niedrigen Heiratsalter, zum niedrigen Geburtsalter), um das Elternhaus verlassen zu können, setzte sich danach eine zunehmend abwartende Haltung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Ehe und Familienbildung durch. Die stärker werdenden Trends bei den 20 bis Mitte 30-Jährigen weisen vermehrt auf Singletum, ein Leben in nichtehelicher Gemeinschaft und einen **längeren Verbleib in der Stammfamilie** hin.

Der Vergleich zu Gesamtösterreich zeigt dabei, dass die Steirerinnen und Steirer insgesamt deutlich später das Elternhaus verlassen. Das heißt, das Auschecken aus dem Hotel „Mama“ erfolgt in der Steiermark sehr viel später als im übrigen Österreich, und das vor allem bei den

jungen Männern. 77 % der steirischen Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren leben noch bei den Eltern. Im Österreichschnitt sind es 69 %.

Der Geschlechterunterschied ist dabei jedoch sehr groß (siehe Grafik 4). So leben bei den Steirern dieses Alters noch 87 % zuhause, das heißt fast 9 von 10. Von den gleichaltrigen Steirerinnen sind es hingegen nur 66 % oder zwei Drittel. Die Steirerinnen ziehen also deutlich früher aus dem Elternhaus aus als ihre männlichen Landsleute. Im Alter von 35 bis 39 Jahren sind die Steirerinnen fast vollständig (92 %) vom Elternhaus losgelöst. Bei den Steirern in dieser Altersgruppe lebt jedoch immer noch fast ein Viertel (23 %) bei den Eltern.

Grafik 4

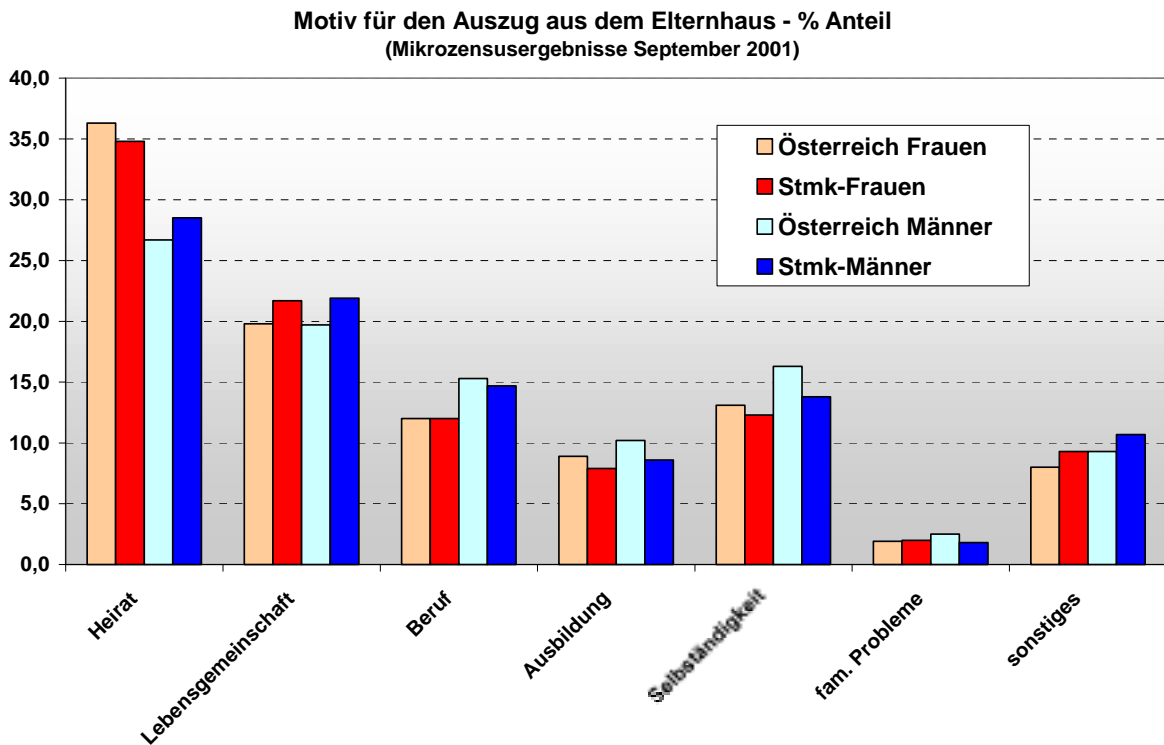


Als Hauptgrund für das **Verlassen des elterlichen Haushalts** ist nach wie vor das Eingehen einer **Partnerschaft** (54 %) zu nennen (siehe Grafik 5). Im Generationenablauf wurde im Laufe der Jahrzehnte die sofortige Heirat als Auszugsmotiv jedoch von der sogenannten „Ehe auf Probe“ abgelöst. Im Vergleich zwischen der Steiermark und Gesamtösterreich zeigte die Mikrozensusauswertung, dass in der Steiermark von beiden Geschlechtern etwas häufiger der Wunsch eine Lebensgemeinschaft einzugehen als Auszugsgrund angegeben wurde. Dieses Verhalten erhöht auch die Unehelichkeit bei Erstgeburten (2002: 59 %).

Insbesondere von den jüngeren Leuten wird auch immer häufiger der „Wunsch selbständig zu werden“ als Auszugsgrund genannt (ca. 13 %). Dies ist mit ein Grund für die Zunahme nicht-partnerschaftlicher Lebensformen.⁷ In der Steiermark kommt diesem Motiv für den Auszug jedoch etwas weniger Bedeutung zu als im Österreichschnitt.

⁷ J. Kytir, P. Stefou, B. Wiedenhofer-Galik : „Familiale Strukturen und Familienbildungsprozesse“, Mikrozensus September 2001 in: Statistische Nachrichten 11/2002 S. 824-840, Wien 2001.

Grafik 5



Parallel zum längeren Verbleib im elterlichen Haushalt hat sich in der Steiermark auch der biografische **Zeitpunkt des ersten Zusammenlebens** mit einem Partner oder einer Partnerin in ein höheres Alter verschoben, höher auch als im Österreichschnitt. So haben 41 % der 25 bis 29-jährigen Steirer und Steirerinnen noch nie in einer Partnerschaft gelebt (Gesamtösterreich: 35 %), und auch bei der nächsten Altersgruppe, den 30 bis 34-Jährigen, sind es immerhin noch ein Viertel (Gesamtösterreich: 18%).

Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist das steigende **Erstheiratsalter** sowie die Verlängerung der Zeitspanne zwischen dem ersten Zusammenziehen und der Eheschließung. Dabei lassen sich die jungen Steirerinnen und Steirer noch etwas mehr Zeit als der Österreichschnitt.

Der Statusübergang zur Familiengründung, also zur **Elternschaft**, ist dann jedoch immer noch eher mit einer Eheschließung verbunden. Grundsätzliche Beeinflussungen für die Entscheidung zu einem Kind sind die aktuelle Lebenssituation des Paares sowie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Wie schon mehrfach dokumentiert erhöht sich parallel zum Hinauszögern einer ersten Partnerschaft auch das Alter bei der **Geburt des ersten Kindes**. Damit verkürzt sich aber natürlich zugleich die persönliche Zeitspanne einer Frau noch weitere Kinder zu bekommen. Generell wirkt sich das Alter bei der Geburt des 1. Kindes zwar nur marginal auf die insgesamt gewünschte Kinderzahl aus, doch der Trend zur Spätgeburt zeigt dennoch Wirkung. So wünschen sich nämlich nur 14,8 % der steirischen Frauen, die ihr erstes Kind bereits bis zum 19. Lebensjahr geboren haben, kein weiteres Kind mehr, jedoch fast die Hälfte (48,8 %) der Steirerinnen, die ihr erstes Kind zwischen dem 30. und 34. Lebensjahr geboren haben.

Festzuhalten ist aber, dass im Bundesländervergleich das durchschnittliche Alter der steirischen Mütter bei allen Geburten sowie bei der Erstgeburt eher niedriger ist. Mit ein Grund für die erhöhte Unehelichenrate (2002: 43 %), die, verbunden mit einer verstärkten Neigung zur Lebensgemeinschaft, einen fertilitätshemmenden Einfluss hat.

Auswirkungen der späteren Statutsübergänge in der Steiermark auf die Fertilität

Erfolgt der Auszug aus dem Elternhaus später, so hat dies durchaus eine Bedeutung für die Fertilität. Die gegenständliche Mikrozensus-Sonderprogrammauswertung ergab zB, dass jene Steirerinnen und Steirer, die zwischen dem 20. und 24. Lebensjahr aus dem Elternhaus weggezogen sind, zu über 80 % ein oder mehrere Kinder haben. Fast alle (knapp 95 %) hatten ihr erstes Kind dabei bis zum 35. Lebensjahr realisiert. Jene allerdings, die das Elternhaus erst nach dem 34. Lebensjahr verlassen haben, sind zu fast einem Drittel (noch) kinderlos.

Ebenso hat natürlich der Zeitpunkt des ersten Zusammenlebens in einer Partnerschaft für die Fertilität eine unmittelbare Bedeutung. Das lässt sich auch quantifizieren: 90,1 % der 15 bis 59-jährigen Steirerinnen und Steirer, die noch nie in einer Partnerschaft gelebt haben, haben auch kein Kind. Von jenen Personen, die bereits in sehr jungen Jahren (unter 20) eine so enge Partnerschaft eingegangen sind, haben hingegen bereits 70 % ihr erstes Kind bis zum 23. Lebensjahr bekommen. Jene, die erst ab dem 35. Lebensjahr eine Partnerschaft eingegangen sind, sind (noch) zu 45% kinderlos und haben – wenn doch – ihr erstes Kind nur zu 57 % vor dem 35. Lebensjahr realisiert.

Mehr „Stief-“ und „Teil-“ Familien in der Steiermark

Verbunden mit dem Trend zu einer steigenden Trennungs- bzw. Scheidungshäufigkeit (Gesamtscheidungsrate 2002: 42,5 %) werden auch neue Partnerschaftsverbindungen (Wiederheirat oder Lebensgemeinschaft) häufiger. Sind dabei auch Kinder betroffen, kommt es zur Bildung von sogenannten „Fortsetzungsfamilien“ oder „Patchworkfamilien“.

Andererseits ist naturgemäß der Bevölkerungsanteil jener, die mit **Stiefkindern** zusammenleben dort höher, wo auch die Unehelichenraten sehr hoch sind, wie zB in Kärnten mit 4,3 %, in Oberösterreich mit 3,9 % oder der Steiermark mit 3,7 %. Es leben 10-mal so viele Steirer mit Stiefkindern zusammen wie Steirerinnen. Diesen Trends zufolge steigt daher die Zahl der Stiefkinder.

Gut drei Viertel der steirischen Kinder wachsen in traditionellen **Kernfamilien** auf. Rund 8 % leben als Stiefkinder in **Patchworkfamilien** und rund 17 % leben in **Teilfamilien**, was nach Wien dem zweithöchsten Teilfamilienanteil Österreichs entspricht. Parallel dazu ist der Anteil der in Kernfamilien lebenden Kindern unter 15 Jahren praktisch gleich gering ansonsten nur noch in Wien. In allen anderen Bundesländern ist er zum Teil deutlich höher. Im Österreichdurchschnitt sind etwa 7 % Stiefkinder, 13 % leben mit alleinerziehenden Elternteilen zusammen und fast 80 % leben in Vollfamilien.

Familiennetzwerk als Faktor für Kinderwunsch und Kinderzahl

Familie als Definition kann man von zweierlei Seiten betrachten. Zum einen Familie als Gruppe in einem gemeinsamen Haushalt lebender Verwandter (Haushaltskonzept) oder zum anderen Familie als Gruppe von Angehörigen auch ohne gemeinsamen Haushalt (Familiennetzwerkkonzept). Um aus dem Datenmaterial analytisch feststellen zu können, ob und wenn ja welchen Einfluss Familie im weitesten Sinne auf den Kinderwunsch haben kann, wurde vom Familiennetzwerkkonzept ausgegangen.

Durchschnittlich besteht in steirischen Privathaushalten das Familiennetzwerk naher Angehöriger (Partner/Partnerin, Geschwister, Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, (Schwieger-)kinder, Enkelkinder und Urenkelkinder) aus 7,2 Personen und ist somit ein wenig größer als das durchschnittliche Österreichische Familiennetzwerk (7,0 Personen). Im Bundesländerranking führt Oberösterreich (7,6 Personen) vor Vorarlberg (7,5 Personen), Tirol (7,4 Personen) und Salzburg (7,3 Personen). Kärnten liegt ebenso wie die Steiermark bei durchschnittlich 7,2 Personen, das Burgenland und Niederösterreich bei 7,0. Diese beiden Bundesländer liegen also direkt im Österreichschnitt. Die geringste Zahl hat erwartungsgemäß Wien mit 5,7 Personen und drückt damit den Österreichdurchschnitt.

Das familiäre Netzwerk der steirischen Frauen (7,4 Personen) ist etwas stärker ausgeprägt als jenes der Männer (6,9 Personen), wobei es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Lebensphasen gibt. Am kleinsten (unter 6 Personen) ist das Familiennetz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 29 Jahren. Bei den älteren Personen ab 60 Jahren ist das Familiennetz mit im Schnitt 9 Personen hingegen vergleichsweise groß.

Die Kontaktdichte des Familiennetzwerkes ist dabei in den meisten Fällen erstaunlich hoch. So treffen über 80 % der 20 bis 39 jährigen Österreicherinnen zumindest einmal pro Woche auf mindestens einen engen Verwandten. Immerhin 45% haben mindestens einen engen Verwandten, die/der innerhalb von max. 15 Minuten zu Fuß erreichbar ist.

Die statistische Analyse hat ergeben, dass offensichtlich andere Faktoren als das potenzielle familiäre Unterstützungsnetzwerk Einfluss auf Kinderzahl und Kinderwunsch haben. Signifikante Zusammenhänge ergaben sich nur für Frauen, die (derzeit) nicht mit einem Partner zusammenleben. Hier kam hervor, dass umso mehr Personen des Familiennetzwerkes in unmittelbarer Nähe wohnen bzw. mit je mehr Personen aus dem Familiennetzwerk pro Woche zusammen getroffen wird, desto jünger war die (derzeit) alleinlebende Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes.

In diesem Zusammenhang sei noch auf ein Ergebnis hingewiesen, das nicht mit der Auswertung des Mikrozensus-Sonderprogrammes vom September 2001 im Zusammenhang steht. Es betrifft die steiermarkspezifische Auswertung des Österreichischen Fertilitäts- und Familiensurveys 1996.⁸ Dort wurde untersucht, wie weit die Geschwisterzahl einer Frau das generative Verhalten in Bezug auf ein erstes Kind beeinflusst. Dies deshalb, weil die Steiermark laut Mikrozensusauswertungen der letzten Jahre nach Wien durchwegs die geringsten durchschnittlichen Kinderzahlen im Alter von unter 15 Jahren pro Familie aufweist, und daher in

⁸ I. Buber, E. Burger: „Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark“, 2001, Seite 22

steirischen Familien Kinder im Schnitt mit etwas weniger Geschwistern aufwachsen dürften als in anderen Bundesländern. Die spezielle Auswertung des Österreichischen Fertilitäts- und Familiensurveys 1996 hat eindeutig ergeben, dass sich in der Steiermark, wie übrigens auch für Gesamtösterreich, mit der Anzahl der Geschwister die Übergangsrate zum ersten Kind erhöht. Für steirische Frauen, die Einzelkinder sind, ist diese Rate aber wesentlich geringer als bei entsprechenden Frauen im Österreichdurchschnitt. Ebenso ist der Abstand zu Frauen mit Geschwistern in der Steiermark größer. Dafür fällt die steirische Übergangsrate bei Frauen aus kinderreichen Familien höher aus als es der Österreichwert darstellt.

Die vorhin geäußerte Hypothese, dass steirische Kinder vergleichsweise weniger Geschwister haben als Kinder in anderen Bundesländern, hat sich durch die Auswertung des Mikrozensus-Sonderprogramms „Fragen zur Familie“ vom September 2001 bestätigt. Der Anteil der Einzelkinder (keine lebenden Voll- oder Halbgeschwister) war mit 15,5 % der zweithöchste nach Wien mit 23,5 %. Die durchschnittliche Geschwisterzahl wurde mit 2,1 für die Steiermark errechnet. Geringer war dieser Wert in Wien mit 1,6, im Burgenland mit 1,8 und in Niederösterreich mit 1,9, sodass es sich um ein Phänomen der süd-östlichen Bundesländer zu handeln scheint.

Trend zu Ein- bis Zwei-Kind-Familien

Kinderwunsch und noch mehr die realisierte Kinderzahl sind erheblich von den Lebensumständen und Rahmenbedingungen abhängig. Die jungen Steirerinnen und Steirer tendieren von vornherein stark zu einer Zwei-Kind-Familie. Die Angaben zum Mikrozensus-Sonderprogramm vom September 2001 machen dies deutlich: Mehr als die Hälfte der 20 bis 24-Jährigen wünscht sich genau zwei Kinder (52 %), weitere 19 % ein bis zwei Kinder und 7 % zwei oder drei Kinder. Das bedeutet, dass mehr als drei Viertel der Steirerinnen dieser Altersgruppe erwägt, in ihrem Leben zwei Kinder zu bekommen. Der Vergleichswert für Gesamtösterreich ergab hingegen nur knapp zwei Drittel.

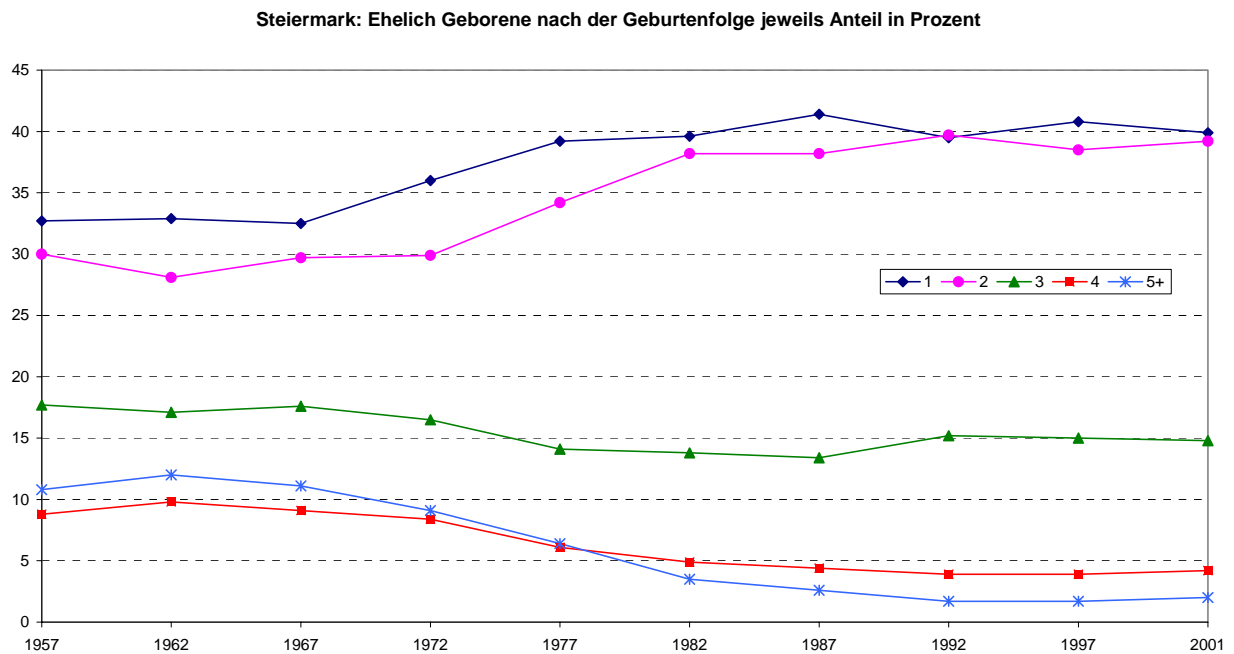
Diese Angaben werden durch Analysen in der Landesstatistik Steiermark bestätigt.⁹ Die Geburtenfolge der jährlichen Lebendgeburten in der Steiermark ergibt in den letzten Jahren ein gleichbleibendes Bild der Anteilswerte: Knapp die Hälfte eines Geburtsjahrganges kommt als erstgeborenes Kind zur Welt, etwa ein starkes Drittel als zweites Kind, etwa jedes achte als drittgeborenes Kind.

Die Anteilsschichtung der Geburtenfolge der ehelichen Geborenen im Langzeitvergleich macht den zugrundeliegenden Trend deutlich. Für diesen Langzeitvergleich konnten deshalb nur eheliche Geborene herangezogen werden, da nur deren Geburtenfolge so lange zurück dokumentiert ist (siehe Grafik 6).

⁹ E. Burger: „Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 1/2003, 2003, Seite 28 und 29

M. Mayer: „Natürliche Bevölkerungsbewegung 2002 mit Trendbeobachtungen“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 3/2003, 2003

Grafik 6



Quelle: Steirische Statistiken, Heft 1/2003, Seite 28

Waren die Anteilswerte 1957 noch näher beisammen, so öffnete sich mit Beginn der Dienstleistungsgesellschaft in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Schere: Der Trend zur Vorherrschaft der Ein- bis Zwei-Kind-Familien in der Steiermark wird deutlich. Die höheren Geburtenfolgen haben vice versa ab diesem Zeitpunkt einen starken Abwärtstrend erfahren, wobei sich lediglich die Anteilswerte der Drittgeborenen in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts etwas verbessert haben. Es sei daran erinnert, dass diese Anteile jedoch zu den geringsten unter den österreichischen Bundesländern zählen. Die Bundesländer mit einer hohen Gesamtfruchtbarkeitsrate haben wesentlich höhere Anteile der Drittgeborenen.

Wenn der ursprüngliche Wunsch nach zwei Kindern aufgrund der eingetretenen Umstände nicht realisiert werden kann, bleibt oft nur eines oder keines als Resultat. In wenigen Fällen kann eine Veränderung der persönlichen Lebenssituation aber auch ergeben, dass der Kinderwunsch steigt.

4. AUSWERTUNG DES FAMILIEN- UND FERTILITÄTSSURVEY 1996 – STEIERMARKERGEBNISSE BEZÜGLICH ERST- GEBURTEN- INTENSITÄT

4.1 EINLEITUNG

In einer eigens durchgeführten Studie wurden die Angaben zu diesem Survey aus dem Jahr 1996 hinsichtlich der Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark untersucht. Dabei wurde eine Reihe demografischer und sozioökonomischer Indikatoren in die Analyse der Erst-Geburten-Intensität von Steirerinnen aufgenommen und ihr Einfluss untersucht. Die Studie wurde im Auftrag der Landesstatistik Steiermark am Demografischen Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Dipl.Ing. Mag. Isabella Buber) unter Mitwirkung der Landesstatistik Steiermark (Dr. Ernst Burger) erstellt.¹⁰

4.2 GESCHWISTERZAHL

Empirisch erhärtet wurde, dass die Steirerinnen aus einem geschwisterreichen Familienumfeld eine signifikant höhere Erst-Geburten-Intensität aufweisen als solche, die als Einzelkind aufgewachsen sind. Für steirische Frauen, die ohne Geschwister aufgewachsen sind, ist diese Rate sogar noch wesentlich niedriger als im Österreichschnitt. Hier zeigt sich noch einmal, dass der vorhin erwähnte starke Trend zur Ein- bis Zwei-Kind-Familie grundsätzlich eine fertilitätsdämpfende Wirkung über die Generationenfolge hat.

4.3 FAMILIENSTAND

Vom Familienstand her zeigte sich auch in der Steiermark die Tendenz, dass verheiratete kinderlose Frauen eher zu einer Erstgeburt neigen als solche, die in einer Lebensgemeinschaft leben. Die Unterschiede waren aber nicht so groß wie im übrigen Österreich. Dies dürfte unter anderem auf die bereits traditionell hohe Unehelichenrate zurückzuführen sein.

4.4 REGIONALE ZUGEHÖRIGKEIT

Bei Steirerinnen, die in ihrer Kindheit in ländlichen Gebieten – vor allem in kleineren Wohnorten unter 2.000 Einwohnern - gelebt haben, ergab sich im Vergleich zu jenen, die aus städtischen Gebieten kommen, eine signifikant höhere Erst-Geburten-Intensität. Hier dürften sich die beiden Phänomene „Familienumfeld“ und „räumliches Umfeld“ gegenseitig verstärken, weil in urbanen Gebieten eben mehr Einzelkinder aufwachsen als in klein strukturierten ländlichen Wohngebieten. Zudem bieten urbane Räume in der Regel bessere Ausbildungsmöglichkeiten und berufliche Aussichten, sodass öfter eine Alternative zur traditionellen familiären Rolle gesucht und auch möglich wird.

¹⁰ I. Buber, E. Burger: „Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark“, in: „Steirische Statistiken“, Heft 8/2003, Graz 2003, Seite 5 bis 32

4.5 BILDUNG

Einen sehr starken Einfluss auf die Erst-Geburten-Intensität der Steirerinnen haben erwartungsgemäß Bildungsweg und Ausbildungszeiten. Während der Zeit der Ausbildung neigen Steirerinnen noch weniger als der Österreichschnitt dazu, ein erstes Kind zu bekommen. Erst nach der Etablierung am Arbeitsmarkt folgt dann die Entscheidung für eine Familienbildung.

Steirische Frauen, deren Bildungsweg mit dem **Pflichtschulabschluss** endet, sind nach dieser Analyse eher familien- und kinderorientiert als Frauen etwa mit einem Lehrabschluss oder einer höheren Ausbildung. Es zeigt sich, dass diese Frauen etwa zwei Jahre nach Schulende, also noch in relativ jungem Alter, bereits die höchste Neigung zum ersten Kind aufweisen.

Steirische Frauen, die nach der Pflichtschule noch eine **Berufsbildung** (Lehrabschluss oder Fachschulausbildung) abgeschlossen haben, zeigen ebenfalls zwei Jahre nach Ausbildungsende ein Maximum in der Erst-Geburten-Intensität, das allerdings deutlich unter jenem der Pflichtschulabsolventinnen liegt.

Steirerinnen, die nach der **Matura** keine weitere Ausbildung genossen haben, bekommen im Schnitt erst relativ spät nach Ausbildungsende (maximale Erstgeburtsintensität nach 3 Jahren) das erste Kind, wobei die Übergangsraten generell sehr niedrig sind, deutlich niedriger auch als im Österreichvergleich. Das kann mehrere Gründe haben. Junge Frauen, die einige Jahre in eine höhere Ausbildung investiert haben, versuchen üblicherweise diese erst einmal am Arbeitsmarkt umzusetzen. Allerdings ist für Absolventinnen Höherer Schulen ohne berufliche Praxis der Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht immer friktionsfrei. Das heißt, es sind teilweise auch längere Wartezeiten bis zum Beginn des ersten Beschäftigungsverhältnisses nötig.

Vor allem aber für die **Hochschulabsolventinnen** in der Steiermark liefert diese Analyse neue interessante Einblicke in das Fertilitätsverhalten. Die Ergebnisse der Analyse zeigen nämlich, dass die Steirerinnen mit tertiärer Ausbildung zwar ebenfalls die Geburt des 1. Kindes unmittelbar nach Ende des Studiums noch etwas hinausschieben, danach legen sie jedoch einen starken Aufholprozess in Richtung Erstgeburt an den Tag. Vor allem im zweiten und im dritten Jahr nach Ausbildungsende.

Diese hohe Erst-Geburten-Intensität der Steirerinnen in der höchsten Bildungsstufe lässt einige Interpretationsvarianten zu. Einerseits drängen Frauen mit tertiärer Bildung - sofern ein Kinderwunsch gegeben ist - rascher nach Ausbildungsende zum ersten Kind, weil sie ja schon älter sind als Frauen nach dem Abschluss eines niedrigeren Ausbildungsniveaus. Der medizinische („biologische Uhr“) aber auch der gesellschaftliche Druck sind daher relativ stark. Andererseits ist aus verschiedenen Statistiken ableitbar, dass Frauen mit einer Hochschulausbildung sehr stark im sozialen, pädagogischen und gesundheitlichen Dienstleistungsbereich tätig sind, wo etliche Arbeitsplätze von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. Dort dürfte ein Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes weniger problematisch sein als im privaten Bereich. Generell lassen internationale Studienergebnisse den Schluss zu, dass der reduzierende Effekt der Bildung auf das Familiengründungsverhalten umso geringer ist, je leichter Beruf und Familie vereinbart werden können.¹¹

¹¹ H.-P. Blossfeld, G. Rohwer: The New Role of Women: Family Formation in Modern Societies, 1995

Schließlich ist auch die positive Bildungskorrelation zu nennen. Damit ist gemeint, dass der Partner zumeist eine ähnlich hohe Ausbildung hat wie die Frau und das Paar somit zusammen über ein höheres Einkommen verfügt. Aus diesem Grund sind auch private Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die einen höheren Kostenaufwand erfordern eher möglich als bei einem Paar mit einem niedrigeren Einkommen. Dies könnte ein spezieller Hinweis auch darauf sein, dass für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Vorliegen einer ausreichenden Kinderbetreuungssituation sowohl hinsichtlich der Öffnungszeiten als auch der Preisgestaltung sehr wichtige Aspekte für die Bereitschaft zur Familiengründung darstellen.

Es ist daher auch von Bedeutung, Auswertungen über Kinderkosten näher zu betrachten.

5. KINDERKOSTEN

5.1 EINLEITUNG

Im September 2003 wurde eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz veröffentlicht, welche die direkten und indirekten Kinderkosten in Österreich zum Thema hatte. Obwohl sie auf der Basis von Österreichdaten erarbeitet wurde, so sind die grundlegenden Aussagen selbstverständlich auch für die Steiermark relevant.¹²

5.2 BILANZEN

Ein Saldo zwischen der emotionalen Bereicherung von Eltern durch ihre Kinder und den Kosten für die Kinderbetreuung kann nicht gezogen werden. Wohl aber ein Saldo zwischen direkten Kinderkosten (Verbrauchsausgaben) und staatlichen Transferleistungen. Trotz der im internationalen Vergleich sehr hohen Familienförderung in Österreich können dadurch Familien ihre direkten Kinderkosten nicht abdecken. Familienbezogene Transferleistungen machen aber gut 10 % des Familieneinkommens aus.

Zu diesem Defizit kommt, dass nach Schätzung des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts die indirekten Kosten bzw. Opportunitätskosten (Einkommenseinbußen, Verdienstentgänge durch Kinderbetreuung) erheblich höher sind als die direkten Kinderkosten.

5.3 MONETÄRE NACHTEILE DER FAMILIEN

Sie ergeben sich aus mehreren Betrachtungen.

Einerseits weist der Rückgang der Sparquoten mit steigenden Kinderzahlen nicht nur auf materielle Wohlstandseinbußen durch die Kinderbetreuung gegenüber Kinderlosen hin, sondern auch darauf, dass dadurch eine private Pensionsvorsorge zum Ausgleich vor allem für allfälli-

¹² A. Guger, R. Buchegger, H. Lutz, Chr. Mayrhuber, M. Wüger: „Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten“, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien 2003

ge Verluste bei Pensionsanwartschaften durch die Kinderbetreuung der Frauen nicht möglich wird. Andererseits müsste, um die Wohlstandseinbußen gegenüber vergleichbaren Kinderlosenhaushalten auszugleichen, pro Kind ein um 17 % höheres Einkommen erzielt werden.

Speziell die Frauen als Mütter erleiden erhebliche Einkommensverluste durch die Kinderbetreuung vor allem über die Opportunitätskostenberechnung. Der Verdienstentgang streut bis zum 17. Lebensjahr des Kindes je nach Umständen zwischen 107.000 Euro und 220.000 Euro. Nicht berücksichtigt sind die Einbußen in Bezug auf die späteren Pensionshöhen, die durch erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen oder Teilzeitarbeit entstehen können.

Aus all diesen Berechnungen wird auch der Schluss gezogen, dass die Kaufkraft der Familien geringer ist als die der Haushalte ohne Kinder.

5.4 SOZIODEMOGRAFISCHE ANSÄTZE

Einige Ergebnisse dieser Studie im nicht monetären Bereich bestätigen darüber hinaus die vorliegenden steiermarkspezifischen Auswertungen.

Frauen mit Pflichtschulabschluss und Berufsausbildung (Lehre, Berufsbildende Mittlere Schule) leben überdurchschnittlich oft in Mehrerwachsenenhaushalten mit zwei und drei Kindern. In diesen Haushalten ist auch der Anteil der selbständig Erwerbstätigen besonders hoch.

Frauen mit höherer Qualifikation sind häufiger kinderlos und bringen später ihr erstes Kind zur Welt. Sie leben dann vor allem in Zweierwachsenenhaushalten mit einem oder zwei Kindern. Die überwiegende Familienform der Hochschulabsolventinnen ist jedoch der Zweierwachsenenhaushalt mit einem Kind.

Frauen mit Pflichtschulabschluss und Hochschulabsolventinnen verzeichnen niedrigere Verdienstrückgänge als die Frauen der übrigen Bildungsstufen. Erklärbar ist dieses auf den ersten Blick verblüffende Ergebnis damit, dass Pflichtschulabgängerinnen wesentlich niedrigere hypothetische Verdienstchancen haben und die Opportunitätskosten daher gering sind. Hingegen haben Akademikerinnen geringere Einkommensverluste, weil sie ihre Erwerbsbeteiligung viel weniger einschränken als Mütter in anderen Bildungsstufen.

6. MIKROZENSUSBEFragung SEPTEMBER 2002 - STEIERMARKERGEBNISSE BEZÜGLICH KINDERBETREUUNG

6.1 EINLEITUNG

Im Zuge der Mikrozensusbefragungen werden in gewissen Abständen in Sonderprogrammen die innerfamiliäre Aufteilung der Hausarbeit und der Kinderbetreuung sowie die Inanspruchnahme von und die Zufriedenheit mit der außerfamiliären Kinderbetreuung abgefragt und analysiert. Dieser kommt für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Elternschaft eine zentrale Funktion zu.

Das Ergebnis der Mikrozensus-Sonderprogrammauswertung vom September 1995 wurde bereits ausführlich diskutiert und zusammen mit Auswertungen anderer Kinderbetreuungsstatistiken dokumentiert.¹³

Über die aktuelle Erhebung vom September 2002 gibt es noch keine Veröffentlichung. Darauf wird daher in der Folge erstmals eingegangen.¹⁴

Diese Auswertung ist für die Steiermark auch deshalb von Interesse, weil die steirische Zusatzerhebung vom September 2002 (Punkt 7) zusammen mit diesem Fragenkomplex erfolgte.

6.2 KINDERBETREUUNG IN HAUSHALTEN BEZIEHUNGSWEISE FAMILIEN

Grundsätzlich lassen sich immer noch die klassischen Muster der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen erkennen. Erwachsene Frauen sind zu einem größeren Teil als erwachsene Männer für die Haushaltsführung zuständig und wenden auch deutlich mehr Zeit dafür auf. Etwas höher ist der Beitrag der Männer bei der Kinderbetreuung. Dennoch kommt es durch die Geburt eines Kindes oft zu einer Rückkehr zur traditionellen Rollenverteilung. Waren vor der Geburt des ersten Kindes in der Regel beide Partner erwerbstätig, so bleibt nach der Geburt vorwiegend die Mutter zumindest vorübergehend zu Hause, während die Väter weiter erwerbstätig bleiben.

Von den Erwachsenen ab 18 Jahren, die in steirischen Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren leben, üben zu 58 % mehrere Personen gemeinsam die Kinderbetreuung aus, 17 % tun es überwiegend alleine und 25 % tun es selten bis nie. Dabei gibt es aber große geschlechtsspezifische Unterschiede.

Der Prozentsatz der steirischen Frauen, die überwiegend oder ganz alleine ihre Kinder betreuen (32 %, also etwa ein Drittel), liegt unter dem Österreichdurchschnitt (36 %) und ist unter den Bundesländerwerten der drittniedrigste nach Burgenland und Oberösterreich. Dafür ist der Anteil der Steirerinnen, die nie oder selten Kinder betreuen, mit 13 % der mit Abstand höchste im Bundesländervergleich (Österreich: 9 %).

Die Gemeinsamkeit der Betreuung wird von den Geschlechtern in der Steiermark unterschiedlich bewertet. Die Steirerinnen kommen ihrer Ansicht nach nur auf 55 %, während ~~die Steirer in ihrer Einschätzung~~ jedoch auf 61 % kommen. Mag sein, dass die Männer ihre

¹³ E. Burger: „Kind sein in der Steiermark“ in: „Steirische Statistiken“, Heft 7/2001, Graz 2002, S. 54 bis 67.

¹⁴ Statistische Grundlagen sind im Tabellenband enthalten.

Steirer in ihrer Einschätzung jedoch auf 61 % kommen. Mag sein, dass die Männer ihre Mithilfe etwas überbewerten oder die Frauen diese etwas unterschätzen.

Steirische Männer sind vergleichsweise selten (0,5 %) in der Situation, Kinder zumindest überwiegend alleine betreuen zu müssen (österreichische Männer: 1,2 %). Andererseits betreuen 39 % selten oder nie die Kinder im Haushalt. Höher ist dieser Anteil nur noch in Tirol und Kärnten.

Von den Alleinerzieherinnen in der Steiermark müssen 62 % ohne Hilfe auskommen. Von den alleinerziehenden Vätern in der Steiermark sind es jedoch nur 9 %. Und während von den erwerbstätigen steirischen Müttern knapp 1/3 zumindest überwiegend alleine für die Kinderbetreuung verantwortlich sind, sind es nur 0,4% der erwerbstätigen Männer. Dennoch können erwerbstätige steirische Mütter häufiger (61 %) auf eine gemeinsame Kinderbetreuung zurückgreifen als nicht erwerbstätige (44 %).

6.3 AUßERHÄUSLICHE KINDERBETREUUNG IN DER STEIERMARK: ZUFRIEDENHEIT, WÜNSCHE

Vorbemerkung

Der Beginn einer Kinderbetreuung außerhalb der Familie ist in Österreich historisch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts anzusiedeln, als die Industriegesellschaft entstand. In Arbeiterfamilien waren Frauen zum außerhäuslichen Erwerb gezwungen, da die Männer die Familie allein nie hätten erhalten können. 1832 wurde in Graz eine Kleinkinderwarte und 1869 ebenso in Graz der erste Kindergarten errichtet.

Ausschlaggebend für den heutigen Bedarf der außerfamilialen Kinderbetreuung sind nach wie vor dieselben Ansätze wie vor 150 Jahren: Bildungsauftrag und weibliche Erwerbstätigkeit.

Mit Ausprägung der Dienstleistungsgesellschaft weitet sich nun der Bedarf vom Vorschulalter auf das Schulalter der Kinder aus. Ausmaß und Organisation werden derzeit diskutiert.

Inanspruchnahme 2002

In diesem Jahr der Mikrozensusbefragung lebten in der Steiermark etwa 192.000 Kinder unter 15 Jahren. Davon waren **laut Mikrozensushochrechnung** rd. 37.000 mindestens 1 mal pro Woche in einer Betreuungseinrichtung außerhalb der Familie untergebracht. Das entspricht einer Betreuungsquote von unter einem Fünftel, und damit der zweitniedrigsten unter allen Bundesländern. Nur in Tirol ist die Betreuungsquote noch etwas niedriger. In Wien hingegen werden rd. 4 von 10 Kindern unter 15 Jahren außerfamilial betreut, im Österreichschnitt immerhin gut ein Viertel.

Von den rd. 32.000 **0 bis 2-jährigen** steirischen Kindern werden nur rd. 2 % außerhalb der Familie betreut, die meisten davon in Kinderkrippen und bei Tagesmüttern. Im Bundesländervergleich rangiert die Steiermark mit dieser sehr geringen Betreuungsquote in dieser Altersgruppe an letzter Stelle. An der Spitze liegt Wien mit knapp 20 %, gefolgt von Kärnten

und Niederösterreich. Internationale Vergleichszahlen ergeben für diese Altersgruppe insbesondere in den nordischen Ländern, aber auch in Frankreich und Großbritannien Betreuungsquoten von über 20 % (OECD 2001).¹⁵ Die Steiermark liegt in diesem Kontext gleichauf mit einigen südeuropäischen Ländern am Ende der Rangliste.

Die **3 bis 5-jährigen** steirischen Kinder mit einer Zahlenstärke von etwa 36.000 werden zu etwa zwei Drittel zumindest einmal wöchentlich außer Haus betreut, und das zum überwiegenden Teil in Kindergärten. Bei diesen Kindern im Vorschulalter ist die Betreuungsquote in Niederösterreich am höchsten, gefolgt von Burgenland und Wien. Am unteren Ende der Skala rangieren Kärnten, die Steiermark und Tirol.

Die schulpflichtigen Kinder im Alter von **6 - 9 Jahren** weisen mit weniger als einem Fünftel hingegen wieder eine wesentlich geringere außerhäusliche Betreuungsquote auf. Hier liegt abermals Wien mit knapp 50% deutlich an der Spitze gefolgt von Salzburg, Niederösterreich und der Steiermark. Die geringsten Quoten in dieser Altersgruppe haben die beiden westlichsten Bundesländer Tirol und Vorarlberg.

Die letzte Altersgruppe steirischer Kinder umfasst die rd. 69.000 **10 bis 14-Jährigen**, wovon rd. 5 % einmal pro Woche eine außerfamiliale Betreuungsform aufsuchen. Auch hier liegt erneut Wien mit einer Betreuungsquote von deutlich über einem Viertel voran, gefolgt von Vorarlberg und Oberösterreich. Gleich gering wie in der Steiermark ist das Angebot ansonsten nur noch in Tirol.

Kinderbetreuungskosten

Aufgrund der Mikrozensusangaben errechnen sich im Österreich- wie auch im Steiermarkschnitt die durchschnittlichen Ausgaben der Eltern für die außerfamiliale Betreuung ihrer Kinder mit 70 Euro pro Kind und Monat. Erhalten die Kinder ein Mittagessen, dann liegen die Kinderbetreuungskosten im Schnitt bei 130 Euro, ohne Mittagessen bei 60 Euro im Österreich- und 65 Euro im Steiermarkschnitt. Hier ist die Steiermark das zweitteuerste Bundesland nach Wien.

Mit im Schnitt 145 Euro pro Monat sind Krippen und Tagesmütter für 0-2-jährige Kinder in Österreich am teuersten. Danach folgen die Kosten für Ganztageschulen und Schülerhorte mit Mittagessen, wofür im Österreichschnitt 130 bis 134 Euro pro Monat zu bezahlen sind.

Durch die unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern, die auch Subventionshöhen und Öffnungszeiten betreffen, ergeben sich zum Teil erhebliche regionale Disparitäten in den Betreuungskosten. Außerhäusliche Kinderbetreuung mit Mittagessen etwa kommt in Wien im Schnitt auf 184 Euro, in Tirol auf 150 Euro, gefolgt von der Steiermark mit 128 Euro und Kärnten mit 125 Euro. Vergleichsweise günstig sind die Kosten in Vorarlberg mit 90 Euro sowie im Burgenland und in Oberösterreich mit je 100 Euro pro Monat.

¹⁵ J. Kytir, K. Schrittwieser : Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege – Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien 2003

Kinderbetreuungsmöglichkeiten während der Ferienzeiten

In Zeiten, wo Schulen, Kindergärten oder Horte längere Zeit geschlossen sind, haben erwerbstätige Eltern oftmals große organisatorische Probleme. Diesem Bedarf entsprechend wird von vielen Betreuungseinrichtungen während dieser Zeiten ein institutioneller Ersatz angeboten. Im Österreich- wie auch im Steiermarkschnitt können so ca. 70 % der institutionell betreuten Kinder auch während der Schließzeiten versorgt werden. In 21 % der Fälle erfolgt in der Steiermark die Betreuung durch die Eltern oder Elternteile des Kindes. In der Steiermark wird zusätzlich am stärksten auf Verwandte oder Bekannte oder bezahlte Kräfte zurückgegriffen.

Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme außerhäuslicher Betreuungsformen: Nicht nötig, zu teuer, zu weit entfernt

Zirka 151.000 steirische Kinder unter 15 Jahren besuchten lt. Mikrozensus-Hochrechnung im Jahr 2002 keine Betreuungseinrichtung. Der Eltern von rd. 95 % dieser Kinder gaben in der Steiermark als Grund dafür an, dass es für sie nicht nötig sei. Das war übrigens der bei weitem höchste Prozentanteil unter den Bundesländern.

Für rd. 8.000 steirische Kinder wurden jedoch ein oder mehrere sachliche Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme einer außerfamilialen Kinderbetreuung genannt. So war in 23 % der Fälle die Einrichtung zu teuer bzw. die Eltern konnten sich die Betreuungsform nicht leisten, 21 % fanden keine Einrichtung in zumutbarer Entfernung, 5 % keinen freien Platz und 3 % nannten als Grund, dass die Einrichtung sonst nicht entsprechend war. Die restlichen etwa 47 % verteilten sich auf vielerlei Gründe, die statistisch nicht mehr im Detail erfasst wurden.

Der Prozentsatz steirischer Eltern von nicht betreuten Kindern, die sich eine Kinderbetreuungseinrichtung nicht leisten konnten, war mit 23 % der zweithöchste unter den Bundesländern nach Wien mit 37 %. Entfernungsprobleme hatten hingegen am stärksten die Eltern in Vorarlberg (40 %), im Burgenland (33 %) und in Niederösterreich (31 %). Aber auch die Steiermark liegt mit 21 % noch knapp über dem Österreichschnitt von einem Fünftel.

Wünsche nach zusätzlicher Betreuung: Bei den Kleinsten, am Nachmittag und länger

Laut Mikrozensus-Hochrechnung vom September 2002 benötigen in der Steiermark 12.100 Kinder unter 15 Jahren eine zusätzliche Betreuung oder Betreuung überhaupt. 7.500 (62 %) davon werden bereits mindestens einmal wöchentlich in einer Institution betreut und würden eine zusätzliche Betreuung benötigen. Bei ca. 4.600 Kindern geht es jedoch um eine Grundversorgung.

Etwa 1/3 der geäußerten Wünsche steirischer Eltern bezog sich dabei auf Tagesmütter bzw. Spiel- und Kindergruppen, also auf die Kleinkindbetreuung. Annähernd gleich viele suchen die Betreuung in einer Ganztageschule beziehungsweise schulische Nachmittagsbetreuung. Es scheint daher aus Sicht der steirischen Eltern ein erheblicher Zusatzbedarf an institutioneller Betreuung für Kinder unter 3 Jahren aber auch für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren am

Nachmittag zu bestehen. Hingegen dürften die Hortplätze weitestgehend ausreichen, da sie nur von 4 % der betreuungssuchenden Eltern genannt wurden.

Für die lt. Mikrozensus derzeit rd. 37.000 außerhalb der Familie betreuten steirischen Kinder wurden darüber hinaus von knapp 20 % der betroffenen Eltern Wünsche in Richtung Änderung der Öffnungszeiten geäußert.

Für die Eltern von rd. 3.000 Kindern ist die Ferienbetreuung nach wie vor ein Problem. Hier ist aber gegenüber der Befragung des Mikrozensus im September 1995 ein deutlicher Rückgang erkennbar. Damals waren es noch 18.500 betroffene Kinder. Nunmehr werden 70 % der institutionell betreuten Kinder auch während der Ferienzeiten in einer angebotenen Ersatzeinrichtung betreut, während dies 1995 nur 2,1 % (!) waren. Das heißt, vor 7 Jahren wurden die Kinder während der Ferienzeit in der Steiermark noch zu 97 % von den Eltern betreut, während dieser Prozentsatz bis 2002 auf 21 % zurückgegangen ist.

Stark gestiegen ist hingegen in diesen 7 Jahren der Wunsch nach einer Mittagsbetreuung (von 500 auf 1.900) und nach einer Nachmittagsbetreuung (von 700 auf 1.900). Eine Wunschverstärkung hat auch die Samstagsbetreuung erfahren und zwar von 500 auf 900.

Zufriedenheit: 83 bis 90 %

Der Zufriedenheitspegel der steirischen Eltern in Bezug auf die Kinderbetreuungseinrichtungen streut zwischen 83 % (Öffnungszeiten – siehe auch „Wünsche“) und 90 % in Hinblick auf Aspekte wie Betreuungsqualität, Erreichbarkeit oder Kosten. In dieser Hinsicht ist die Zufriedenheit der Eltern übrigens in allen anderen Bundesländern mit Ausnahme von Vorarlberg etwas höher als in der Steiermark.

Etwa 4.000 steirische Eltern waren abgesehen von den Öffnungszeiten (Wünsche nach mehr Ferien-, Mittags-, Nachmittags-, und Samstagsbetreuung) mit den Betreuungseinrichtungen aus einem oder mehreren anderen Gründen unzufrieden.

Der **Hauptkritikpunkt** (zwei Drittel der knapp 5.000 Angaben) bezog sich dabei auf die **zu hohen Kosten**. Im Bundesländervergleich wurde dieser Punkt vor allem in Tirol, Steiermark und Wien überdurchschnittlich oft genannt. Hingegen hat dieser Kritikpunkt in Kärnten und Niederösterreich eine nur untergeordnete Bedeutung. In diesen beiden Bundesländern beziehen sich die mit Abstand meisten Beanstandungen nämlich auf die mangelhafte Betreuungsqualität, einen Punkt, dem wiederum in der Steiermark nur eine eher geringe Bedeutung zukommt (10 % der Nennungen).

Rd. 1.000 steirische Eltern (20% der Beanstandungen) zeigten sich mit der Erreichbarkeit unzufrieden. Auch in diesem Punkt ist die Zufriedenheit steirischer Eltern somit deutlich schlechter als im Österreichschnitt. Nur eine untergeordnete Rolle spielt in der Steiermark hingegen das Fehlen von Hol- bzw. Bringdiensten (4% der Nennungen).

7. ZUSATZBEFRAGUNG IN DER STEIERMARK SEPTEMBER 2002 BEZÜGLICH FAMILIENGRÜNDUNG UND FAMILIENGESTALTUNG

7.1 EINLEITUNG

In den Abschnitten 1 bis 4 wurden die Grundlagen bezüglich schichtspezifischer Unterschiede und zeitlicher Veränderungen im generativen Verhalten der steirischen Bevölkerung dargestellt. Danach wurde in den Abschnitten 5 und 6 auf die Kernpunkte moderner Fertilitätshemmnisse, nämlich wirtschaftliche Benachteiligung und Probleme mit der Kinderbetreuung, eingegangen. Vor allem im Abschnitt 6 wurden die Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogrammes vom September 2002 erstmals aufbereitet und auch auf die Meinung der Steirerinnen und Steirer bezüglich Wünsche und Zufriedenheit eingegangen.

Parallel zu diesem Sonderprogramm wurde die steirische Bevölkerung in der für die Frage der Familiengründung und Familiengestaltung relevanten Altersgruppe der 20 bis 39-Jährigen im Wege einer steirischen Zusatzerhebung zum Mikrozensus des Bundes befragt. Ziel war es, konkrete Hinweise für Rahmenbedingungen zu erhalten, die aus der Sicht der steirischen Bevölkerung geeignet erscheinen, ein kinderfreundlicheres Umfeld und Klima in der Steiermark zu schaffen.

Diese steirische Zusatzerhebung wurde mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 9. September 2002 einstimmig beschlossen und die erforderlichen Mittel hierfür freigegeben. Die Datenerfassung und –aufbereitung erfolgte in der Statistik Austria unter Mitwirkung der Landesstatistik Steiermark.

Der Endbericht¹² ist in dieser Publikation als dritter Bericht eingearbeitet. Die dazugehörigen Tabellenmaterialien sind für Interessierte in einem eigenen Tabellenband aufbereitet.

Aus der bisherigen Grundlagenforschung ist hervorzuheben, dass für die steirische Bevölkerungsentwicklung offensichtlich solche Rahmenbedingungen von Bedeutung sind, die (noch) Kinderlose dabei unterstützen, ihren Kinderwunsch umzusetzen und ihr 1. Kind überhaupt oder etwas früher zu bekommen, da nach einem ersten Kind ein zweites oft die Folge ist. Weiters weist die Steiermark (zusammen mit dem Burgenland) im Vergleich zu den übrigen Bundesländern den geringsten Anteil an Drittgeborenen auf. Hier geht es um die Schaffung solcher Rahmenbedingungen, die es Familien mit zwei Kindern ermöglichen, ihren allenfalls vorhandenen Wunsch nach einem dritten oder weiteren Kind zu realisieren.

In der vorliegenden Analyse wird versucht, die Effekte wichtiger, von großen Teilen der Bevölkerung akzeptierter familienpolitischer Maßnahmen abzuschätzen.

¹² W. Moser: Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen und deren Auswirkung auf die Fertilität in der Steiermark, Statistik Austria, Wien 2003

7.2 HAUPTERGEBNISSE

Methodische Anmerkungen

Die gegenständliche steirische Zusatzerhebung wurde wie bereits erwähnt im Rahmen des Mikrozensus September 2002 durchgeführt, wobei insgesamt 1.850 Steirerinnen und Steirer in der Mikrozensusstichprobe im Alter von 20 – 39 Jahren aufgefordert waren, 13 Fragen zum Thema Familiengestaltung zu beantworten. Im Gegensatz zu vielen anderen Erhebungen zu diesem Themenkreis richtete sich diese an Männer und Frauen. Erlaubt waren dabei nur Selbstauskünfte. Für die statistische Auswertung standen nach entsprechenden Qualitäts- und Plausibilitätsprüfungen letztendlich **1.040 Datensätze** zur Verfügung. Die Ergebnisse wurden auf die Steirische Gesamtbevölkerung (Stand Jahresende 2001) hochgerechnet.

Inhaltlich orientierten sich die Fragestellungen an Teilaspekten des im Jahr 2001 international durchgeführten Population Policy Acceptance Survey und umfassten folgende Themenbereiche:

- a) Anzahl und Alter der bereits vorhandenen Kinder
- b) Kinderwunsch (generelle Einstellung, Zeitplan, Anzahl insgesamt, Abhängigkeit der Entscheidung von äußeren Rahmenbedingungen)
- c) Derzeitige Lebenssituation in Bezug auf Partnerschaft
- d) Vereinbarkeit von Beruf und Familie (allgemeine Einstellung, persönliche Situation, Ursachen für bestehende persönliche Probleme)
- e) Akzeptanz und Effekte konkreter familienpolitischer Maßnahmenvorschläge

Dieser letzte Punkt steht auch im Zentrum der folgenden Ausführungen. Zuvor jedoch noch einige ergänzende Ergebnisse der steirischen Zusatzerhebung in Kürze:

Kinderwunsch und Umstände für die Entscheidung für bzw. gegen ein (weiteres) Kind

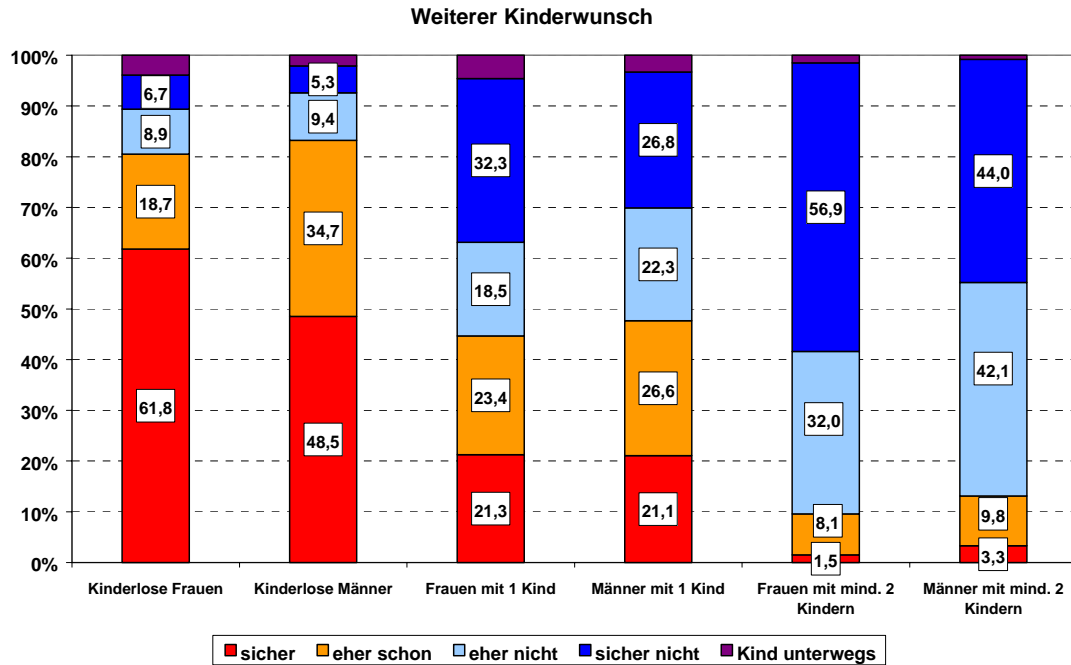
Insgesamt kann sich etwa die Hälfte der befragten Personen ein (weiteres) Kind vorstellen, während die anderen 50 % eher bzw. sicher nicht daran denken. Was die gewünschte Gesamtanzahl der Kinder anlangt, so werden 2 Kinder mit Abstand am häufigsten (53 %) genannt, was abermals die große Bedeutung der „2-Kind-Norm“ für die Steirerinnen und Steirer belegt.

Sowohl bei Männern als auch bei Frauen hängt das Ergebnis aber natürlich stark davon ab, ob bereits Kinder vorhanden sind oder nicht. So möchten rd. 80 % der kinderlosen Steirerinnen und Steirer in Zukunft gerne ein Kind haben. Dabei sind sich jedoch Frauen ihrer Sache deutlich sicherer als Männer. Immerhin 5 % der kinderlosen Männer und 7 % der kinderlosen Frauen möchten jedoch definitiv kinderlos bleiben (siehe Grafik 7).

Ganz anders zeigt sich die Situation bei jenen Eltern, die bereits ein leibliches Kind haben. Hier denken nur noch weniger als die Hälfte der Steirerinnen und Steirer an ein weiteres Kind. 1/3 der Frauen spricht sich jedoch bereits sicher gegen ein weiteres Kind aus. Auffal-

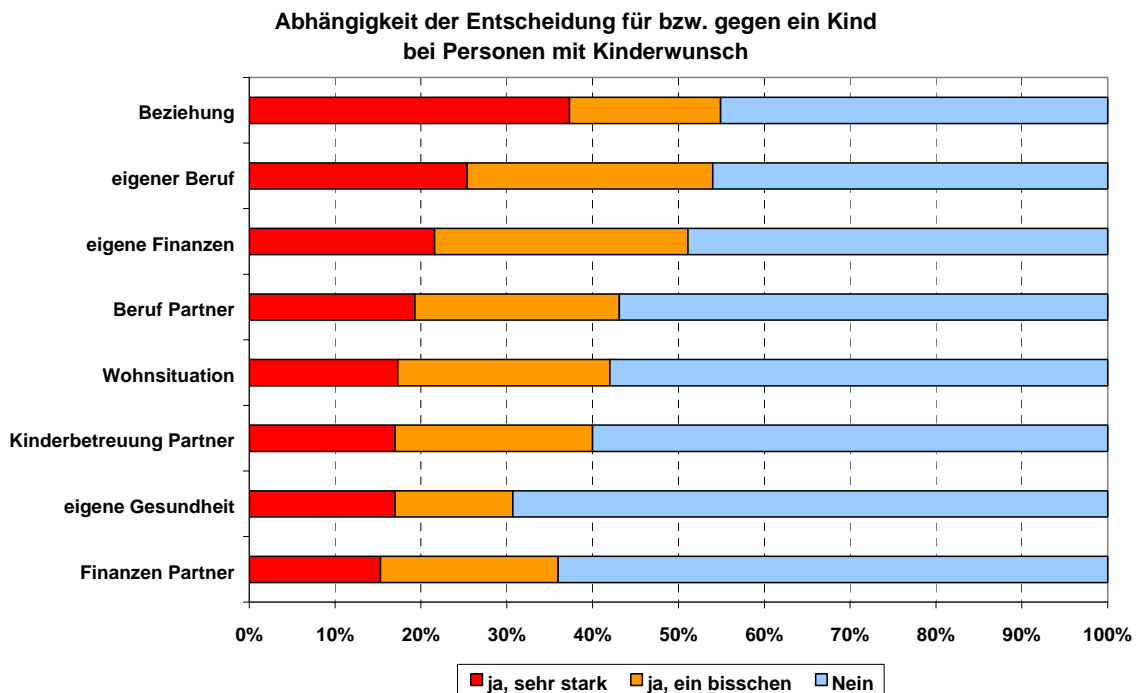
lend ist, dass sich insbesondere AkademikerInnen mit einem Kind zum überwiegenden Teil (60 %) sicher sind, noch ein weiteres Kind zu wollen, während dieser Anteil in den übrigen Bildungsebenen deutlich geringer ist.

Grafik 7



Bei Eltern von 2 oder mehr Kindern können sich nur noch rd. 10 % einen neuerlichen Familienzuwachs vorstellen, aber fast 60 % der Frauen sind sich sicher, kein weiteres Kind mehr zu wollen. Insbesondere für Personen mit Lehrabschluss aber auch für AkademikerInnen ist ein 3. oder weiteres Kind in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle kein Thema mehr.

Grafik 8



Bezüglich der Umstände, von denen die Entscheidung für bzw. gegen ein weiteres Kind abhängig gemacht wird, wurde am häufigsten als stark einflussreich die Beziehung zum Partner/Partnerin bzw. das Fehlen einer Partnerschaft genannt. Ansonsten ist es vor allem die eigene berufliche bzw. finanzielle Situation, die Sorgen bereitet (siehe Grafik 8). Interessant ist auch, dass kinderlose Personen ihre Entscheidung deutlich stärker von äußeren Einflüssen abhängig machen als Personen, die bereits Kinder haben. Insbesondere die Beziehungsfrage steht hier im Vordergrund.

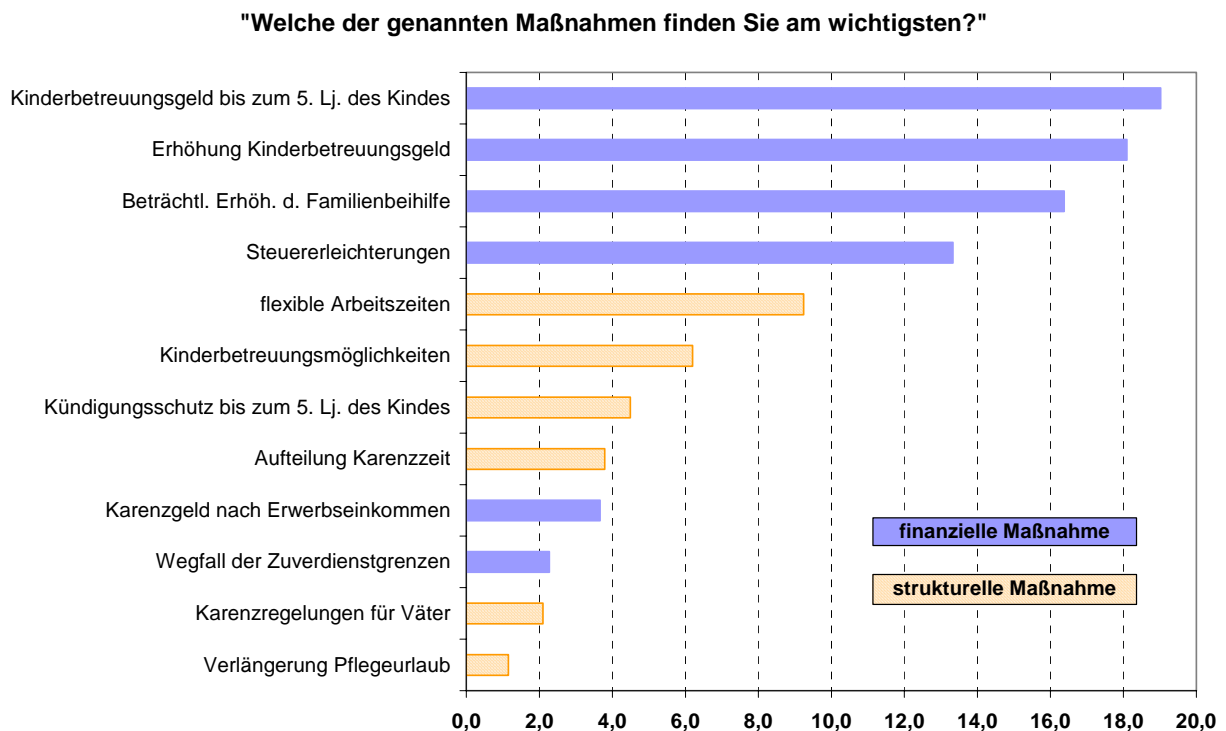
Akzeptanz und Wünsche bezüglich familienpolitischer Maßnahmen

Familienpolitische Maßnahmen lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: in finanzielle Maßnahmen und in strukturelle Maßnahmen. Aus der gegenständlichen Analyse ergab sich zudem ein Bedarf nach Unterstützungen im psychosozialen Bereich. Im Konkreten wurden die befragten Personen gebeten, aus einer vorgegebenen Reihe von jeweils 6 finanziellen und strukturellen Maßnahmen die für sie wichtigste bzw. zweitwichtigste auszuwählen. Darüber hinaus gab es die Möglichkeit, weitere eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Es zeigen sich dabei folgende grundlegende Tendenzen:

Insgesamt nannten fast $\frac{3}{4}$ der Befragten als wichtigste Maßnahme finanzielle Erleichterungen. Die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 5. Geburtstag des Kindes bzw. eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes bekamen dabei die meiste Zustimmung. Je fast $\frac{1}{5}$ haben sich in erster Linie für eine dieser beiden Maßnahmen ausgesprochen.

Grafik 9



Nur $\frac{1}{4}$ wünscht sich hingegen an erster Stelle strukturelle Verbesserungen, primär eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie eine Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Kaum Bedeutung wird von der steirischen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 39 Jahren hingegen der verpflichtenden Aufteilung der Karenzzeit auf Mutter und Vater als auch verbesserten Karenzregelungen für berufstätige Väter mit kleinen Kindern beigemessen.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen werden von den einzelnen familienpolitischen Maßnahmen aber ganz unterschiedlich stark angesprochen. Dabei wurden unter anderem Unterschiede in Hinblick auf das Alter, das Geschlecht, die höchste abgeschlossene Schulbildung, die Zahl der bereits vorhandenen Kinder oder die Partnerschaftssituation analysiert.

So präferieren fast die Hälfte der Befragten mit Lehrabschluss sowohl als erst- als auch zweitwichtigste Maßnahme eine finanzielle Unterstützung. Weitere 40 % wünschen sich je eine finanzielle und eine strukturelle Maßnahme. Zwei strukturelle Maßnahmen wünschen sich hingegen nur relativ wenige (ein Zehntel) dieser Bevölkerungsgruppe, die den Großteil steirischer Eltern stellt. Feststellen kann man auch, dass die Wichtigkeit finanzieller Maßnahmen mit der Zahl der bereits vorhandenen Kinder steigt, und dass diese Maßnahmen vor allem von der höheren Altergruppe (35 bis 39-Jährige) überdurchschnittlich oft genannt werden.

Grundsätzlich andere Sichtweisen kommen von den Vertretern der höheren Bildungsebenen, denn hier spricht sich ein knappes Drittel für zwei strukturelle Maßnahmen, im wesentlichen flexiblere Arbeitszeiten und verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aus. Nur rd. $\frac{1}{5}$ der HochschulabsolventInnen votiert für zwei finanzielle Maßnahmen. Strukturelle Maßnahmen wünschen sich weiters überdurchschnittlich häufig Alleinlebende, Personen mit noch keinem oder einem kleinen Kind und solche, die noch am Beginn einer Partnerschaft stehen.

Vom soziodemografischen Profil her sind es somit vor allem kinderlose Frauen mit höherer Schulbildung, die am ehesten Wert auf strukturelle Maßnahmen legen (40 %), während Väter von 2 oder mehr Kindern mit niedriger Schulbildung zu über 90 % finanzielle Maßnahmen präferieren.

Die Analysen machen deutlich, dass die einzelnen familienpolitischen Maßnahmen aufgrund der verschiedenen angesprochenen Zielgruppen unterschiedliche Wirkungen erzielen. Generell lassen sich überblicksmäßig folgende Zielgruppen für bestimmte familienpolitische Maßnahmen erkennen:

Noch kinderlose Steirerinnen und Steirer tendieren stark zu „vertrauensbildenden Maßnahmen“ wie etwa die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes, eine Maßnahme, die übrigens generell breite Zustimmung findet, sowie eine zeitliche Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis zum 5. Lebensjahr des Kindes. Solche Maßnahmen vermitteln ein Gefühl von Sicherheit, welches den Schritt in die Elternschaft erleichtert.

Personen, die bereits kleine Kinder haben, benötigen hingegen eher finanzielle Unterstützung, da sich die Prioritäten zu verschieben beginnen. An Stelle der Unsicherheit tritt die Lösung von Alltagsproblemen (W. Moser). Diese vorwiegend jungen Paare (25 – 29 Jährige) mit

einem oder zwei kleinen Kindern votieren – ebenso wie Personen der unteren Bildungsstufen - besonders häufig für eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes.

Ähnliches trifft auch auf Eltern mit bereits jugendlichen Kindern zu, wo die Kinderkosten noch höher sind. Diese, zumeist schon etwas älteren Personen (35 – 39 Jährige), tendieren erwartungsgemäß zu einer beträchtlichen Erhöhung der Familienbeihilfe. Insbesondere Männer sprechen sich hier überdurchschnittlich oft auch für Steuererleichterungen aus.

Strukturelle Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten und die Schaffung guter, kostengünstiger Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden wiederum vor allem von Personen mit mittlerer oder höherer Schulbildung und von Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen und Müttern von einem kleinen Kind, besonders gefordert. Sind solche Rahmenbedingungen in Aussicht, so leisten sie durchaus auch einen Beitrag zur Erhöhung des bereits zuvor angesprochenen Sicherheitsgefühls und können dazu beitragen, noch kinderlose Personen mit Kinderwunsch zur Elternschaft zu ermutigen.

Wie bereits erwähnt, eröffnete der Fragebogen der steirischen Zusatzerhebung den befragten Steirerinnen und Steirern im Alter von 20 bis 39 Jahren auch die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Von dieser Möglichkeit haben nicht ganz ein Zehntel der Befragten Gebrauch gemacht.

Zentrales Thema war hier die Verbesserung der Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf. Das heißt, es ging hier mehr um Forderungen nach strukturellen Verbesserungen als nach finanziellen. Sehr häufig angesprochen wurde eine Thematik, die sich mit dem Stichwort „familiengerechte Unternehmen“ charakterisieren lässt. Hinsichtlich der Kinderbetreuungseinrichtungen wünscht man sich sowohl qualitativ als auch quantitativ mehr Möglichkeiten. Dabei wurde auch das Thema Tagesmütter hervorgehoben.

Wenn finanzielle Maßnahmen angesprochen wurden, so waren es – in Ergänzung zu den bereits vorhin genannten Möglichkeiten wie der Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes – vor allem Zuschüsse im Falle besonderer Belastungen wie etwa Schikursen, Zahnregulierungen, Nachmittagsbetreuungen usw. Auch eine Verbesserung der Wohnsituation von Familien wurde angesprochen.

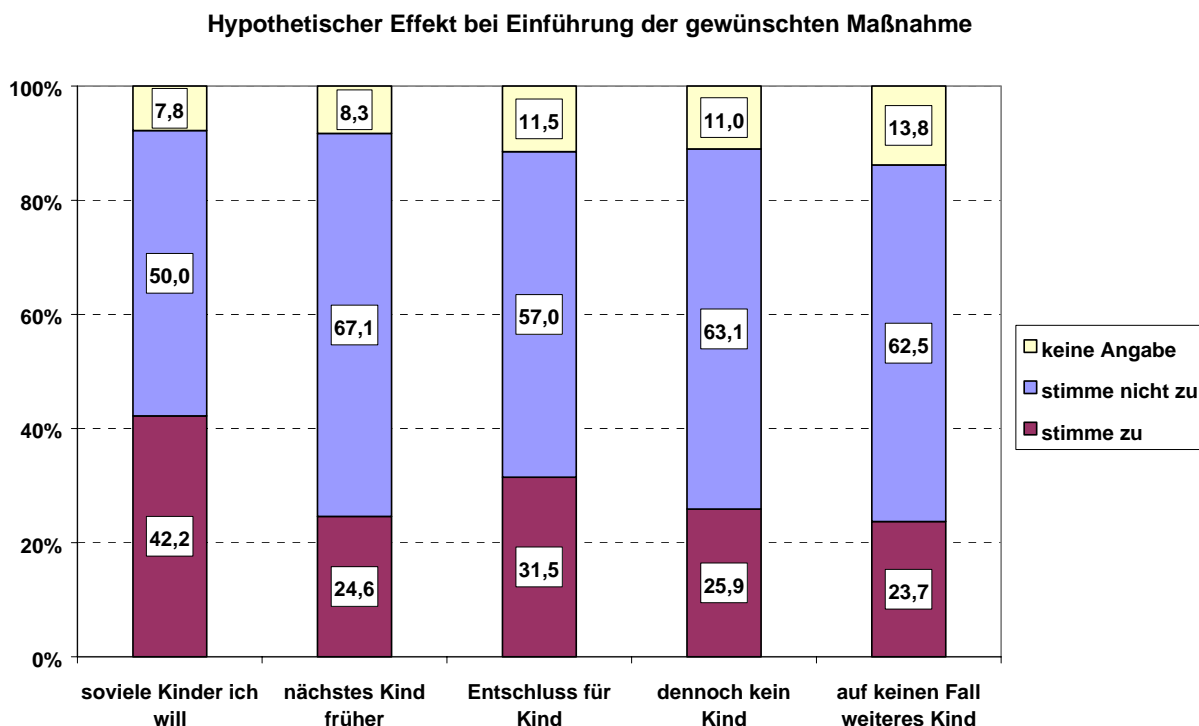
Zudem gibt es Hinweise darauf, dass es auch im psychosozialen Bereich Handlungsbedarf gibt. Neben dem generellen Wunsch nach einer familienfreundlicheren Gesellschaftsform sowie dem Wunsch, den Stellenwert von Familienarbeit in der Gesellschaft zu heben, scheint es nämlich oftmals auch einfach zu wenig Orientierungshilfen hinsichtlich Kindererziehung oder Partnerschaft zu geben.

Mögliche Effekte familienpolitischer Maßnahmen

Geht es nun darum, solche familienpolitischen Maßnahmen zu setzen, die einen fertilitätshebenden Impuls beinhalten sollen, gilt es neben der Akzeptanz auch die hypothetischen Effekte der Maßnahmen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Um dieser Frage nachzugehen wurden die Steirerinnen und Steirer auch nach den hypothetischen Auswirkungen gefragt, wenn die von Ihnen gewünschte Maßnahme eingeführt würde.

Etwas mehr als 40 % der Zielgruppe meinen, dass sie bei Einführung der von ihnen bevorzugten Maßnahme so viele Kinder haben könnten, wie sie gerne möchten. Männer und Frauen stimmen dabei in ihrer Einschätzung übrigens sehr stark überein. Andererseits geben aber immerhin auch 50 % der Männer und Frauen in der befragten Altersgruppe an, dass die Einführung der Maßnahme keinen Einfluss für sie habe (siehe Grafik 10).

Grafik 10



Was das Alter betrifft, so sinkt der hypothetische Effekt der Familienpolitik auf den Kinderwunsch mit zunehmendem Alter, denn während noch 60 % der jungen Frauen und Männer im Alter zwischen 20 und 24 Jahren der Meinung sind, dass die Einführung der von ihnen bevorzugten Maßnahme eine Hilfe bei der Realisierung ihres Kinderwunsches wäre, sind es bei den 35 – 39 Jährigen nur noch 1/3.

Immerhin noch rd. 1/3 der Befragten sind außerdem der Meinung, dass die familienpolitische Maßnahme einen Einfluss auf ihren Entschluss haben könnte, doch ein (weitere) Kind zu bekommen. Fast 60 % stimmen dem allerdings nicht zu. Auch hier sinkt die Zustimmung mit dem Alter, wobei der Rückgang bei den Frauen deutlich stärker ausfällt als bei den Männern. So geben etwa noch fast 50 % der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren an, dass sie sich bei Einführung der bevorzugten Maßnahme vermutlich doch dazu entschließen würden, ein (wei-

teres) Kind zu bekommen. Bei den 35-39 jährigen Frauen sind es hingegen nicht einmal mehr 20%.

Andererseits ist jeweils ein Viertel der Zielgruppe der Meinung, dass sie vermutlich bzw. auf keinen Fall ein weiteres Kind wollen. Hier ist die Zustimmung bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern und auch der Alterseffekt ist sehr groß. So sind etwa nur knapp 3 % der jungen Frauen zwischen 20 und 24 Jahren unter allen Umständen dazu entschlossen, auf keinen Fall ein weiteres Kind zu bekommen, während es bei den 35-39 Jährigen 50 % sind. Der „Bruch“ scheint dabei so um das 30. Lebensjahr herum zu erfolgen.

Auch hinsichtlich der Effekte einzelner konkreter Maßnahmen zeigen sich interessante Ergebnisse. So geben überdurchschnittlich viele Personen an, sich bei Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 5. Lebensjahr des Kindes vermutlich doch zu einem (weiteren) Kind zu entschließen. Dies gilt sowohl für Personen, die bereits ein oder mehrere Kinder haben als auch für solche, die noch kinderlos sind, wobei hier der Effekt noch deutlicher zum Tragen kommt.

Hingegen geben Personen, die eine Erhöhung der Familienbeihilfe oder des Kinderbetreuungsgeldes präferieren, überdurchschnittlich oft an, auf keinen Fall ein weiteres Kind zu wollen.

Der aus demografischer Sicht ebenfalls positive Effekt einer zeitlichen Vorverlegung des nächsten Kindes scheint am ehesten durch eine Erhöhung bzw. Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes und des Kündigungsschutzes unterstützt werden zu können.

Einigkeit der Paare hinsichtlich des Kinderwunsches

Da im Rahmen dieser Erhebung im Gegensatz zu vielen anderen Studien auch der Kinderwunsch der Männer erfragt wurde, war es möglich, Paarvergleiche anzustellen. Berücksichtigt wurden bei den Analysen dabei nur die Antworten jener Paare, die getrennt voneinander befragt wurden (54 Paare).

Drei Viertel dieser Gruppe waren sich hinsichtlich ihres Kinderwunsches einig, bei immerhin $\frac{1}{4}$ unterscheiden sich die Einstellungen zum Kinderwunsch jedoch. Und hier gibt es Hinweise darauf, dass der Kinderwunsch von Personen, die sich hinsichtlich dieses Wunsches mit ihrem Partner einig sind, weniger durch äußere Umstände und damit auch politische Maßnahmen beeinflussbar ist als bei Personen, die über dieses Thema mit ihrem Partner uneinig sind.

Unterscheiden sich nämlich die Einstellungen der Partner zum Kinderwunsch voneinander, so wird die Entscheidung für ein Kind überdurchschnittlich oft von äußeren Umständen abhängig gemacht. Insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt hier oft ein Problem dar.

7.3 FAZIT

Familien mit Kindern leisten wesentliche Beiträge für die Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht. Solche Leistungen werden in einem kinder- und familienfreundlichen Klima leichter, eher und lieber erbracht. Vor allem, wenn die Rahmenbedingungen jungen Erwachsenen ausreichende Aspekte der Zukunftssicherung bieten.

Die konkreten Unterstützungsmaßnahmen haben für einzelne Bevölkerungsgruppen dabei eine unterschiedliche Bedeutung. Sie reichen von Vertrauensbildung für Kinderlose bis zur wirtschaftlichen Unterstützung für Eltern, die bereits in der Betreuung von Kindern stehen. Das heißt, es geht darum, Zukunftssicherheit zu vermitteln, wenn die Elternschaft noch bevorsteht und Hilfe für aktuelle Probleme zu geben, wenn die Elternschaft bereits besteht.

Ziel familienpolitischer Interventionen sollte es auf alle Fälle sein, solche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die jenen Steirerinnen und Steirern, die einen Kinderwunsch haben – und das sind sehr viele –, die Möglichkeit zur Realisierung ihres Wunsches geben.

Am stärksten ist der Kinderwunsch bei den noch Kinderlosen, einer auch zahlenmäßig in der Steiermark großen Personengruppe. Immerhin beträgt der Anteil der (noch) kinderlosen Steirerinnen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren fast 40 %. Sie sind daher – sofern sie einen Kinderwunsch haben – die erste und wichtigste Zielgruppe. Denn auf ein erstes Kind folgt oft ein zweites.

Zudem scheinen es vor allem die jungen Menschen zu sein, an die sich familienpolitische Maßnahmen richten sollten, denn hier ist nicht nur der Anteil der Kinderlosen am höchsten, sondern auch die Möglichkeit der Einflussnahme.

Dies unterstreichen auch die Erkenntnisse der internationalen Familienforschung¹⁶, die besagen, dass im Sinne der Fertilitätsgestaltung den strukturellen Maßnahmen gegenüber den Transferzahlungen eher der Vorzug zu geben ist. So ist bekannt, dass beschäftigungspolitische Maßnahmen, die Frauen und Männern die Möglichkeit geben, ihre Erwerbstätigkeit ohne größere persönliche Nachteile mit Familie und Kindern zu vereinbaren, heute am besten dazu geeignet sind, das Fertilitätsniveau zu beeinflussen. Denn ohne staatliche Intervention und ohne die notwendigen Änderungen in der Beschäftigungspolitik besteht die Gefahr, dass sich immer mehr Frauen für die Kinderlosigkeit oder für eine sehr späte Mutterschaft, und damit gleichzeitig eine geringe Kinderzahl, entscheiden.

Dennoch sind auch die Einflüsse von finanziellen Maßnahmen auf den Kinderwunsch nicht zu unterschätzen. Zusammen können sie bewirken, dass vorhandene Kinderwünsche leichter bzw. eher realisiert werden, wodurch indirekt ein Beitrag zur Entschärfung des künftigen Generationenaufbaus geleistet wird.

¹⁶ C. Bagavos, C. Martin: "Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen", Synthesenbericht zur Jahrestagung in Sevilla im September 2000; Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialiensammlung, Heft 10, Wien 2001

FRAGEN ZUR FAMILIE

Karin Klapfer
(Statistik Austria)

ENDBERICHT

zur steirischen Auswertung des
Mikrozensus-Sonderprogramms September 2001
im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung

1. FAMILIALE BILDUNGS- UND ÜBERGANGSPROZESSE

Im Grunde berühren die einzelnen Punkte des Konzepts für die steirische Sonderauswertung die familialen Übergänge eines Menschen. Sei es der Wegzug aus dem elterlichen Haushalt, die erste Partnerschaft bzw. die erste Ehe oder Elternschaft. All diese Ereignisse stellen wichtige Übergänge dar, die einen Menschen in neue Lebensabschnitte überleiten. In welchem Alter diese Übergänge stattfinden, wirkt sich dabei wiederum auf den Zeitpunkt des Eintretens anderer Ereignisse aus. Den Fragen, ob sich das Verwandtschaftsnetzwerk oder ob sich das Alter beim Wegzug aus dem Elternhaus auf den Zeitpunkt der Erstelternschaft auswirken sollen hier, unter anderen, nachgegangen werden. Die Datengrundlage dafür ist das Mikrozensus-Sonderprogramm „Fragen zur Familie“, das im September 2001 durchgeführt wurde.

Im Lebenszyklus der meisten Menschen kommt es zu familialen Übergängen, die Familien begründen oder bestehende Familien verändern. Im Folgenden werden einige Übergänge herausgegriffen, denen aufgrund demografischer Veränderungen besondere Bedeutung, nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft zukommt: der Übergang zu (späterer) Haushaltsgründung, (späterer) erster Ehe und (späterer) Erstelternschaft.

Ob und wann diese Übergänge im Leben eines Menschen stattfinden, wird auch vom gesellschaftlichen Kontext, in dem man lebt, beeinflusst. Hierbei kam es in den letzten Jahrzehnten zu teils gravierenden Veränderungen:

2. DIE FAMILIE IM WANDEL

In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich das Ideal der Kernfamilie durch alle Schichten in den westlichen Industrieländern am bisher weitesten durchgesetzt. Charakteristisch dafür sind geschlechtsspezifische Rollen und Aufgaben und ein streng normiertes Familienzyklusmodell woraus eine relativ hohe Fertilitätsrate (Baby-Boom), ein niedriger Anteil von unehelichen Geburten, ein niedriges Heiratsalter und eine nahezu flächendeckende Verheiratsquote resultierten. Diese historisch wohl einmalige Situation dient heute häufig als eine Art Schablone vor der die Veränderungen der letzten Jahrzehnte beschrieben werden.

Wenn sich die Sozialwissenschaft in einem einig ist, dann darüber, dass die Familie, als Bereich privater Lebensführung, von den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht unbeeinflusst geblieben ist. Wie allerdings diese Veränderungsprozesse verliefen und wie sie zu interpretieren sind, ist umstritten. Die Einen beschreiben die Veränderungen als dramatische Strukturbrüche und orten eine Vielzahl von Krisen der Familie (Integrationskrise, Legitimationskrise, Institutionalisierungskrise, Strukturkrise und so weiter und so fort).¹⁷ Andere wiederum relativieren ihre Bedeutung indem sie sie in die historische Kontinuität der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse der letzten beiden Jahrhunderte stellen (z.B. Mitterauer/Sieder, Vom Patriarchat zur Partnerschaft, 1977). Wie die empirische Überprüfung

¹⁷ Vgl. 4. Österreichischer Familienbericht. Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, (Hrsg. Bundesministerium für Umwelt, Bildung und Familie). Wien, 1999, S 110

ergab, sind Familie, Partnerschaft und Elternschaft nach wie vor sehr hoch geschätzte Werte. Vor zu pessimistischer Sichtweise sei also gewarnt.

Einig ist man sich auch darüber, dass die aktuellen Veränderungen auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zurückgeführt werden können. Traditionelle Normen und Regeln wurden zugunsten neuer Optionen und Entscheidungsspielräumen abgeschwächt, wenn auch damit neue soziale Regelungen, Zwänge und biografische Instabilitäten entstanden. Die meisten Erklärungsansätze zum familialen Wandel beziehen sich auf die Konzepte der „Postmoderne“ (z.B. Lüscher et al.) und auf die „Individualisierungsthese“ (Beck, Beck-Gernsheim).

Beide Konzepte sind nicht unumstritten. Aus diesem Grund entstanden in der deutschsprachigen Familiensoziologie verschiedene modifizierte Interpretationsmuster, die von jeweils unterschiedlichen Auswirkungen der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse ausgehen:¹⁸

- **Polarisierung:** Ausgangspunkt des Polarisierungskonzepts ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Individualisierungsthese, deren generelle Reichweite angezweifelt wird. So zeige sich eine deutliche Differenzierung zwischen „traditionell orientierten Akteuren“, v.a. aus den unteren Bildungsschichten und „post-traditionellen Akteuren“. Für Günter Burkhardt vollzieht sich eine Auseinanderentwicklung in individualistische und familienorientierte Milieus, in denen Partnerschaft, Ehe und Familie unterschiedliche Bedeutung haben.
- **Pluralisierung:** Das Konzept der Pluralität postuliert eine quantitative Zunahme von der Kernfamilie abweichender Lebens- und Familienformen. Eine historische Betrachtung zeigt allerdings, dass schon seit je her eine Vielfalt von Familienformen existiert und die Kernfamilie der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts die Ausnahme darstellt.
- **Normalisierung der Brüchigkeit:** Dabei wird die derzeitige Situation als völlige Brüchigkeit traditioneller Familienformen beschrieben. Die daraus resultierenden Prognosen sind dabei sehr unterschiedlich. So glaubt Elisabeth Beck-Gernsheim an eine immer noch größere Zahl von unterschiedlichen Formen familialen Zusammenlebens, wobei die alten Traditionen zwar nicht gänzlich verdrängt werden, aber Institutionen wählbar werden und damit Biografien „gebastelt“ werden. Im Vergleich dazu sieht Hans Joachim Hoffmann-Nowotny in der Zukunft eine Gesellschaft von Einzelgängern mit individualisierten Lebensstilen.

Der soziale Wandel, der auch auf Phänomene der Familienbildung und des Familienzyklus wirkt, bringt es mit sich, dass heute nicht mehr alle Menschen in der gleichen Lebensphase mit den selben Entwicklungen in gleicher Weise konfrontiert werden.¹⁹ So ist die Gründung einer Familie häufig nicht mehr durch eine zeitlich sehr eng zusammenliegende Abfolge biografischer Zäsuren (Auszug aus dem Elternhaus, erste Heirat, erstes Kind) charakterisiert.

¹⁸ ebenda, S 112ff

¹⁹ vgl. Werner Lachenmaier. Das „leere Nest“ – Lebenskrise oder „second honeymoon“? Ifb-Materialien 2-95, 1995, S 3

3. DAS VERLASSEN DES ELTERNHAUSES

3.1 „HOTEL MAMA“ WIRD IMMER BELIEBTER

Bis zum 15. Lebensjahr leben fast alle, bis zum Erreichen des zwanzigsten Lebensjahres die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen im elterlichen Haushalt oder bei einem Elternteil.

Nach dem 19. Lebensjahr treten bei fast allen Jugendlichen biografische Zäsuren auf, die für das Erwachsenwerden stehen: Abschluss der Ausbildung, Eintritt in das Berufsleben, Verlassen des elterlichen Haushalts sowie die Gründung einer eigenen Familie oder die Wahl einer nicht-familialen Lebensform. Im biografischen Lebenslauf haben sich allerdings Zeitpunkt und Abfolge dieser Ereignisse in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert.

Gab es zu Zeiten der Agrargesellschaft noch feste Regeln wann mit der Gründung einer Familie begonnen werden konnte, so stehen Jugendliche heute meist vor einer für sie kaum vorkonstruierten Entscheidung, wann sie sich anschicken sollen den Haushalt der Eltern zu verlassen. Sei es aus Gründen der Ausbildung, der Gründung eines Haushaltes mit dem (Ehe)Partner oder aus dem Wunsch heraus selbständig zu sein. An die Stelle kollektiv vorbestimmter Lebensentwürfe tritt eine individualisierte und optionalere Gestaltung des Lebensweges.

Die ökonomische Abhängigkeit vom Elternhaus oder vom Staat sowie die starke zeitliche Beanspruchung während einer Berufs- oder Universitätsausbildung sind für viele junge Menschen nicht mit den Anforderungen, die das Gründen eines eigenen Haushalts oder einer Partnerschaft mit sich bringen, zu vereinbaren.²⁰ So leben auch jugendliche Steirer und Steirerinnen tendenziell immer länger im elterlichen Haushalt. Mehr als drei Viertel (77%) der 20- bis 24-Jährigen, 41% der 25- bis 29-Jährigen und immerhin noch mehr als ein Viertel (27%) der 30- bis 34-Jährigen leben demnach noch als „Kinder“ im soziodemografischen Sinn (d.h. selbst ledig und kinderlos) bei ihrer Herkunftsfamilie (*Tabelle 1*).

Unter den jungen Männern finden sich die meisten Freunde des „Hotel Mama“: So leben 87% der 20- bis 24-jährigen Steirer noch zu Hause, deutlich mehr als die Hälfte (56%) der 25- bis 29-jährigen und 38% der 30- bis 34-jährigen. Knapp jeder Fünfte lebt sogar noch im Alter zwischen 35 und 49 Jahren im elterlichen Haushalt. Frauen ziehen generell früher aus als Männer.

Im Generationenvergleich allerdings zeigt sich, dass es über die Jahrzehnte für beide Geschlechter zu einer Verschiebung des Auszugsalters nach hinten kommt. Der Anteil der sehr früh aus dem Elternhaus Ausgezogenen ist bei den 45- bis 49-Jährigen am höchsten (30%), nimmt bei den jüngeren Altersgruppen kontinuierlich ab und erreicht den niedrigsten Anteil bei den 20- bis 24-Jährigen (12%). Ähnliches lässt sich für die Anteile der Personen, die bis zum 25. Lebensjahr ausgezogen sind, erkennen. Auch hier sind es die jüngsten Altersgruppen, die die geringsten Anteile aufweisen.

Der Anteil der Frauen, die bis zum 20. Lebensjahr ausgezogen sind, sinkt von rund 39% bei den 40- bis 49-Jährigen auf 18% bei den 20- bis 24-Jährigen. Noch deutlicher tritt diese Ent-

²⁰ vgl. Müller/Sommer/Timm. Nichteheleiche Lebensgemeinschaft oder Ehe? Arbeitspapier Nr. 53, 1999, S 7

wicklung bei den Männern zutage: In der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen sind immerhin 21% bereits bis zum 20. Lebensjahr aus dem Elternhaus ausgezogen in jener der 20- bis 24-Jährigen nur knapp 7%.

Der Vergleich zu Gesamtösterreich zeigt, dass die Steirer und Steirerinnen insgesamt deutlich später das Elternhaus verlassen. Leben unter den 20- bis 24-jährigen Personen in Gesamtösterreich knapp 69% noch im elterlichen Haushalt, so sind es in der Steiermark der selben Altersgruppe fast 77%. Die deutlichste Differenz ergibt sich in dieser Altersgruppe bei den Männern: Hier stehen 77% (für Gesamtösterreich) fast 87% steirischen „Nesthockern“ gegenüber.

3.2 AUSZUGSGRUND NR. 1: PARTNERSCHAFT

Wie *Tabelle 2* zu entnehmen ist, fungiert als Hauptgrund für das Verlassen des elterlichen Haushaltes bei den Steirern und Steirerinnen das Eingehen einer Partnerschaft (54%). Im Detail nennen 32% eine Heirat und 22% eine Lebensgemeinschaft als Motive für den Wegzug aus dem Elternhaus. Frauen gaben einen dieser beiden Gründe etwas häufiger an als Männer (57% bzw. 50%). Für jeweils 13% sind berufliche Gründe und der Wunsch, selbständig zu sein, die ausschlaggebenden Motive für den Wegzug, für 8% die Ausbildung. Diese Auszugsgründe werden von Männern etwas häufiger genannt als von Frauen.

Der Generationenvergleich zeigt einen deutlichen Wandel der Form der Familiengründung innerhalb der letzten Jahrzehnte: Bei der älteren Generation (40- bis 59-Jährige) dominiert deutlich die Eheschließung als Auszugsgrund (z.B. 50- bis 54-Jährige: 49%). Bei der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen sind die Anteile fast ausgeglichen und bei der jüngeren Generation der 20- bis 34-Jährigen ist es die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft, die als Lebensform gewählt wird und den Auszug bedingt. So wurde im Lauf der Jahrzehnte die sofortige Heirat als Auszugsmotiv von der sogenannten „Ehe auf Probe“ abgelöst. Im Wesentlichen fand dieser Wandel bei Frauen und Männern gleichermaßen statt. Unverheiratetes Zusammenleben ohne Kind stellt damit mittlerweile für junge Frauen und Männer eine selbstverständliche Übergangsphase zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Gründung einer eigenen Familie dar. Dies spiegelt sich auch am gestiegenen Heiratsalter wider.

Der, bei der jungen Generation (20- bis 34-Jährige), als Auszugsgrund immer größere Bedeutung erlangende Wunsch selbständig zu sein, deutet auf eine weitere vermehrt auftretende Lebensform hin: die nicht-partnerschaftliche Lebensform der Singles. So nannten beispielsweise nur knapp 8% der 55- bis 59-Jährigen den Wunsch selbständig zu sein als Auszugsmotiv, aber bereits 20% der 25- bis 29-Jährigen.

Im Vergleich zwischen der Steiermark und Gesamtösterreich ergeben sich im Grunde keine erheblichen Unterschiede bei den Motiven für den Wegzug aus dem Elternhaus. Einzig erwähnenswert scheint der, in der Steiermark von beiden Geschlechtern etwas häufiger genannte, Wunsch eine Lebensgemeinschaft einzugehen. Die Heirat stellt hingegen etwas seltener das Motiv für den Auszug dar.

Die steirischen Männer scheinen zudem etwas partnerschaftsorientierter zu sein. So wurden einerseits das Eingehen einer Partnerschaft etwas häufiger (Steiermark: 50,4%; Österreich: 46,4%) andererseits der Wunsch selbständig zu sein etwas seltener (Steiermark: 13,8%; Österreich: 16,3%) als Wegzugsmotive genannt.

4. DIE ERSTE PARTNERSCHAFT

Da im jüngeren Alter nicht auf Beziehungen verzichtet wird, werden unverbindlichere nicht-eheliche Lebensgemeinschaften oder bilokale Paarbeziehungen („Living-Apart-Together-Beziehungen“), als Vorstufe zur Ehe, eingegangen. Der Trend geht also nicht weg von Paarbeziehungen in jungem Alter, sondern viel mehr weg von einer frühzeitigen Paarbeziehung mit hohem Bindungsgrad, wie in der Ehe. So stellt das Zusammenziehen mit einem/r Partner/in in einen gemeinsamen Haushalt ein weiteres wichtiges biografisches Ereignis auf dem Weg vom Jugendlichen zum Erwachsenen dar.

Mit der Gründung einer eigenen Gemeinschaft wird die Ablösung vom Elternhaus, aber auch ökonomische Eigenständigkeit vollzogen. Wie oben erwähnt, ist das Eingehen einer Partnerschaft (Ehe, Lebensgemeinschaft) der am häufigsten genannte Grund für das Verlassen der elterlichen Haushalts.

Wie *Tabelle 3* zeigt, hat sich parallel zum längeren Verbleib im elterlichen Haushalt auch der biografische Zeitpunkt des ersten Zusammenlebens mit einem Partner oder einer Partnerin in den letzten Jahrzehnten nach hinten verschoben. So haben in der Altersgruppe der zum Zeitpunkt der Erhebung 35- bis 39-Jährigen bereits 22% bis zum 20. Lebensjahr in einer Partnerschaft gelebt, in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen nur knapp 12%. (Wobei zu erwähnen ist, dass abgesehen von der jüngsten Altersgruppe (20- bis 24-Jährige) ein kurvenförmiger Verlauf zu beobachten ist. So haben unter den 55- bis 59-Jährigen 15% bis zum 20. Lebensjahr mit Partnern zusammengelebt, dieser Anteil steigt kontinuierlich an bis er bei den 35- bis 39-Jährigen mit 22% gipfelt um danach wieder gleichmäßig zu sinken.) Junge Steirerinnen wagen den Schritt in die erste Lebensgemeinschaft deutlich früher als ihre „Landsmänner“. Während beispielsweise in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen Frauen 17% bis zum 20. Lebensjahr bereits mit einem Partner zusammenlebten, sind es in der gleichaltrigen männlichen Generation lediglich 6%.

Der Vergleich zu Gesamtösterreich zeigt, dass sich das spätere Wegziehen der Steirer und Steirerinnen aus dem elterlichen Haushalt auch auf das erste Zusammenleben mit einem/r Partner/Partnerin auswirkt. So haben 41% der 25- bis 29-jährigen Steirer und Steirerinnen noch nie mit einem/r Partner/in zusammengelebt, bei den 30- bis 34-jährigen sind es immer noch 24,5% (Gesamtösterreich: 25 bis 29 Jahre: 34,8%; 30 bis 34 Jahre: 18,2%).

5. DIE (ERSTE) EHE

Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist das steigende Alter bei der ersten Heirat. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorteile sowie die kulturellen Vorgaben zugunsten einer Ehe haben an Bedeutung verloren. Eine Hauptursache dafür sind verstärkte Bildungs- und Erwerbsbeteiligung und veränderte Bedingungen der Lebensplanung junger Menschen, insbesondere der Frauen. Neben der späteren Erstheirat hat sich auch die Zeitspanne zwischen dem ersten Zusammenziehen mit einem Partner oder einer Partnerin und der ersten Eheschließung verändert.

Haben sich von den zum Befragungszeitpunkt 50- bis 59-jährigen Steirern und Steirerinnen noch über 70% innerhalb eines Jahres „getraut“, so waren es bei den 30- bis 39-jährigen nur knapp 43% (*Tabelle 4*). Diese Altersgruppe (30- bis 39-Jährigen) ließ sich mehr Zeit: Mehr als ein Drittel lebte drei und mehr Jahre ohne Trauschein zusammen, bei den 50- bis 59-Jährigen waren es im Mittel 13%.

Die 20- bis 24-jährigen Steirer und Steirerinnen lassen sich noch mehr Zeit: Nur 35% der mit 20 bis 24 Jahren bereits (jemals) Verheirateten haben innerhalb eines Jahres nach Eingehen der ersten Partnerschaft geheiratet. Für Gesamtösterreich könnte man hingegen sagen, dass die junge Generation wieder schneller heiratet. So haben 59% der 20- bis 24-Jährigen innerhalb eines Jahres nach dem Zusammenziehen geheiratet.

6. ELTERNCHAFT

Zur Normalbiografie junger Erwachsener gehört (wie oben erwähnt) zunehmend die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft. Im Fall einer Elternschaft ist eine Eheschließung allerdings fast noch obligatorisch und aus der Sicht beider Partner geboten.

Der Übergang zur Elternschaft bildet einen zentralen Markierungspunkt in der Biografie eines Menschen. Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels in den letzten Jahrzehnten hat sich Elternschaft immer mehr zu einer Option entwickelt, die gewählt oder nicht gewählt werden kann. Grundsätzlich beeinflussen Erfahrungen, die aktuelle Lebenssituation sowie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Entscheidung des Einzelnen.

6.1 DAS ERSTE KIND

Parallel mit dem Hinauszögern der ersten Partnerschaft erhöhte sich innerhalb der letzten Jahrzehnte auch das Alter bei der Geburt des ersten Kindes.

Wie *Tabelle 5* zu entnehmen ist, sind bei den zum Befragungszeitpunkt 20- bis 24-jährigen Steirerinnen noch gut 90% kinderlos, bei den 25- bis 29-jährigen 56% und bei den 30- bis 34-jährigen immerhin 28%. Natürlich ist für diese Altersgruppen durchaus noch zu erwarten, dass der Anteil der kinderlosen Frauen noch sinken wird, da die Familienplanung häufig noch nicht abgeschlossen ist (siehe Kapitel 6.3: Insgesamt gewünschte Kinderzahl).

Gerade einmal 5,2% aller Steirerinnen im Alter zwischen 25 bis 29 Jahren brachten ihr erstes Kind in sehr jungen Jahren (vor dem 20. Geburtstag) zur Welt. Bis zum Erreichen des 23. Lebensjahres war gut ein Viertel (27%) der Frauen dieser Altersgruppe Mutter. Verglichen damit, liegt der Anteil der zum Befragungszeitpunkt 45- bis 59-jährigen Steirerinnen, die vor dem Erreichen des 20. Lebensjahres ihr erstes Kind gebären bei knapp einem Viertel und deutlich mehr als die Hälfte (bis 58%) war mit 22 Jahren nicht mehr kinderlos. Zu erwähnen bleibt allerdings, dass die Frauen der ältesten und der jüngsten Altersgruppen fast ebenso selten bis zu ihrem 20. Lebensjahr erstmals Mutter wurden (20 bis 29 Jahre: 5%; 75 Jahre und älter: 7%).

Verglichen mit Gesamtösterreich haben die Steirerinnen ihr erstes Kind dennoch zum Teil deutlich früher bekommen. Z.B. haben 58,4% der zum Befragungszeitpunkt 50- bis 54-Jährigen ihr erstes Kind bis zum 23. Lebensjahr zur Welt gebracht, bei der gleichaltrigen Gruppe aus Gesamtösterreich lediglich 51,6%.

Ob aus diesen Zahlen ein Anstieg an lebenslang kinderlos bleibender Frauen erkennbar ist oder ob es sich dabei um Veränderungen des „Timings“ handelt, d.h. dass die heute jungen Frauen ihre Geburten nur aufschieben, lässt sich anhand dieser Daten nicht feststellen.

6.2 AUSWIRKUNG DES ZEITPUNKTES DER ERSTEN (BZW. DER ZWEITEN) GEBURT AUF DIE PARITÄT

Die im Konzept zu dieser Auswertung formulierte Hypothese 3 geht davon aus, dass je jünger die Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes bzw. je geringer der Abstand zwischen der Geburt des ersten und des zweiten Kindes ist, desto mehr Kinder insgesamt gewünscht sind. Die *Tabellen 6* und *7* zeigen, dass dem nicht so ist. Offensichtlich sind es andere Faktoren, die die Anzahl weiterer Kinder beeinflussen.

Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes wirkt sich kaum auf die insgesamt gewünschte Kinderzahl der 20- bis 39-jährigen Steirerinnen aus. Zwar gilt, je älter die Frau bei der Geburt des ersten Kindes war, desto weniger Kinder wünscht sie sich insgesamt, doch ist die Korrelation als sehr schwach zu bezeichnen ($\text{Tau}_b = -0,12$)²¹. Dennoch erwähnenswert: Nur 14,8% der Frauen, die ihr erstes Kind bereits bis zum 19. Lebensjahr geboren haben, wünschen sich kein weiteres Kind jedoch 48,8% der Steirerinnen, die die erste Geburt zwischen 30 und 34 Jahren erlebten.

Noch schwächer ist der Einfluss des Abstandes zwischen erstem und zweitem Kind auf den Kinderwunsch der 20- bis 39-Jährigen. Die Richtung der Korrelationskoeffizienten²² würde zwar ebenfalls der Hypothese entsprechen (je größer der Abstand, desto weniger Kinder werden gewünscht), ist aber mit einem Tau_c ²³ von $-0,09$ als sehr, sehr schwach zu bezeichnen. 77,5% der Frauen, bei denen die erste und die zweite Geburt innerhalb von 10 oder mehr Jah-

²¹ KENDALLs Tau_b : Assoziationsmaß für ordinal skalierte Werte in quadratischen ($m = n$) Tabellen.

²² Die Korrelationskoeffizienten dienen dabei dazu, die Stärke des linearen Zusammenhangs zwischen diesen Variablen zu messen. Die Koeffizienten können Werte zwischen +1 und -1 annehmen, der Betrag gibt die Stärke des Zusammenhangs an, das Vorzeichen die Richtung.

²³ KENDALLs Tau_c : Assoziationsmaß für ordinal skalierte Werte in nicht quadratischen ($m \neq n$) Tabellen.

ren stattfand, wollen es bei zwei Kindern belassen, aber nur 49,3% jener Frauen bei denen nur ein Jahr zwischen dem ersten und dem zweiten Kind lag²⁴.

6.3 INSGESAMT WERDEN 1,96 KINDER GEWÜNSCHT

Die Summe aus der realisierten und der zusätzlich gewünschten Kinderzahl gibt Hinweise auf die endgültigen Kinderzahlen der einzelnen Altersgruppen noch bevor die Reproduktionsphase abgeschlossen ist. Im Durchschnitt haben die 20- bis 39-jährigen Steirerinnen bereits 1,06 Kinder realisiert und wünschen sich insgesamt (realisierte plus zusätzlich gewünschte Kinderzahl) 1,96 Kinder (Tabelle 8). Mit 1,88 Kindern wollen die 20- bis 24-jährigen Frauen im Mittel um 0,16 Kinder weniger als die 25- bis 29-jährigen (2,04). Keine Altersgruppe wünscht sich dabei genug Kinder, um die Elterngeneration der Zahl nach zu „ersetzen“. Man kann für die derzeit im reproduktiven Alter stehenden Frauen daher davon ausgehen, dass sie (deutlich) unter dem Reproduktionsniveau bleiben werden.

Nur eine Minderheit der Steirerinnen möchte kinderlos bleiben. So wünschen sich nur 2,0% der zum Befragungszeitpunkt 20- bis 24-Jährigen kein Kind. Hier tritt ein deutlicher Unterschied zu Gesamtösterreich zu Tage: Insgesamt möchten 11,7% der Österreicherinnen zwischen 20 und 24 Jahren keine Kinder.

Bei der Frage nach dem Kinderwunsch hat die Zwei-Kind-Norm eine große Bedeutung. Dies kommt auch hier deutlich zum Ausdruck: Mehr als die Hälfte der 20- bis 24-Jährigen wünscht sich genau zwei Kinder (51,6%), weitere 18,9% ein bis zwei Kinder bzw. 7,0% zwei oder drei Kinder. Das heißt, mehr als drei Viertel der Steirerinnen dieser Altersgruppe erwägt in ihrem Leben zwei Kinder zu bekommen. In Gesamtösterreich gilt dies für „nur“ knapp zwei Drittel.

Insgesamt wünschen sich die steirischen Frauen etwas mehr Kinder als der Österreichdurchschnitt, bereits realisiert haben sie im Gegensatz dazu jedoch etwas weniger. In der Steiermark weicht der Wunsch von der Realität also noch weiter ab als in Gesamtösterreich. In der Steiermark scheint die traditionelle Zwei-Kinder-Norm noch stärker zu wirken, obwohl das Ergebnis auf eine noch gravierendere Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, als es ohnehin schon für Gesamtösterreich gilt, hindeutet.

Im Gegensatz zur Frage nach der bereits realisierten Kinderzahl handelt es sich beim zusätzlichen Kinderwunsch um ein Merkmal, das mit einer erheblichen Unschärfe verbunden ist. Bei der Beantwortung dieser Frage gehen die Befragten von ihrer aktuellen Lebenssituation aus und antizipieren nicht deren Reaktion auf mögliche private oder gesellschaftliche Veränderungen. So können die dazu erhobenen Werte nicht eins zu eins für eine Fertilitätsprognose herangezogen werden. Wie Vergleiche zeigen, weicht die gewünschte Kinderzahl meist von dem später tatsächlich realisiertem Wert nach unten ab.

²⁴ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass hierbei das Alter eine stark beeinflussende Variable darstellt.

6.4 KINDERZAHL BEI ABGESCHLOSSENER FERTILITÄT – DIE STEIERMARK LIEGT ÜBER DEM REPRODUKTIONSNIVEAU

Mit der Analyse der insgesamt lebendgeborenen Kinder bei abgeschlossener Fertilität, kann man die endgültige durchschnittliche Kinderzahl pro Frau sowie den Anteil der lebenslang kinderlosen Frauen angeben. Diese Kohortenfertilität entscheidet in Wahrheit über die „Reproduktion“ einer Gesellschaft. Allerdings ist sie für die Analyse aktueller Trends nicht geeignet, da sich die getroffenen Aussagen auf zwei bis drei Jahrzehnte zurückliegende Zeiträume beziehen²⁵.

Insgesamt ergibt sich für die Steiermark eine durchschnittliche Kinderzahl von 2,15, (*Tabelle 9*) also über dem Reproduktionsniveau – Gesamtösterreich liegt mit 2,02 Kindern darunter. Die höchste Kohortenfertilität dieses Jahrhunderts verzeichnen die heute 60- bis unter 70-jährigen Steirerinnen mit gut 2,5 Kindern pro Frau. Diese Altersgruppe war für den Babyboom der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre hauptverantwortlich. Die Fertilität dieser Generationen liegt somit deutlich über dem einfachen Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Bei den jüngeren Altersgruppen liegen die durchschnittlichen Kinderzahlen zum Teil sehr deutlich darunter.

Der Rückgang der Kinderzahlen bei den zum Erhebungszeitpunkt unter 54-jährigen Steirerinnen ist dabei hauptsächlich durch den kleiner werdenden Anteil von Frauen, die vier oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben, zu erklären: Hat z.B. von den 60- bis 64-Jährigen fast jede Vierte (24,9%) vier oder mehr Kinder geboren, sind es bei den 40- bis 44-Jährigen lediglich 6,9%. Dafür ist bei den jüngeren Altersgruppen die eindeutige Tendenz in Richtung, oben erwähnter, Zwei-Kind-Norm zu beobachten.

Aus bevölkerungswissenschaftlicher Sicht ist das Absinken der Fertilitätsrate durch das Auseinanderklaffen von Kinderwunsch und tatsächlich realisierter Kinderzahl sowie aufgrund der wieder ansteigenden Zahl der kinderlos bleibenden Frauen zu erklären. Der von der historischen Demographie gestützte Hintergrund dafür ist, dass sich generative Verhaltensweisen mit der Wandlung der Umwelt- und unmittelbaren Lebensbedingungen verändern.

Schon früher sind Frauen in Kriegs- und Krisenzeiten häufig kinderlos geblieben. Sehr hoch ist z.B. der Anteil der kinderlosen Frauen in der ältesten Altersgruppe: Bei den zum Befragungszeitpunkt 85- und Mehrjährigen blieben 27,3% Zeit ihres Lebens kinderlos. Bei der heutigen Kinderlosigkeit handelt es sich allerdings überwiegend um freiwillige, durch soziale Umstände zwar verursachte, aber auf individuellen Entscheidungen beruhende Kinderlosigkeit. Die Anzahl der kinderlos gebliebenen Frauen ist in den letzten Jahren wieder leicht gestiegen und damit zu einem Merkmal der demographischen Situation geworden. So blieben die zum Erhebungszeitpunkt 65- bis 69-jährigen Steirerinnen zu 7,5% kinderlos, während dies bei 12,6% der 40- bis 44-jährigen der Fall war.

Heute ist Kinderlosigkeit besonders häufig bei hoch qualifizierten und voll-erwerbstätigen Frauen. Erwerbstätigkeit und Karriere können bei unzureichenden Vereinbarkeitsbedingungen

²⁵ Vgl. Kytir/Münz. Vom Geburtenschwund zum Kindermangel. Fakten, Thesen und Gegenthesen zur kinderarmen Gesellschaft. In: Demographische Informationen. 1999, S 5 - 10

zu Kinderlosigkeit führen. Der Weg dahin geht über das wiederholte Hinauszögern der Geburt des ersten Kindes bis zu einem Zeitpunkt, an dem Kinder nicht mehr gewünscht sind oder Schwangerschaften nicht mehr eintreten.

Im Vergleich zu Gesamtösterreich ergibt sich, dass, abgesehen von den 80- und mehrjährigen Frauen, die Steirerinnen seltener kinderlos geblieben sind als die Frauen Gesamtösterreichs.

6.5 DAS ALTER BEIM EINTRITT BESTIMMTER LEBENSÜBERGÄNGE WIRKT SICH AUF DIE FERTILITÄT AUS

Hat das Alter beim Wegzug aus dem Elternhaus, beim ersten Zusammenleben mit einem/r Partner/in und bei der ersten Heirat einen Einfluss auf das **Alter bei der Geburt des ersten Kindes** der 15- bis 59-jährigen Steirer und Steirerinnen?

Ja, so haben z.B. mehr als drei Viertel jener 15- bis 59-jährigen Steirer und Steirerinnen, die bereits bis zu ihrem 29. Lebensjahr aus dem Elternhaus ausgezogen sind, (mindestens) ein Kind, bei den später weggezogenen (mit 35 Jahren oder älter) sind es zwei Drittel und bei den bis dato im elterlichen Haushalt verbliebenen gar nur ein Viertel.²⁶

Wie *Tabelle 10* darstellt, hat von den bis zum 19. Lebensjahr Ausgezogenen bereits ein Viertel (26,6%) das erste Kind bis zum 20. und mehr als die Hälfte (53,9%) bis zum 23. Lebensjahr realisiert. Bis zum 35. Lebensjahr haben fast alle (zwischen 20- und 24-jährig aus dem Elternhaus Weggezogenen knapp 95%) ihr erstes Kind realisiert. Für jene, die ihr Elternhaus erst später verlassen haben, zeigt sich ein anderes Bild: 5,9% haben ihr erstes Kind bis zum 20., und nur 75,5% bis zum 35. Lebensjahr bekommen.

Noch stärker ist der Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes von der Tatsache, ob und ab wann man (das erste Mal) mit einem/r Partner/in zusammenlebt, abhängig. 90,1% der 15- bis 59-Jährigen, die noch nie mit einem/r Partner/in zusammen wohnten haben kein Kind (*Tabelle 11*). Von jenen Personen, die bereits in sehr jungen Jahren eine so enge Partnerschaft eingegangen sind (bis zum 19. Lebensjahr) haben 38,8% bereits bis zum 20. Lebensjahr ihr erstes Kind bekommen. Die Steirer und Steirerinnen, die erst mit 35 Jahren oder später mit dem/r Partner/in gelebt haben, hatten bis zum 20. Lebensjahr kein Kind und bis zum 35. hatten erst 56,6% das erste Kind bereits realisiert.

Wie bereits erwähnt, ist eine nicht-eheliche Lebensgemeinschaft mittlerweile durchaus die Norm im Leben von jungen Erwachsenen. Im Falle einer geplanten oder, wie in der Steiermark traditionell häufiger, bereits eingetretenen Elternschaft, wird eine Heirat allerdings nach wie vor als obligat angesehen. Aus diesem Grund ergeben sich die stärksten Differenzen bei der Betrachtung des Alters bei der ersten Heirat und beim ersten Kind. Haben beispielsweise nur 3,1% der sehr früh Verheirateten (bis 19 Jahre) kein Kind, so sind es bei den (bisher) nie

²⁶ Die 213.000 Steirer und Steirerinnen, die das Elternhaus nie verlassen haben, entsprechen selbstverständlich nicht dem Klischee des einsamen, sozial schlecht integrierten Einzelgängers. Vielmehr ist es so, dass von den 213.000 „Zuhausegebliebenen“ die meisten in Ein- oder Zweifamilienhäusern bzw. Bauernhäusern mit ihren Eltern leben. Die Gründung einer eigenen Familie ist für diese Personen durchaus gängig.

Verheirateten fast 80%. Knapp 58% der bis zum 20. Lebensjahr verheirateten Steirer und Steirerinnen haben auch gleichzeitig ihr erstes Kind bekommen (*Tabelle 12*). Zum Vergleich: Nur 58% der Personen, die bei ihrer ersten Heirat zwischen 35 und 39 Jahre alt waren, haben bis zum 35. Lebensjahr ihr erstes Kind realisiert, erreichen also erst 15 Jahre später das Niveau, das die jung Verheirateten bereits mit 20 Jahren hatten und werden ihren ursprünglichen Kinderwunsch wohl nicht realisieren können.

Hat das Alter beim Wegzug aus dem Elternhaus, beim ersten Zusammenleben mit einem Partner und bei der ersten Heirat einen Einfluss auf die **insgesamt gewünschte Kinderzahl** der Steirerinnen zwischen 20 und 39 Jahren?²⁷

Nein, denn die Analyse deutet im Wesentlichen auf eine weitgehende Durchdringung der, voranstehend erwähnten, Zwei-Kind-Norm hin. So zeigen die *Tabellen 13, 14 und 15* kaum Streuung innerhalb der Gruppen. Lediglich jene Steirerinnen, die spät (zwischen dem 30. und dem 39. Lebensjahr) und jene, die noch nicht von zu Hause ausgezogen sind, oder noch nie mit jemandem zusammengelebt oder geheiratet haben, haben bzw. wünschen sich überdurchschnittlich häufig kein Kind. Von jenen Frauen, die noch nicht aus dem Elternhaus ausgezogen sind, das sind vor allem junge Frauen, wünschen sich fast zwei Drittel insgesamt zwei Kinder (1,5 - 2 Kinder²⁸).

Insgesamt ist allerdings zu konstatieren, dass die beobachteten familialen Übergänge keinen oder kaum Einfluss²⁹ auf die Parität der 20- bis 39-jährigen Steirerinnen haben.

Haben das Alter beim Wegzug aus dem Elternhaus, beim ersten Zusammenleben mit einem Partner und bei der ersten Heirat einen Einfluss auf die **insgesamt realisierte Kinderzahl** (bei abgeschlossener Fertilität)?

Kaum, da den größten Einfluss auf die endgültig realisierte Kinderzahl der Steirerinnen zwischen 40 und 59 Jahren die Tatsache hat, ob man jemals mit einem Partner zusammengezogen ist bzw. jemals geheiratet hat oder nicht (*Tabellen 17 und 18*). Nur 3,4% der Frauen die bereits im Alter von 19 Jahren mit einem Partner und nicht einmal ein Prozent jener die in diesem Alter verheiratet waren haben kein Kind geboren. Fast die Hälfte dieser Frauen haben zwei Kinder (zusammengelebt: 48,7%; verheiratet: 47,3%). Im krassen Gegensatz dazu, haben 72,1% der Steirerinnen, die noch nie mit einem Partner lebten bzw. 63,7% die noch nie verheiratet waren kein Kind zur Welt gebracht. Etwa ein Viertel dieser Frauen hat ein Kind geboren, nur wenige zwei oder mehr Kinder.

In welchem Alter diese familialen Übergänge (Wegzug, erste Partnerschaft und erste Heirat) stattfinden, wirkt sich auf die erste Elternschaft also deutlicher als auf den Kinderwunsch (realisiert und zusätzlich gewünscht) aus.

²⁷ Die Frage nach den zusätzlich gewünschten Kindern wurde nur an Frauen dieser Altersgruppe gestellt.

²⁸ Es war möglich einen Von-Bis-Bereich zur Frage nach dem zusätzlichen Kinderwunsch anzugeben.

²⁹ Auch die Betrachtung der standardisierten Residuen der beobachteten Werte lässt keine interpretierbaren Muster erkennen.

6.6 8% DER KINDER LEBEN IN PATCHWORK-FAMILIEN

Das Phänomen der Stieffamilie ist nicht neu. Als z.B. die Positionen des Bauern und der Bäuerin im Haus noch unbedingt zu besetzende Rollen darstellten, und die Sterblichkeit hoch war (v.a. der Frauen im Kindbett) war eine Wiederverheiratung, vor allem des Witwers, gang und gäbe³⁰.

Gemessen an den letzten Jahrzehnten ist die vermehrte Konstituierung multipler Elternschaft auf Grund der hohen Scheidungshäufigkeit und dem häufigen Eingehen einer neuen Partnerschaft (Wiederheirat oder nicht-eheliche Lebensgemeinschaft) von Partnern mit Kindern aus einer früheren Verbindung allerdings ein relativ neues Phänomen. Für einen wieder immer größer werdenden Teil der für das junge Erwachsenenalter typischen Lebensform, der „Kernfamilie“ handelt es sich um „Fortsetzungsfamilien“ d.h. zumindest einer der beiden Partner ist bereits ein zweites Mal verheiratet. Sind Kinder mit im Spiel nennt man diese Form des familialen Zusammenlebens „Patchwork-Familien“.

Die klassische Definition versteht unter Stieffamilie eine Familie, in der ein Partner ein nicht-leiblicher Elternteil zumindest eines Kindes ist³¹. Da immer mehr Paare nach einer Scheidung eine Lebensgemeinschaft eingehen, ohne zu heiraten, wäre es verfehlt nur die Stiefkinder von verheirateten Paaren zu berücksichtigen. Deshalb wurde für diese Analyse die erweiterte Definition der Stieffamilie herangezogen. D.h. der Begriff der Stieffamilie beinhaltet nicht nur eheliche, sondern auch nicht-eheliche Lebensgemeinschaften.

Heute stellt etwa jede dritte Eheschließung in Österreich für einen der Partner die, zumindest, zweite Eheschließung dar³². Zur genauen Zahl der Personen, die nach einer Scheidung eine Lebensgemeinschaft eingehen und bei denen Kinder im Haushalt leben, existierten bis dato nur Schätzungen. Für diese Auswertung wurde versucht anhand des Mikrozensus-Sonderprogramms festzustellen, wie viele Kinder unter 15 Jahren in Kernfamilien, wie viele bei nur einem Elternteil leben und wie viele in einer sogenannten Patchwork-Familie leben.

In Österreich leben 79,3% der Kinder unter 15 Jahren in Kernfamilien, 13,4% werden von einem Elternteil (meist der Mutter) aufgezogen und immerhin 7,3% leben in sogenannten Patchwork-Familien.³³

In der Steiermark leben gut drei Viertel der Kinder in Kernfamilien (*Tabelle 19*). 14.300 bzw. 7,9% der steirischen Kinder unter 15 Jahren (in Privathaushalten) leben in Patchwork-Familien; 16,6% leben mit nur einem Elternteil im Haushalt. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern befindet sich die Steiermark damit im Spitzenfeld.

Überraschenderweise gibt es die meisten Patchwork-Familien im vermeintlich konservativen Tirol mit 11,4%. Nicht minder überraschend ist die Tatsache, dass die geringsten Anteile,

³⁰ vgl. Sieder R.; Sozialgeschichte der Familie. Frankfurt, 1987

³¹ Vgl. Buber/Prskawetz; Mein Kind – dein Kind – unser Kind. Der Einfluss von vorpartnerschaftlichen Kindern auf das Fertilitätsverhalten in zweiten Lebensgemeinschaften. In: Demografische Informationen. 1999, S11 - 19

³² Österreichischer Familienbericht, S 292

³³ Die Ergebnisse decken sich mit den Resultaten einer Studie von Liselotte Wilk (1998). Sie schätzte den Anteil österreichischer Kinder in Stieffamilien auf 6 – 8%.

neben dem Burgenland, in Wien (jeweils 4,3%) zu finden sind. Den höchsten Anteil an Kindern in „Alleinerzieherfamilien“ weist Wien auf (20,3%) - vor der Steiermark mit 16,6%.

Das Phänomen der Stieffamilie könnte auch im Hinblick auf seinen Einfluss auf die Paritätsverteilung (Zahl der Kinder) von Frauen interessant sein. Paritätsspezifische Analysen zeigen, dass kinderlose Frauen, deren Partner ein Kind in den gemeinsamen Haushalt mitbringt, vermehrt den Wunsch nach einem gemeinsamen leiblichen Kind mit ihrem Partner haben und bald realisieren. Bringt hingegen die Frau ein Kind in die neue Partnerschaft mit, ist die Fertilität nicht höher.³⁴

7. BEEINFLUSST DAS FAMILIENNETZWERK DEN KINDERWUNSCH?

Die meisten Menschen sind in einem individuell spezifischen Netz verwandtschaftlicher Beziehungen eingebunden. Aus durchschnittlich 7,2 Personen besteht das Familiennetzwerk naher Angehöriger - Partner/Partnerin, Geschwister, Eltern, Großeltern Urgroßeltern, (Schwieger)-Kinder, Enkelkinder und Urenkelkinder – der steirischen Bevölkerung in Privathaushalten (*Tabelle 20*). Das familiäre Netzwerk der Frauen (7,4 Personen) ist dabei etwas größer als jenes der Männer (6,9). Zwischen den einzelnen Lebensphasen ergeben sich hinsichtlich der Zahl der Verwandten Unterschiede: Die 15- bis unter 29-jährigen Steirer und Steirerinnen haben mit weniger als sechs verwandten Personen das kleinste, die 60- und mehrjährigen mit durchschnittlich 9,5 Verwandten das größte familiäre Netzwerk vorzuweisen.

Die aktuelle Lebenslage, das Verhalten, die Orientierungen und Lebenspläne von Menschen können ohne Berücksichtigung des familiären Umfeldes vermutlich nicht hinreichend erklärt werden. Für die Lebensplanung und damit auch für die Entscheidung ob und wie viele Kinder gewünscht bzw. realisiert werden, könnte es einen Einfluss haben, ob und wie viele Familienmitglieder man hat. Noch wichtiger scheint die Frage, wo diese leben und ob zu ihnen Kontakte bestehen. Die Hypothese aus dem inhaltlichen Konzept dazu lautet, dass sich das Vorhandensein von potentiellen Unterstützungsnetzwerken positiv auf den Kinderwunsch bzw. die Kinderzahl auswirkt.

Zur Überprüfung dieser Annahmen wurden zwei additive Indizes, die das potentielle Unterstützungsnetzwerk abbilden sollen, konstruiert: Ersterer bildet die Anzahl der engen Verwandten (Eltern, Großeltern, Geschwister), die innerhalb höchstens einer Viertelstunde zu Fuß erreichbar sind, ab. Der Zweite weist die Anzahl der engen Verwandten, zu denen mindestens einmal pro Woche persönlicher Kontakt besteht, aus.

Zur Analyse wurden ausschließlich die ungewichteten Werte der 20- bis 39-jährigen Österreicherinnen herangezogen³⁵.

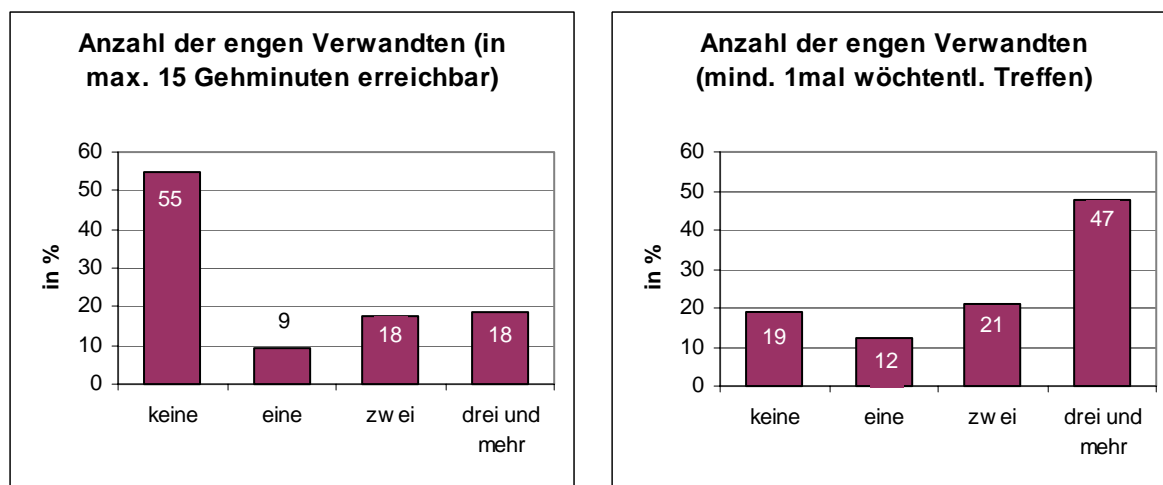
³⁴ Vgl. Buber/Prskawetz. 1999

³⁵ Da in der Steiermark in Hinblick auf die Hypothesen 1 und 2 zu niedrige Fallzahlen resultierten, wurden die Berechnungen für ganz Österreich durchgeführt.

Wie nachfolgender Grafik zu entnehmen ist, haben immerhin 45% der 20- bis 39-jährigen Österreicherinnen mindestens eine/n enge/n Verwandte/n, die/der innerhalb von maximal 15 Minuten zu Fuß erreichbar ist. Davon haben jeweils 18% der Befragten zwei bzw. drei oder mehr Personen ihres Familiennetzwerkes ganz in ihrer Nähe. Diese Ergebnisse entsprechen Rosenmayrs Konzept der „Intimität auf Distanz“³⁶.

Doch auch etwas größere Entfernungen lassen natürlich persönliche Treffen zu: So treffen 81% der 20- bis 39-jährigen Frauen zumindest einmal pro Woche auf mindestens eine/n enge/n Verwandte/n. Davon trifft sich fast die Hälfte (47%) der Österreicherinnen mit drei oder mehr Personen ihres Familiennetzwerkes.

Grafik: Netzwerkindizes:



Da anzunehmen war, dass die Tatsache, ob eine Frau mit einem Partner lebt oder nicht, die bereits realisierte Kinderzahl bzw. die insgesamt gewünschte Paritätsverteilung beeinflusst, wurden die Berechnungen für zwei Gruppen von Frauen durchgeführt: Jene, die mit einem Partner leben und jene, die nicht mit einem Partner zusammenwohnen. Die Korrelationen³⁷ der einzelnen Indizes mit den abhängigen Variablen „Kinder lebend geboren“ und „insgesamt gewünschte Kinderzahl (Parität)“ ergaben dabei Unerwartetes (Tabelle 21):

Es ergaben sich keine signifikanten Zusammenhänge zwischen der Anzahl der schnell erreichbaren bzw. der häufig kontaktierten Familienmitglieder und den abhängigen Variablen in Hinblick auf Frauen die (derzeit) in einer Partnerschaft leben. Die Existenz eines Partners scheint jegliche Einflüsse des Familiennetzwerkes auszuschalten.

Für Frauen, die (derzeit) ohne Partner leben, ergab sich ebenfalls Überraschendes: Gemäß der Hypothese ergaben sich zwar signifikante Zusammenhänge, allerdings in eine unerwartete Richtung weisend:

³⁶ Da nur wenige junge Erwachsene nach der Eheschließung und der Geburt des ersten Kindes im elterlichen Haushalt bleiben, ergibt sich eine weit verbreitete Multi-Lokalität der vernetzten Familienmitglieder. Untersuchungen berichten dabei übereinstimmend, dass ältere Eltern und ihre erwachsenen Kinder in der Regel zwar nicht zusammen wohnen und haushalten, aber nach dem Prinzip „Intimität auf Distanz“ (L. Rosenmayr) nach Möglichkeit in erreichbarer Nähe bleiben.

³⁷ Pearson-Produkt-Momentkorrelationen

- Je **mehr** Personen des Familiennetzwerkes in unmittelbarer Nähe wohnen, desto **weniger** Kinder sind bereits realisiert worden.
- Mit je **mehr** Personen aus dem Familiennetzwerk pro Woche ein persönliches Treffen stattfindet, desto **weniger** Kinder wurden bereits geboren.

Die Korrelationen sind allerdings keineswegs als stark zu bezeichnen. Des Weiteren galt es natürlich auch zu bedenken, dass die Stärke des Zusammenhangs möglicherweise nicht richtig abgebildet wird, wenn die Variablen zugleich von weiteren, unberücksichtigten Faktoren beeinflusst werden. In einem solchen Fall ist eine Verzerrung der Korrelationskoeffizienten entweder nach oben oder nach unten möglich. Um dies zu überprüfen wurden partielle Korrelationskoeffizienten berechnet. Das heißt, der Einfluss von vermutlich intervenierenden Variablen wurde eliminiert.

Aufgrund der Tatsache, dass Frauen im mittleren Erwachsenenalter bereits mehr Kinder realisiert haben, als Frauen im jungen Erwachsenenalter wurde bei der Korrelation der Indizes mit den abhängigen Variablen auf Alter kontrolliert. Das Ergebnis (*Tabelle 22*) ist im Grunde von seiner Wirkungsrichtung her gleich geblieben – allerdings noch schwächer geworden. Durch die Eliminierung des Einflusses der Altersvariable wurden die Zusammenhangskoeffizienten nach unten korrigiert, bleiben allerdings aufgrund der großen Fallzahlen signifikant. Grundsätzlich gilt wieder:

- Je **mehr** schnell erreichbare bzw. häufig kontaktierte Familienmitglieder die 20- bis 39-jährigen Österreicherinnen haben, desto **weniger** Kinder haben sie bereits realisiert.

Die Gründe dafür sind allerdings anhand des vorliegenden Datenmaterials nicht zu eruieren.

Die Indizes wurden auch mit den abhängigen Variablen „Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes“ und „Abstand zwischen dem ersten und dem zweiten Kind“ korreliert, um die Hypothesen 1 und 2 zu überprüfen. Da nur die Netzwerkdichte zum Zeitpunkt der Befragung bekannt ist, wurden nur jene Fälle berücksichtigt, bei denen die erste bzw. die zweite Geburt nicht länger als 3 Jahre zurückliegt.

Im Wesentlichen ergeben sich signifikante Zusammenhänge wieder nur für Frauen, die nicht mit einem Partner zusammenleben (*Tabelle 23*):

- Je **mehr** Personen des Familiennetzwerkes in unmittelbarer Nähe wohnen, desto **jünger** ist die Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes.
- Mit je **mehr** Personen aus dem Familiennetzwerk pro Woche zusammengetroffen wird, desto **jünger** ist die Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass weder das potentielle familiäre Unterstützungsnetzwerk noch das Alter bei der Geburt des ersten Kindes noch die Geburtenfolge einen starken Einfluss auf die bereits realisierte bzw. die (insgesamt gewünschte) Kinderzahl haben. Es sind offensichtlich andere Faktoren von wesentlich größerer Bedeutung wie z.B. die individuelle Lebensperspektive, ob ein Partner vorhanden ist oder nicht, die Qualität der Partnerschaft, die Bildung, die Berufstätigkeit und damit das Einkommen und wohl einige weitere Faktoren.

AKZEPTANZ FAMILIENPOLITISCHER MAßNAHMEN UND DEREN AUSWIRKUNG AUF DIE FERTILITÄT IN DER STEIERMARK

Winfried Moser
(Statistik Austria)

ENDBERICHT

zur steirischen Mikrozensus-Zusatzerhebung
über das Thema Familiengestaltung
im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung

ZUSAMMENFASSUNG

Im folgenden Bericht wird versucht, die Effekte wichtiger, von großen Teilen der Bevölkerung akzeptierter familienpolitischer Maßnahmen abzuschätzen. Es kann gezeigt werden, dass die vier bei weitem wichtigsten Maßnahmen – Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes, zeitliche Ausdehnung des Kinderbetreuungsgeldes, Erhöhung der Familienbeihilfe und Steuererleichterungen – deutlich voneinander zu unterscheidende Gruppen ansprechen und somit steuerungstechnisch sehr unterschiedliche Auswirkungen aufweisen könnten.

Anreize für Personen ohne Kinder: Hier werden „vertrauensbildende Maßnahmen“ bevorzugt, wie etwa die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes oder des Kündigungsschutzes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes.

Personen mit kleinen Kindern hingegen bevorzugen eher „aktuelle Hilfe“, wie etwa eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes.

Beide genannten Gruppen werden auch durch strukturelle Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten oder verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten überdurchschnittlich angesprochen.

Mit einer beträchtlichen Erhöhung der Familienbeihilfe hingegen würde man am ehesten Eltern mit bereits jugendlichen Kindern ansprechen. Ein direkter fertilitätssteigernder Effekt ist in dieser Zielgruppe jedoch fraglich. Eine solche Maßnahme wäre vielmehr als politisches Statement für Elternschaft zu betrachten.

Die am häufigsten genannten Maßnahmen sind somit finanzieller Natur. Diese klare Präferenz in der Bevölkerung unterscheidet sich deutlich von Expertenforderungen, die eher dafür plädieren, familienpolitische Maßnahmen im strukturellen Bereich zu setzen.

Darüber hinaus gibt es noch zwei interessante Befunde: Der eine betrifft die Rolle der Männer im Familienverband. Es zeigt sich, dass die verpflichtende Aufteilung der Karenzzeit und eine verbesserte Karenzregelung für Väter überdurchschnittlich oft von Männern gewünscht werden. Darüber hinaus wünschen sich verbesserte Karenzregelungen für Väter überdurchschnittlich oft Personen, die noch kein Kind haben, und solche, bei denen die Phase der Kindererziehung bereits vorbei ist. Das verstärkte Eingebundensein der Männer in die Kindererziehung wird somit sowohl in der Idealvorstellung als auch in der rückblickenden Bewertung als wichtig angesehen. Die Realität, die Gegenwart hingegen sieht anders aus. Hier scheinen die Paare von ihrer eigenen Idealvorstellung überfordert zu sein: Jene, die gerade mitten in der Kindererziehung stecken, sprechen sich nur unterdurchschnittlich oft für diese Maßnahme aus.

Der zweite Punkt betrifft die Rolle der Beziehung für die Perzeption von Problemen und Entscheidungsgrundlagen, die mit Elternschaft in Zusammenhang stehen. Es gibt Hinweise darauf, dass der Kinderwunsch von Personen, die sich hinsichtlich dieses Wunsches mit ihrem Partner einig sind, weniger durch äußere Umstände (finanzielle, berufliche, etc. aber auch: politische Maßnahmen!) beeinflussbar und damit stabiler ist als bei Personen, die über dieses Thema mit ihrem Partner uneinig sind.

Diese beiden Punkte zeigen auf, dass es neben finanziellen und strukturellen Mankos weitere Defizite auf einer Ebene gibt, die bislang sowohl als potenzielles Feld staatlicher Unterstützung als auch in der familienpolitischen Diskussion vergleichsweise wenig Beachtung fand: dem psychosozialen Bereich. Beziehung und Erziehung muss auch gelernt werden. Es konnten in der vorliegenden Studie zwar erste Hinweise auf Zusammenhänge gefunden werden. Genauere Daten zur Beziehungs- und Erziehungssituation und deren Einfluss auf die Fertilität und Problemprezipation müssten aber erst auf einer breiteren Basis erhoben werden.

0. EINLEITUNG

Die Steiermark gehört zu den Bundesländern mit der niedrigsten Fertilitätsrate in Österreich. Dieser Zustand hat sich in den letzten 40 Jahren im Wesentlichen nicht geändert: Tirol und Vorarlberg haben seit 1962 überdurchschnittlich hohe Nettofortproduktionsraten – trotz des insgesamt stark gesunkenen Fertilitätsniveaus. Die Steiermark und das Burgenland bildeten meistens die Schlusslichter unter den Flächenbundesländern. Ganz allgemein scheint es also diesbezüglich – wie auch sonst so oft – ein West-Ost-Gefälle zu geben.

Die einzige wirkliche Änderung, die in diesen 40 Jahren Platz gegriffen hat, ist das Verhältnis der Fertilität in den Bundesländern zu jener in Wien: In einem Prozess, der etwa ein Vierteljahrhundert andauert hat, haben sich die Niveaus weitestgehend einander angeglichen – die Nettofortproduktionsraten der Bundesländer sind auf das Niveau Wiens gefallen. Und seit 1988 ist Wien – was die Fertilität seiner Bewohner betrifft – nicht mehr anders als die anderen Bundesländer Österreichs (vgl. Grafik im Anhang I).

Der Blickwinkel dieser Studie ist aber ein familienpolitischer und kein makroökonomischer. Die politische Unzufriedenheit mit der Geburtenentwicklung in der Steiermark hat letztendlich zur Beauftragung dieser Studie geführt.

Zum Thema „Effekte“ ist ein wichtiger einschränkender Hinweis notwendig. Die Geburtenentwicklung ist von zwei wichtigen Faktoren abhängig: von der Fertilität und von anderen demographischen Faktoren wie etwa der Altersverteilung in einer Bevölkerung. Das ist eine wichtige Tatsache mit weitreichenden Implikationen:

Wäre es möglich, die Nettofortproduktionsrate der Steirerinnen durch irgendeine Wundermaßnahme von 0,58 (im Jahr 2001) mit einem Schlag auf 1 zu erhöhen (das für die Reproduktion der Bevölkerung notwendige Maß), so kann dennoch nicht davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung ab diesem Zeitpunkt stabil ist. Aufgrund anderer Einflüsse – etwa der vorhin genannten Altersverteilung – wird die Bevölkerungszahl weiterhin sinken. Ohne Zuwanderung würde es auch bei einer so starken Erhöhung der Nettofortproduktionsrate wie sie oben postuliert worden ist, mehrere Jahrzehnte dauern, bis die Bevölkerungszahl wieder stabil ist. Es ist wichtig, sich dieser Tatsache bei der Analyse von Effekten

familienpolitischer Maßnahmen sehr bewusst zu sein. Sie rückt diese Effekte in das richtige Licht³⁸.

Im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen Akzeptanz und Effekte familienpolitischer Maßnahmen. Zielgruppe sind 20- bis 40-jährige Steirer und Steirerinnen. Die aus den 1040 Interviews gewonnenen Daten, die im Zuge des Mikrozensus September 2002³⁹ aufgezeichnet wurden, sind auf diese Zielgruppe hochgerechnet. Im Zentrum des vorliegenden Berichtes stehen die oben angesprochenen familienpolitischen Maßnahmen. Sie werden von verschiedenen Seiten her beleuchtet:

- a) Im ersten Kapitel geht es um die Akzeptanz verschiedener Maßnahmen. Die Hochrechnung erlaubt eine Abschätzung, wie viele Steirerinnen und Steirer bestimmte Maßnahmen als wichtig erachten.
- b) In Kapitel zwei geht es darum, das zu den jeweiligen Maßnahmen gehörige „soziodemographische Profil“ herauszuarbeiten. Dies erfolgt mittels Kreuztabellierung der Maßnahmen mit verschiedenen soziodemographischen Variablen und einer anschließenden eingehenden Analyse der Residuen.
- c) In Kapitel drei soll noch die Wirksamkeit der Maßnahmen abgeschätzt werden. Um das bewerkstelligen zu können, wurde im Fragebogen die hypothetische Wirkung abgefragt, die die Einführung der „Lieblingsmaßnahme“ hätte. Es wird noch zu zeigen sein, dass die Punkte b und c eng miteinander verwandt sind: Die angesprochene soziale Gruppe und die vermutete Wirkung hängen zusammen.
- d) Im vierten Kapitel wird näher auf die qualitativen Vorschläge der Befragten zur Erleichterung einer Entscheidung zur Elternschaft und eines Lebens mit Kindern eingegangen.
- e) In Kapitel fünf wird auf eine psychosoziale Fragestellung eingegangen, nämlich: Auf welche Weise beeinflusst Einigkeit bzw. Uneinigkeit der Partner hinsichtlich des Kinderwunsches die Perzeption der Thematik Elternschaft (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Beeinflussbarkeit durch politische Maßnahmen, Entscheidungsgrundlagen für die Elternschaft).

Dieser Bericht ist somit ein stückweit „politische Marktforschung“ und damit ganz im Sinne Peter McDonalds, der auf einem Kongress zum Thema „Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen“ in Sevilla im Jahr 2000 gefordert hat, dass eine gut aufgebaute Marktforschung zur Definition neuer Familienpolitik gehören soll⁴⁰.

³⁸ Vergleiche dazu: Wolfgang Lutz, Brian C. O'Neill, Sergei Scherbov. Europe's Population at a Turning Point. in: Science, 28.3.2003, Vol. 299. Im fol. zit. als Lutz 2003.

³⁹ Der Mikrozensus ist eine seit rund dreißig Jahren durch geschulte Interviewer vierteljährlich durchgeführte Face-to-Face-Befragung auf Basis einer geschichteten regional geklumpten Wohnungsstichprobe mit rund 60.000 Personen. Für die Fragen des Grundprogrammes (Alter, Geschlecht, Familienstand etc.) herrschte bei dieser Erhebung Auskunftspflicht (diese gibt es mittlerweile nicht mehr), die Beantwortung der Sonderprogramme (in diesem Fall: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Altenpflege) erfolgt auf freiwilliger Basis.

⁴⁰ Christos Bagavos, Claude Martin. Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialiensammlung, 2000, S. 26. Im Folgenden zit. als: Bagavos 2000.

1. AKZEPTANZ FAMILIENPOLITISCHER MAßNAHMEN

Grundlegendes Ziel der Befragung war es, etwas über die Akzeptanz und Wirkung verschiedener familienpolitischer Maßnahmen herauszufinden. Es wurden je sechs finanzielle und strukturelle Maßnahmenvorschläge vorgegeben⁴¹. Thematisch befasst sich mit diesem Thema auch das „Population Policy Acceptance Survey“, ein von einer internationalen Arbeitsgruppe erstelltes Konzept, das bereits in den Jahren 1993 und 2001 vom Institut für Demographie auf Österreich zugeschnitten und in einer Studie angewendet wurde⁴². Für Bundesländerergebnisse war der Stichprobenumfang jedoch zu gering.

Die größten Anteile der 20- bis 40-jährigen in der steirischen Befragung hätten gerne eine *zeitliche Ausdehnung des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 5. Geburtstag des Kindes*, eine *Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes*, eine *beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe* oder *umfassende Steuererleichterungen*. Damit wird deutlich, in welche Richtung die Wünsche der Steirer und Steirerinnen gehen: Man hätte lieber finanzielle als strukturelle Unterstützung. Die wichtigsten vier Maßnahmen gehen in diese Richtung. Diese Vier setzen sich von den restlichen vorgeschlagenen Maßnahmen auch recht deutlich ab.

Insgesamt nannten $\frac{3}{4}$ der Zielgruppe als wichtigste Maßnahme finanzielle Erleichterungen. Nur $\frac{1}{4}$ hingegen wünscht sich primär strukturelle Verbesserungen. Die wichtigste strukturelle Verbesserung wären flexible Arbeitszeiten, die zweitwichtigste bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

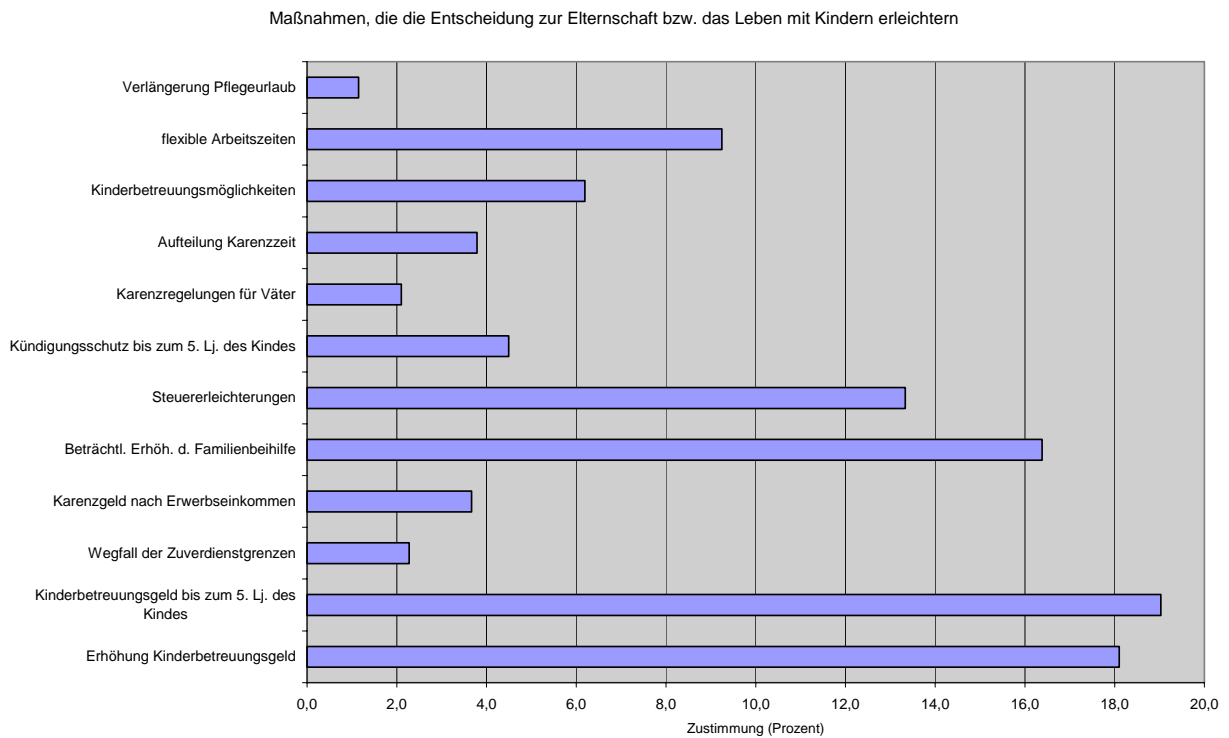
Mit diesem ersten Ergebnis wird auch gleich die Problematik politischer Marktforschung evident: Familienforscher wissen, dass die Fertilität durch finanzielle Maßnahmen kaum beeinflussbar ist. John Ditch etwa spricht davon, dass für die Gestaltung von Fertilitätsmustern vorhandene Arbeitsplätze, vorhersehbare und stabile Einkommenshöhen, Kinderbetreuungsplätze, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, eine stabile Beziehung und eine Gesellschaft, die Kinder an und für sich schätzt⁴³ viel wichtiger sind als Transfers⁴⁴.

⁴¹ Die Frage im Fragebogen lautete: „Es werden immer wieder Maßnahmen genannt, um die Entscheidung zur Elternschaft bzw. das Leben von Eltern mit Kindern zu erleichtern. Welche der genannten Maßnahmen finden Sie in diesem Zusammenhang am wichtigsten?“. Es gab die Möglichkeit, eine wichtigste und eine zweitwichtigste Maßnahme anzugeben (Tabelle 1). Ferner war auch anzugeben, welchen Maßnahmen man überhaupt keine Bedeutung zumisst (Anhang, Tabelle 2). In diesem Zwischenbericht wird in erster Linie auf die wichtigste Maßnahme eingegangen. Folgende Maßnahmen standen zur Auswahl: Finanzielle Maßnahmen: Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes, Bezug des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 5. Geburtstag des Kindes, Wegfall der Zuverdienstgrenzen beim Kinderbetreuungsgeld, Nach der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens gestaffeltes Karenzgeld, Beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe, Umfassendere Steuererleichterungen für kinderreiche Haushalte und Einverdienerhaushalte mit Kindern. Strukturelle Maßnahmen: Zeitliche Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis zum 5. Geburtstag des Kindes, Verbesserte Karenzregelungen für berufstätige Väter mit kleinen Kindern, Verpflichtende Aufteilung der Karenzzeit auf Mutter und Vater zu annähernd gleichen Teilen, Bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Recht auf flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit für Eltern mit kleinen Kindern, Verlängerung des Pflegeurlaubs.

⁴² Richard Gisser et. al. Familie und Familienpolitik in Österreich. Wissen, Einstellungen, offene Wünsche, internationaler Vergleich. Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien: 2000. Im fol. zit. als Gisser 2000.

⁴³ Dies ist eine Erkenntnis, die Experten schon lange bewusst ist, wenn auch die Vorschläge zur Verbesserung der Situation manchmal erstaunliche Dimensionen annehmen. Wilhelm Hecke, Hofrat im Bundesamte für Statistik, im Jahre 1923: „Zur Hebung des Familiensinnes müssen die Verheirateten und Familienväter höher geschätzt werden, indem den Verheirateten gewisse Ämter und Ehrenstellen vorbehalten werden und den Famili-

Es sind also – zumindest nach Einschätzung namhafter Experten – eher die strukturellen Maßnahmen, die die Politik anstreben sollte. Diese Einschätzung unterscheidet sich deutlich von der „Durchschnittsmeinung“ der Steirerinnen und Steirer. Es ist wichtig, diese Tatsache im Auge zu behalten. Setzt man strukturelle Maßnahmen, so müssten diese den Menschen gut erklärt und nähergebracht werden.



2. SOZIODEMOGRAPHISCHE PROFILE FAMILIENPOLITISCHER MAßNAHMEN

Neben der Akzeptanz verschiedener Maßnahmen ist auch interessant, welche Bevölkerungsgruppen sich besonders von welcher Maßnahmen angesprochen fühlen. Es werden hier Zusammenhänge mit Geschlecht, Alter, Stellung zum Familienvorstand, Bildung, Anzahl der Kinder, Partnerschaftssituation, Dauer der Partnerschaft, Alter des ältesten Kindes und Erwerbstätigkeit untersucht⁴⁵.

Ziel der Befragung war es ja, etwas über Effekte und Auswirkungen von verschiedenen Maßnahmen herauszufinden. Aus diesem Grund fließen diese beiden Begriffe in den nun folgenden Text auch ein. In welchem Zusammenhang aber diese Effekte zu sehen sind, darauf wurde schon eingangs hingewiesen.

enerhalten ein Vorzugswahlrecht zukommt.“ Wilhelm Hecke. Der Geburtenrückgang und seine Folgen. Franz Deutike, Leipzig/Wien: 1923, S 20.

⁴⁴ Bagavos 2000, S. 24.

⁴⁵ Für alle genannten Variablen mit Ausnahme der Erwerbstätigkeit ergeben sich signifikante Zusammenhänge mit der Nennung der wichtigsten Maßnahme. Eine Zusammenstellung der genauen Zusammenhänge finden Sie im Anhang in den Tabellen 3 bis 5 und 9.

Wird hier von Effekt gesprochen, so geht es darum, Korrelationen in den Daten plastisch-sprachlich darzustellen. Dies ist im Grunde eine grobe Vereinfachung des tatsächlichen Sachverhaltes, denn um methodisch einwandfrei etwas über Effekte aussagen zu können, bedürfte es eines Experiments mit kontrollierten Rahmenbedingungen – das ist in der Realität soziodemografischer Forschung jedoch nur schwer möglich⁴⁶.

Eine weitere Schwierigkeit ist fragebogentechnischer Natur. Aus Gründen der Vereinfachung wurde darauf verzichtet, den Grad der Zustimmung bzw. die hypothetischen Effekte für jede einzelne vorgeschlagene Maßnahme abzufragen. Man hat sich darauf beschränkt, die Effekte der wichtigsten gewünschten Maßnahme abzufragen. Das führte allerdings dazu, dass in dem Bericht nur Angaben über Effekte auf jene Personen gemacht werden können, die sich die jeweilige Maßnahme auch tatsächlich prioritär wünschen. Es ist dagegen nicht möglich, Angaben darüber zu machen, welche Auswirkungen eine Erhöhung der Kinderbeihilfe auf jene hätte, die sich in erster Linie eine andere Maßnahme wünschen.

Da die Konkretheit der Maßnahmen eine wichtige Kategorie für die Auftraggeber war, geht es im folgenden Text auch um konkrete Maßnahmen. Nicht zuletzt wegen der auffallenden Diskrepanz zwischen Expertenmeinung und den Wünschen der Betroffenen werden jedoch einleitend – auf höherem Abstraktionsniveau - die beiden Maßnahmenpole finanzielle und strukturelle Maßnahmen einander gegenübergestellt.

2.1 STRUKTURELLE VERSUS FINANZIELLE MAßNAHMEN

Die breite Masse der Bevölkerung würde finanzielle Maßnahmen den strukturellen vorziehen. Die Befragten wurden gebeten, eine wichtigste und eine zweitwichtigste Maßnahme anzugeben, die Elternschaft oder das Leben von Eltern mit Kindern erleichtern könnten. Dadurch wird es möglich zu unterscheiden, ob sich eine Person (a) zwei finanzielle, (b) eine finanzielle und eine strukturelle oder aber (c) zwei strukturelle Maßnahmen wünscht. Man erhält also so etwas wie einen „Strukturalitäts-Index“, der dabei hilft, den Befund soziodemographisch genau zu differenzieren.

So sind bei beinahe der Hälfte der Personen mit Lehrabschluss die erst- und die zweitwichtigste Maßnahme finanzieller Natur. Weitere 40 Prozent wünschen sich je eine finanzielle und eine strukturelle Maßnahme. Zwei strukturelle Maßnahmen wünscht sich hingegen nur mehr ein gutes Zehntel dieser Personengruppe!

In höheren Bildungsschichten ist es genau umgekehrt: So sprechen sich etwa nur 21 Prozent der Hochschulabsolventen für zwei finanzielle Maßnahmen aus, ein knappes Drittel hingegen für zwei strukturelle Maßnahmen.

⁴⁶ Unmöglich ist es nicht, wie das Beispiel der Gemeinde Öblarn zeigt. In dieser Gemeinde wurde in einem Modellversuch erprobt, welche Auswirkungen das Kinderbetreuungsgeld haben wird. Vgl. Parlamentarische Materialien 1319/J XXI. GP; 1313/AB XXI. GP (Anfrage durch die Abgeordnete Silhavy und Anfragebeantwortung durch Minister Haupt betreffend Projekt Kinderscheck in Öblarn).

Darüber hinaus werden finanzielle Maßnahmen überdurchschnittlich von jenen gewünscht, die schon zwei oder drei Kinder haben, zwischen 35 und 40 Jahre alt sind und deren Partnerschaft schon über 10 Jahre dauert.

Strukturelle Maßnahmen hingegen wünschen sich eher Alleinlebende, Personen mit keinem oder einem kleinen Kind und Personen, die noch am Beginn ihrer Partnerschaft stehen (sh. Tabelle 11).

Mit diesen Ergebnissen wird auch verständlich, warum Experten für strukturelle Maßnahmen eintreten: Mit diesen strukturellen Verbesserungen wird überdurchschnittlich häufig jenen genüge getan, die aktuelle Hilfe und Unterstützung benötigen - jungen Eltern bzw. Paaren, die noch vor der Realisierung ihres Kinderwunsches stehen.

2.2 ERHÖHUNG DES KINDERBETREUUNGSGELDES

Die Maßnahme für junge Paare mit Kindern

Die Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes ist eine Maßnahme, die jungen Eltern zugute kommen würde. Ein Anspruch besteht bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes⁴⁷. Dementsprechend schätzen die 25- bis 29-jährigen und jene, deren ältestes Kind noch jünger als fünf Jahre ist, sowie Personen, die erst am Beginn ihrer Partnerschaft stehen (bis unter 5 Jahre) auch überdurchschnittlich häufig diese Maßnahme als am wichtigsten ein. Was die Bildungsebene anlangt, so wird diese Maßnahme vor allem von Personen mit Lehrabschluss am häufigsten genannt.

Personen ohne Kinder geben diese Maßnahme unterdurchschnittlich oft an, Personen mit einem oder zwei Kindern hingegen überdurchschnittlich. Ab drei Kindern neigt man wieder weniger zu dieser Maßnahme.

Personen ohne Kinder sind generell eine spezielle Zielgruppe für eventuelle Förderungsmaßnahmen. Es ist eine große Schwelle, überhaupt einmal ein Kind zu bekommen. Ist schon einmal eines da, wird man nach einiger Zeit für ein weiteres leichter zu überzeugen sein⁴⁸. Man hat hier zwei völlig unterschiedliche Gruppen von Menschen, für die auch unterschiedliche Maßnahmen adäquat sind. Müsste man sich entscheiden, so würde man den größeren Fertilitätseffekt⁴⁹ erzielen, wenn man bei jenen ansetzt, die kein Kind haben. Dieser Befund bedeu-

⁴⁷ Helmuth Schattovits. Neue Ansätze in der Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Vorschulkindern durch die öffentliche Hand, in: Family Observer Nr. 3. Jg.2003? S. 15. Im Folgenden zit. als: Schattovits 2003.

⁴⁸ Herwig Birg, Wolfgang Felber, E.-Jürgen Flöthmann: Arbeitsmarktdynamik, Familienentwicklung und generatives Verhalten - Eine biographie-theoretische Konzeption für Untersuchungen demographisch relevanter Verhaltensweisen. Institut für Bevölkerungsforschung 1984. Im Fol. zit. als Birg 1984.

⁴⁹ Im Sinne von: Die größte Anzahl an Kindern für unsere Gesellschaft. Kann man jene, die kein Kind haben, dazu bringen, zumindest ein Kind zu bekommen, so ist die Geburt eines zweiten Kindes sehr wahrscheinlich. Dies hat verschiedene Gründe. Einer davon ist, dass sich Frauen durchschnittlich zwei Kinder wünschen (genau das zur Reproduktion erforderliche Maß!), ein anderer, dass die Schwelle für ein weiteres Kind deutlich geringer ist als jene für das erste Kind, weil die Lebensumstellung nicht mehr so groß ist. Ein weiterer Grund ist erziehungstechnischer Natur: Die Betreuung von zwei Kindern erfordert nicht den doppelten Aufwand wie die Betreuung von einem Einzelkind. (sh. Birg 1984). Die größte Gruppe der Frauen über 40 - knapp ein Drittel - hat zwei Kinder geboren. Ein Kind hingegen hat hingegen nur etwas mehr als ein Fünftel der Frauen bekommen.

tet, dass – will man Paare ohne Kinder zu einer Schwangerschaft motivieren – eher eine andere Maßnahme gewählt werden sollte als diese (etwa: Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes, Karenzregelungen für Väter, Verlängerung des Kündigungsschutzes). Mit einer Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes hingegen würde man wohl eher bereits bestehende Elternschaft unterstützen.

2.2 VERLÄNGERUNG DES KINDERBETREUUNGSGELDES

Die Maßnahme für jene, die noch kein Kind haben

Die Erhöhung und die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes haben am meisten Zustimmung bekommen: Je fast 1/5 der Befragten haben sich in erster Linie für eine der beiden ausgesprochen. In einigen wichtigen Punkten decken diese beiden Maßnahmen jedoch unterschiedliche Zielgruppen ab. Während die vorige Maßnahme eher junge Eltern anspricht (25- bis 29-Jährige, mit 1 oder 2 jungen Kindern) spricht diese in erster Linie die ganz Jungen (20- bis 24-Jährigen) an bzw. jene Personen die selbst noch kein Kind haben, ja vielmehr überdurchschnittlich oft selbst noch den Status eines Kindes im Haushaltsverband einnehmen. Darüber hinaus scheint diese Maßnahme eher höhere Bildungsschichten anzusprechen. Eine Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes wäre somit die adäquate Maßnahme, um den Schritt zur Elternschaft zu erleichtern.

2.3 BETRÄCHTLICHE ERHÖHUNG DER FAMILIENBEIHLIFE

Die Maßnahme für Eltern mit jugendlichen Kindern

Dies ist mit 16 Prozent der Nennungen die dritt wichtigste Maßnahme. Sie wird deutlich überdurchschnittlich von Personen bevorzugt, die bereits zwei Kinder haben, deren Partnerschaft zwischen 10 und 20 Jahre besteht und deren ältestes Kind schon älter als 10 Jahre alt ist. Darüber hinaus sind es eher die Älteren, also jene, die zwischen 35 und 39 Jahre alt sind, die sich für diese Maßnahme interessieren. Man kann sich die Gruppe dieser Eltern anhand der Daten gut vorstellen.

Der Effekt dieser familienpolitisch sicher wichtigen Maßnahme auf die realisierte Kinderzahl ist wahrscheinlich eher indirekter Natur: Zum einen ist eher weniger damit zu rechnen, dass jene, die sich diese Maßnahme überdurchschnittlich oft wünschen, dann noch weitere Kinder bekommen werden. Andererseits darf man natürlich einen wichtigen Aspekt nicht vergessen: Eine steigende Fertilität wird es wahrscheinlich nur in einer Gesellschaft mit einer positiven Einstellung zu Kindern und Elternschaft geben⁵⁰. Hier ist ein klares politisches Statement gefordert, und das wäre mit einer solchen Maßnahme sicher der Fall. Auf diesem Wege könnte sich auch diese Maßnahme positiv auf die Fertilität auswirken.

Sh. Josef Kytir. Familiale Strukturen und Familienbildungsprozesse. Mikrozensus September 2001. Statistische Nachrichten 11/2002, S. 838.

⁵⁰ Bagavos 2000, S. 28.

2.4 STEUERERLEICHTERUNGEN

Die Maßnahme für Männer

Mit 13 Prozent der Nennungen ist dies die viertwichtigste Maßnahme. Hinsichtlich der soziodemographischen Struktur ähnelt diese Maßnahme der vorhin beschriebenen stark: Wiederum sind Menschen zwischen 35 und 39 Jahren überdurchschnittlich vertreten. Je höher die Zahl der Kinder, umso größer wird der Anteil jener, die sich für Steuererleichterungen als wichtigste Maßnahme aussprechen.

Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen den beiden Maßnahmen: Während eine Erhöhung der Familienbeihilfe Frauen und Männer in ähnlichem Ausmaß anspricht, würden Steuererleichterungen eher die Männer freuen. Hinsichtlich der familienpolitischen Wirksamkeit gilt analoges wie im vorigen Absatz.

2.5 FLEXIBLE ARBEITSZEITEN

Mittel- und Oberschichtförderung

Soziodemographisch kommen wir hier in deutlich andere Bereiche, als bei den vorigen vier Maßnahmen. Mit flexibleren Arbeitszeiten würde man überdurchschnittlich Menschen aus höheren Bildungsschichten, Frauen, Personen mit einem Kind und (noch) Alleinlebende zufrieden stellen. Bei Personen mit Universitätsabschluss ist dies sogar die am häufigsten genannte Maßnahme.

Personen aus den niedrigeren Bildungsschichten (Lehrabschluss, Berufsbildende mittlere Schulen) sind hier hingegen unterproportional vertreten. Bereits in der Studie Familie und Familienpolitik in Österreich aus dem Jahr 1995 wurde konstatiert, dass Frauen mit höherer Bildung dazu tendieren, eine Verbindung von Beruf und Familie der bloßen Hausfrauen- und Mutterrolle vorzuziehen. Bei niedriger Bildung und relativ schlechten Aussichten auf einen befriedigenden und gutbezahlten Job ist die Neigung, zu Hause zu bleiben etwas größer⁵¹.

Den selben Zusammenhang postulieren Gisser et. al. auch für die niedrigen Einkommenschichten sowie Berufskategorien mit relativ geringem gesellschaftlichem Status (un/angelernte Arbeiter, einfache Angestellte). Mit einiger Vorsicht könnte man hier also auch von einem schichtspezifischen Verhalten sprechen – wiewohl diese Hypothese strenggenommen mit den vorhandenen Daten nicht überprüfbar ist, weil das Einkommen in der Befragung nicht erhoben wurde.

Das karrieretechnisch Problematische für Frauen mit Kindern ist ja, dass sie vielfach nach einer Schwangerschaft eine etwaige Karriere für längere Zeit unterbrechen. Hat man jedoch eine berufliche Karriere im Auge, stellt dies ein ernstes Problem dar. Flexible Arbeitszeiten helfen über diese strukturelle Schwäche einigermassen hinweg. Hinter einer solchen Förderungsmaßnahme steckt wohl auch die Bevorzugung eines gesellschaftlich zukunftssträchtigen Lebenskonzeptes: DIAK: Double Income AND Kids.

⁵¹ Gisser 1995, S. 78.

In niedrigeren Schichten wird es diesen Lebensentwurf sicher auch geben, nur steckt hier vermutlich weniger der Karrieregedanke (und damit: Wunsch nach Selbstverwirklichung) dahinter, sondern vielmehr finanzielle Notwendigkeiten. Die Neigung, zuhause zu bleiben, wenn dies finanziell vertretbar ist, ist jedoch hier durchaus vorhanden. Aus diesem Grund sind Personen aus niedrigen Bildungsschichten hier unterproportional vertreten.⁵²

Dem relativ niedrigen Prozentsatz der Nennungen (9%) dieser Maßnahme steht ein interessanter Befund entgegen, den John Ditch anlässlich einer Konferenz in Sevilla vorgetragen hat: Er meint, beschäftigungspolitische Maßnahmen – und flexible Arbeitszeiten wären eine solche – seien am besten geeignet, das Fertilitätsniveau zu beeinflussen, und zwar deshalb, weil die „Hausstandsstrategie“, d. h. die Frau unterbricht bzw. beendet ihre Erwerbstätigkeit bei der Geburt des ersten Kindes, in unseren modernen westlichen Industriegesellschaften zunehmend unwahrscheinlicher wird.

2.6 BESSERE KINDERBETREUUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Maßnahme für alleinerziehende Mütter

6 Prozent der Befragten haben angegeben, dass ihnen diese Maßnahme am wichtigsten sei. Wir finden hier eine ähnliche soziodemographische Struktur wie beim vorigen Punkt: eher die Frauen, die 30- bis 34-jährigen, stark überdurchschnittlich die Alleinlebenden, eher Personen mit höherer Bildung und Personen mit einem Kind.

2.7 KÜNDIGUNGSSCHUTZ BIS ZUM FÜNFTEN LEBENSJAHR DES KINDES

Zukünftigen Eltern Sicherheit geben

Diese Maßnahme wird von 4,5 Prozent der Steirerinnen und Steirer als wichtigste Maßnahme erachtet. Sie wird überdurchschnittlich oft von Personen ohne Kinder gewünscht. Es ist eine interessante Koinzidenz, dass auch die Verlängerung des Kindergeldes bis zum fünften Lebensjahr von Leuten ohne Kinder überdurchschnittlich oft gewünscht wird. Auf längere Zeit zumindest grundlegend versorgt zu sein, vermittelt ein Gefühl von Sicherheit. Dies ist auch ein Gefühl, das man Paaren, die den Schritt in die Elternschaft wagen wollen, vermitteln muss.

Sind erst einmal Kinder da, verschieben sich die Prioritäten. An Stelle der Unsicherheit tritt die Lösung von Alltagsproblemen. Das würde erklären, warum Personen, die ein oder mehr Kinder haben, unterdurchschnittlich vertreten sind, wenn es um eine zeitliche Ausdehnung von Sicherheiten geht (Kinderbetreuungsgeld, Kündigungsschutz), hingegen überdurchschnittlich, wenn es um eine Erhöhung von Transferzahlungen geht.

Es geht offensichtlich darum, Zukunftssicherheit zu vermitteln, wenn die Elternschaft noch bevorsteht und Hilfe für aktuelle Probleme zu geben, wenn die Elternschaft bereits besteht.

⁵² Bagavos 2000, S. 24.

2.8 AUFTEILUNG DER KARENZZEIT (3,8%)

Auch Männer wünschen sich Gleichberechtigung

Diese Maßnahme wird stark überdurchschnittlich von Menschen gewünscht, die nicht erwerbstätig sind, eine berufsbildende höhere Schule absolviert haben, derzeit keine Partnerschaft haben und zwischen 25 und 29 sind. Darüber hinaus sind es interessanterweise auch die Männer, die sich überdurchschnittlich oft eine solche Maßnahme wünschen.

2.9 KARENZGELD NACH ERWERBSEINKOMMEN (3,7%)

Förderung später Schwangerschaften

Diese Maßnahme wird überdurchschnittlich von Frauen, von nicht Erwerbstätigen, von Personen, deren Partnerschaft zwischen 5 und 9 Jahre besteht und deren ältestes Kind zwischen 5 und 9 Jahre alt ist gewünscht. Auch Personen mit zwei Kindern sind überdurchschnittlich vertreten. Mit dieser Maßnahme würde man unter Umständen „späte Schwangerschaften“ fördern.

Auch sie wäre – wie die flexiblen Arbeitszeiten – eine Förderung, die den Mittel- und Oberschichten überproportional zugute käme, zum einen weil diese die höheren Erwerbseinkommen haben, zum anderen, weil auch die Kinderzahl eine U-förmige Verteilungsform hat: Menschen aus höheren Schichten haben wieder mehr Kinder.

2.10 KARENZREGELUNGEN FÜR VÄTER (2,1%)

Die Rolle des Mannes bei der Kindererziehung

Diese Maßnahme wird überdurchschnittlich von Personen zwischen 20 und 24 Jahren, von Personen, die selbst noch als „Kinder“ im Haushaltsverband leben, sowie von Personen, die selbst noch kein Kind haben gewünscht. Hingegen wünschen sich Personen, die mitten in der Kindererziehung stecken (deren Kinder unter 14 Jahre alt sind) diese Maßnahme eher nicht. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass sich Personen, bei denen die Phase der Kindererziehung bereits vorbei ist, diese Maßnahme wieder überdurchschnittlich wünschen.

Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass das verstärkte Eingebundensein der Männer in die Kindererziehung sowohl in der „Idealvorstellung“ als auch in der „rückblickenden Bewertung“ als wichtig angesehen wird. Die Gegenwart hingegen, die aktuelle Kindererziehung, scheint die Väter zu überfordern. Hier wäre sicher eine verstärkte Aufklärung über bzw. eine stärkere Beschäftigung mit der männlichen Rolle bei der Kindererziehung vonnöten.

2.11 Zusammenfassung

Die Maßnahmen sind soziodemographisch durchwegs deutlich voneinander zu trennen. Zu unterscheiden sind überblicksmäßig:

Förderungen für Personen ohne Kinder: Hier werden „vertrauensbildende Maßnahmen“ bevorzugt, wie etwa die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes. Auch eine zeitliche Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes wird von dieser Personengruppe überdurchschnittlich oft genannt.

Personen mit kleinen Kindern hingegen benötigen eher „aktuelle Hilfe“, wie etwa eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes.

Beide genannten Gruppen würden auch durch strukturelle Maßnahmen wie flexiblere Arbeitszeiten und verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten bevorzugt gefördert.

Mit einer beträchtlichen Erhöhung der Familienbeihilfe hingegen würde man am besten bei Eltern mit bereits jugendlichen Kindern ankommen. Ein direkter fertilitätssteigernder Effekt hingegen ist äußerst fraglich, eine solche Maßnahme wäre vielmehr als politisches Statement für die Elternschaft zu betrachten.

3. EFFEKTE DER MAßNAHMEN

3.1 EINLEITUNG

Das Wort „Effekte“ in der Überschrift ist selbstverständlich im Sinne einer hypothetischen Wirkung zu verstehen. Aussagen über eine tatsächliche Wirkung im Sinne eines kausalen Zusammenhanges könnten nur getätigt werden, wenn man die Maßnahmen experimentell ausprobieren würde. Da dies aber nicht möglich ist, wurden die Leute gefragt, wie sich die von ihnen am meisten gewünschte Maßnahme auswirken würde. Die Ergebnisse dieser Frage sind in den Tabellen 6 bis 8 im Anhang dargestellt.

Es wurde folgende Frage gestellt: „Wenn die von Ihnen gewünschten Maßnahmen eingeführt würden, welcher der folgenden Aussagen könnten Sie zustimmen bzw. nicht zustimmen?“ Folgende Möglichkeiten standen zur Auswahl, es waren auch Mehrfachantworten erlaubt:

- Es wäre leichter für mich, so viele Kinder zu haben, wie ich es mir wünsche
- Es würde mir ermöglichen, mein erstes/nächstes Kind früher zu bekommen
- Ich würde mich vermutlich doch dazu entschließen, ein (weiteres) Kind zu bekommen
- Ich würde vermutlich dennoch kein (weiteres) Kind wollen
- Ich möchte auf keinen Fall ein (weiteres) Kind

In der Spalte „Einstellungsänderung“ wurde ein spezielles Antwortverhalten überprüft: In einer früheren Frage wurde erhoben, ob man in Zukunft gerne (noch) Kinder hätte. Hier gab es unter anderem die Antwortmöglichkeit „nein, sicher nicht“. Diese Antwort klingt so definitiv, dass man grundsätzlich davon ausgehen könnte, dass jene, die diese Antwort gegeben haben auch durch politische Maßnahmen nicht mehr umgestimmt werden können. Das bedeutet, dass sie auf obige Frage „Ich möchte auf keinen Fall ein (weiteres) Kind“ mit „Ja“ antworten müssten. In der überwiegenden Zahl der Fälle ist dies auch geschehen. Es gab aber

doch eine nicht unerhebliche Zahl von Personen, die dieser Aussage – unter der Bedingung, dass die von ihnen gewünschte Maßnahme eingeführt wird – nicht mehr zustimmen können.

Was hier gemessen wird, ist zwar mit großer Wahrscheinlichkeit keine Entscheidung für ein weiteres Kind, unter Umständen wohl aber die Initiierung eines Umdenkprozesses. Die Ergebnisse bestätigen diese Interpretation durchaus, etwas weiter unten wird darauf eingegangen.

3.2 EINFLUSS AUF DEN KINDERWUNSCH

Die beiden auffälligsten Ergebnisse der Tabellen 6 bis 8 bestätigen, was im vorigen Kapitel dargelegt wurde:

(1) Zum einen wurde gesagt, dass Personen, die noch kein Kind haben, sich eher durch eine Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes für eine Elternschaft entscheiden, während eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes eher bei Personen, die bereits Eltern sind, zu einer Entscheidung für ein weiteres Kind führen würden. Es wurde zudem argumentiert, dass die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes die familienpolitisch sinnvollere Maßnahme wäre, wenn es denn ein Ziel ist, die Fertilität zu erhöhen, weil Personen ohne Kinder das höhere „Fertilitätspotenzial“ aufweisen.

In Tabelle 8 werden diese Befunde dadurch bestätigt, dass stark überdurchschnittlich viele Personen angegeben haben, sich bei der Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes für ein (weiteres) Kind zu entscheiden. Im Gegenzug dazu geben Personen, die sich als wichtigste Maßnahme eine Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes wünschen, unterdurchschnittlich oft an, dass sie ein weiteres Kind wollen. Man muss hier jedoch – worauf bereits hingewiesen wurde – unterscheiden, ob bereits Kinder vorhanden sind oder nicht.

Unterscheidet man also danach, ob es bei der entsprechenden Frage um das erste oder um ein weiteres Kind geht⁵³, bestätigt sich wiederum das vorhin Gesagte: Eine Erhöhung der Familienbeihilfe führt zu einem unterdurchschnittlichen Ergebnis, wenn es darum geht, Personen ohne Kinder zur Elternschaft zu animieren und zu einem leicht überdurchschnittlichen, wenn es darum geht, Eltern Mut für ein weiteres Kind zu geben. Eine Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes bis 5 hingegen führt in beiden Fällen zu einem überdurchschnittlichen Ergebnis, im Falle jener, die noch kein Kind haben, ist der Effekt jedoch deutlich stärker.

(2) Zum Zweiten wurde argumentiert, dass eine Erhöhung der Familienbeihilfe weniger zu einer Fertilitätssteigerung führen würde als vielmehr eine Unterstützung für Eltern mit bereits jugendlichen Kindern darstellt (obwohl es wohl sicher die teurere Maßnahme darstellt). Dem gemäß geben jene, deren größter Wunsch eine beträchtliche Erhöhung der Familienbeihilfe ist, auch stark überdurchschnittlich an, dass diese Maßnahme sie auf keinen Fall zu einem

⁵³ Die Frage lautete: Wenn die von Ihnen gewünschte Maßnahme eingeführt würde, welcher der folgenden Aussagen könnten Sie zustimmen? c) Ich würde mich vermutlich doch dazu entschließen, ein (weiteres) Kind zu bekommen. Weiteres sollte nur gesagt werden, wenn schon ein Kind da ist.

weiteren Kind animieren könnte. Auch „Trotzdem kein Kind“ wird überdurchschnittlich oft angegeben.

Ein interessanter Befund ist allerdings, dass eine solche Maßnahme bei bestimmten Personen zumindest einen Umdenkprozess in Gang setzt, nach dem Motto: „Ist es denn wirklich so sicher, dass ich kein Kind mehr will?“⁵⁴. Diese Tatsache passt gut in die soziodemographische Struktur jener, die sich eine Erhöhung der Familienbeihilfe wünschen, sind es doch Eltern in den 30ern, die bereits jugendliche Kinder haben. Der eine oder andere Nachzügler würde sich also vielleicht bei Einführung dieser Maßnahme schon ergeben.

(3) Ein weiterer wichtiger Effekt von familienpolitischen Maßnahmen ist der Timing-Effekt. In vielen Fällen wird die jeweils gesetzte Maßnahme weniger zur Realisierung einer Schwangerschaft führen, die vorher nicht geplant gewesen wäre, sondern vielmehr zu einer Verschiebung eines ohnehin geplanten Kindes nach vorne.

Am ehesten hätten eine Erhöhung und eine Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes und eine Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes einen solchen Effekt zur Folge. Es ist jedoch auch die Auswirkung des Timing-Effektes auf die Geburtenzahl nicht zu unterschätzen. Der Bevölkerungswissenschaftler Sergei Scherbov schätzt, dass 40 Prozent des zukünftigen europäischen Bevölkerungsrückganges auf das Aufschieben von Geburten zurückgehen⁵⁵.

4. WAS ELTERN WOLLEN: ZUSAMMENFASSUNG DER VORSCHLÄGE ZUR ERLEICHTERUNG VON ELTERN SCHAFT

Neben den bereits vorher besprochenen im Fragebogen vorgegebenen Maßnahmenvorschlägen wurde den Befragten auch die Möglichkeit gegeben, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Nicht ganz ein Zehntel der Befragten hat diese Möglichkeit auch in Anspruch genommen. Diese Zusammenfassung konzentriert sich auf Antworten, die gegenüber den vorgegebenen Maßnahmenvorschlägen neue Aspekte ansprechen. Die folgenden Vorschläge sollen somit neue Ideen generieren, sie erheben aber keinen Anspruch auf Repräsentativität.

4.1 STRUKTURELLE VORSCHLÄGE

Das wichtigste Thema ist hier mit 16 Nennungen die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf. Damit sind hier – ganz im Gegensatz zum quantitativen Pendant dieser Frage – Forderungen nach strukturellen Verbesserungen vorherrschend. Neben einer Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse werden auch die Unternehmen in die Pflicht genommen. Man wünscht sich Vorgesetzte und Firmen, die die Tatsache mitberücksichtigen, dass man eine Familie hat, man wünscht sich „Aufstiegsmöglichkeiten trotz Kind“ oder „humane Chefs“. Mit einem Wort, man wünscht sich familiengerechte Unternehmen.

⁵⁴ sh. Tabelle 8, „Einstellungsänderung“.

⁵⁵ Lutz 2003.

Diese Vorschläge weisen in eine neue Richtung, abseits von staatlichem Zwang zur Familienfreundlichkeit durch Kündigungsschutz und verordnete Flexibilität. In eine Richtung, die hier nur kurz umrissen werden kann: Work-Life-Balance ist das Stichwort, eine Gegenbewegung zur totalen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Schon Henry Ford wusste, dass Familienväter gefestigtere Mitarbeiter sind als Alleinstehende. In Deutschland und den USA etwa werden Unternehmen, die erwiesenermaßen familienfreundlich sind, durch den „family friendly index“ bekannt gemacht. Große Konzerne wie VW versuchen ganz bewusst, durch Familienfreundlichkeit die Identifikation ihrer Mitarbeiter mit der Firma zu erhöhen. Familienfreundlichkeit kann demnach im Interesse des Arbeitgebers sein.⁵⁶ Seit 1991 prämiiert die steiermärkische Landesregierung in Form von Preisen öffentlich die familienfreundlichsten Betriebe eines Jahres. Die Einreichungen werden Jahr für Jahr mehr. Auch das österreichische Sozialministerium fördert die Zertifizierung besonders familienfreundlicher Unternehmen mit dem „Audit Familie und Beruf“. Dieses Gütesiegel darf für Werbezwecke verwendet werden. Ohne entsprechende Maßnahmen, die die Öffentlichkeitswirksamkeit dieses Zertifikates fördern, wird die Wirkung dieser Maßnahme jedoch recht beschränkt bleiben.

Hinsichtlich der Kinderbetreuungseinrichtungen wünscht man sich sowohl qualitativ als auch quantitativ mehr Möglichkeiten. Die Förderungen sollen verbessert, die Öffnungszeiten flexibilisiert werden. Auch dem Thema Tagesmütter – als Alternative zum herkömmlichen Kindergarten – sollte Beachtung geschenkt werden.

Man wünscht sich eine „familienfreundlichere Gesellschaftsform“, in der Grünräumen und Spielplätzen mehr Wichtigkeit eingeräumt wird. Es müsse positive Meinungsbildung betrieben werden. Gefordert wird auch die Stärkung der Stellung von Hausfrauen und Müttern.

Eingangs wurde angesprochen, dass der psychosoziale Bereich in der familienpolitischen Diskussion und als Objekt staatlicher Förderung unterrepräsentiert ist. In diesen Bereich gehört die Forderung, öffentliche Einrichtungen auf Gemeindeebene zu fördern, in denen Eltern und Kinder Erfahrungsaustausch betreiben können, aber auch einige Aussagen, die auf Hilflosgkeit hinsichtlich der Kindererziehung schließen lassen.

4.2 FINANZIELLE MAßNAHMEN

Neben der Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes wünscht man sich Hilfe bei besonderen Belastungen. Gefragt sind Zuschüsse zu Schikursen, Zahnregulierungen, Tagesheimplätzen, Schulsachen oder Grundnahrungsmittel für Großfamilien. Darüber hinaus wünscht man sich staatliche Unterstützung für Familien in Notsituationen, die über die Notstandshilfe hinausgeht.

Weitere Forderungen sind eine Ausdehnung des Kinderbetreuungsgeldes auch auf Kinder die vor dem Jahr 2000 geboren sind, eine Verbesserung der Wohnsituation von Familien und mehr steuerliche Umverteilung zugunsten von Familien mit Kindern.

⁵⁶ Elisabeth von Thadden. Gesucht: Fachkraft mit Familiensinn. Die Zeit Nr. 46, 8.11.2001.

5. PAARVERGLEICH: ÜBER DIE EINIGKEIT HINSICHTLICH DES KINDERWUNSCHES

In amtlichen Statistiken zur Fertilität war es bislang üblich, sich nur für den Kinderwunsch der Frau zu interessieren. Diese Vorgehensweise hat ihren Grund wahrscheinlich in der Tatsache, dass die Steuerung der Empfängnis traditionell als Sache der Frau gesehen wurde. Der Beziehungsrealität einer modernen westlichen Industriegesellschaft ist dieses Vorgehen kaum mehr angemessen. Befragt man den Mann nicht, verzichtet man zudem auf Informationen, die Rückschlüsse auf wichtige beziehungsinterne Gegebenheiten zulassen. Gerade für die eingangs erwähnte psychosoziale Dimension der Familienpolitik wären solche Informationen aber ganz außerordentlich wichtig.

Deshalb wurde in der steirischen Zusatzerhebung auch der Kinderwunsch der Männer erhoben. Diese Tatsache ermöglicht es, Paarvergleiche hinsichtlich der Kinderwünsche von Partnern anzustellen. Diese Paarvergleiche waren aber als Auswertungssegment nicht von vorneherein geplant, was gleichzeitig positive und negative Implikationen hat.

Ein Paarvergleich ist eine hochsensible Angelegenheit. Gesellschaftliche Normen und Werte, das, was man öffentlich sagen darf und will, beeinflusst das Antwortverhalten gerade bei dieser intimen Thematik sehr stark. Wer erzählt denn gern einem Interviewer, dass er selbst kein Kind mehr will, der Partner aber schon? Peinliche Interviewsituationen und unbrauchbare Daten könnten die Folge sein. Das ist ein großes Problem, in der vorliegenden Studie haben wir es jedoch nicht. Es waren ja keine Paarvergleiche intendiert und aus diesem Grund ist es auch kaum anzunehmen, dass den Befragten bewusst war, dass wir hier ein wenig den Blick hinter die Beziehungskulisse werfen können. Dieser Vorteil ist nicht zu unterschätzen.

Der Nachteil allerdings ist die schmale Datenbasis, die sich für Paarvergleiche ergibt. Hätte man sie von vorneherein geplant, so hätte man darauf achten müssen, dass die Partner unabhängig voneinander interviewt werden. Das ist aber in der vorliegenden Untersuchung nicht geschehen, weil es keine Veranlassung dazu gegeben hat. Trotzdem blieben 54 Paare, die zufällig getrennt voneinander befragt worden sind. In dieser Zufälligkeit ist durchaus ein Vorteil zu sehen.

Für die Analyse wurden drei Gruppen von Paaren unterschieden⁵⁷:

- 1) Konkordante Partnerschaften: Bei ihnen besteht Einigkeit hinsichtlich des Kinderwunsches. Beide gaben auf die Frage, ob sie in Zukunft gerne ein Kind oder weitere Kinder haben möchten die gleiche Antwort.

⁵⁷ Zur Konstruktion der drei Gruppen: Behandelt man die Antwortmöglichkeiten auf die Frage, ob man in Zukunft gerne ein (weiteres) Kind hätte als Skala von eins bis vier (1 = sicher, 2 = eher schon, 3 = eher nicht, 4 = sicher nicht), so erhält man durch Subtraktion des einen Partnerwertes vom anderen eine Konkordanzskala, die als Maß für die Einigkeit in der Partnerschaft herangezogen werden kann. Potenziell ist bei der vorliegenden Fragekonstruktion eine vierstufige Skala möglich. Drei Stufen haben sich in dem Datensatz wirklich gefunden (Konkordant – schwach Diskordant – stark Diskordant). Die vierte mögliche Gruppe hingegen – ein Partner will sicher ein Kind, der andere sicher nicht – konnte in unserem Datensatz nicht beobachtet werden und dürfte in der Realität auch nicht besonders häufig vorkommen.

- 2) Schwach diskordante Partnerschaften: Hier unterscheiden sich die Einstellungen der Partner zum Kinderwunsch leicht voneinander. Hier hinein fallen Paare, bei denen der Kinderwunsch bei einem der Partner stark und beim anderen nur schwach ausgeprägt ist, aber auch Paare, bei denen ein Partner eher zum Kind tendiert und der andere eher nicht.
- 3) Stark diskordante Partnerschaften: Die Einstellungen der Partner unterscheiden sich hier stark voneinander. Das heißt, die Vorstellungen der Partner hinsichtlich des Kinderwunsches gehen auf alle Fälle in unterschiedliche Richtungen. Hier finden sich Paare, wo der eine Partner unbedingt ein Kind will und der andere eher nicht.

Ein gutes Viertel der Personen in unserer Stichprobe lebt in einer diskordanten Partnerschaft (18 Prozent in einer schwach diskordanten und 7 Prozent in einer stark diskordanten), die restlichen drei Viertel sind sich über ihren Kinderwunsch einig. In einer weiteren Analyse wurde überprüft, ob sich konkordante und diskordante Paare hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hinsichtlich der Effekte, die die gewünschte politische Maßnahme haben würden und hinsichtlich der Entscheidungsgründe für oder gegen ein Kind voneinander unterscheiden (Tabelle 10). Es konnten folgende Zusammenhänge festgestellt werden:

(1) In diskordanten Paaren stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich oft ein Problem dar. Je weniger diskordant das Paar, umso geringer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Partner die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als problematisch empfinden.

(2) Diskordante Paare sind eher durch politische Maßnahmen beeinflussbar. So gaben 83 Prozent der Personen in stark diskordanten Partnerschaften an, dass sie so viele Kinder haben könnten, wie sie wollen, wenn die von ihnen gewünschte politische Maßnahme eingeführt wird. Bei den schwach diskordanten Paaren sind es immerhin noch 53 Prozent. Nur ein Viertel der konkordanten Paare hingegen glaubt, dass die Einführung der gewünschten Maßnahme ihre Geburtenbiographie verändert. Der gleiche Einfluss zeigt sich beim Timing-Effekt: Zwei Drittel der Personen, die in diskordanten Partnerschaften leben geben an, dass sie ihr nächstes Kind früher bekommen würden, wenn die von ihnen gewünschte Maßnahme eingeführt wird. Bei den schwach Diskordanten glaubt das nur noch ein gutes Drittel, bei den konkordanten Paaren sogar nur ein Zehntel der Personen. Diese Unterschiede sind sehr deutlich.

(3) Die Partnerbeziehung, die Bereitschaft des Partners zur Kinderbetreuung, die Finanzen, der Beruf oder die Gesundheit: Das alles wird von Personen, die in stark diskordanten Partnerschaften leben, überdurchschnittlich oft als Grundlage für ihre Entscheidung für oder gegen ein Kind angegeben. Die Entscheidung für ein Kind wird damit durchwegs überdurchschnittlich oft von äußeren Umständen abhängig gemacht. Dieses Verhalten ist bei den schwach Diskordanten deutlich seltener zu finden. Personen in konkordanten Partnerschaften geben alle oben genannten Punkte unterdurchschnittlich oft als Entscheidungsgrund für oder gegen ein Kind an.

6. ABSCHLUSS

Es ist wichtig, zum Schluss noch einmal zu betonen, dass es verfehlt wäre, die Effekte familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität als Grundlage für familienpolitische Entscheidungen heranzuziehen. Zum einen sind die in solchen Studien erhobenen Effekte hypothetischer Natur. Das wirklich Problematische aber ist, dass eine gesteigerte Fertilität eine sehr subtile und träge Verhaltensänderung ist: Auswirkungen sind erst viel viel später erkennbar, es könnte sein, dass trotz gesteigener Fertilität jahrzehntelang erst einmal gar nichts passiert, oder dass die Bevölkerung sogar noch weiter sinkt⁵⁸.

Sicher ruht der Fokus familienpolitischer Diskussionen oftmals auf den demographischen Auswirkungen des Fortpflanzungsverhaltens, der „quantitativen Humanvermögensbildung“⁵⁹. Man darf darüber jedoch nicht die aktuelle Situation, die aktuellen Probleme vergessen, mit denen Familien mit Kindern zu kämpfen haben, die aktuelle gesellschaftliche und demographische Situation, in der sie leben. Hilfe im Jetzt und die Erweiterung unseres Blickes auf die psychosoziale Dimension von Familie: Dies könnte und sollte Ziel weiterer Forschungstätigkeit und Familienpolitik sein. Wenn das Ergebnis mehr Kinder sind: umso besser. Die Fertilität zum Gradmesser für Familienpolitik zu machen wäre jedoch völlig verfehlt.

7. ANHANG

7.1 METHODISCHE ANMERKUNGEN

7.1.1 Durchführung der Befragung

Diese steirische Sondererhebung zum Thema Fertilität wurde erhebungstechnisch an den Mikrozensus vom September 2002 (bei dem es unter anderem ebenfalls um das Thema Kinder gegangen ist) angehängt. Befragt wurden die 20 – 39-jährigen Steirerinnen und Steirer.

7.1.2 Brutto und Nettostichprobe

Insgesamt befanden sich 1850 Steirer und Steirerinnen in der Mikrozensusstichprobe vom September 2002. 1459 ausgefüllte Sondererhebungsbögen kamen zur Auswertung zurück. Von diesen für die Auswertung nicht brauchbar waren Fragebögen von Personen, die entweder zu alt oder zu jung für die Befragung waren, Fremdauskünfte, Auskunftsaussagen und Fragebögen mit sehr schlechter Antwortqualität (weniger als 15% der Fragen plausibel beantwortet).

⁵⁸ Josef Kytir, Rainer Münz. Vom Geburtenschwund zum Kindermangel. Fakten, Thesen und Gegenthesen zur kinderarmen Gesellschaft. in: Demographische Informationen 1997/1999 (1999), S. 10.

⁵⁹ Notburga Ott. Luxusgut Kind zwischen Privatinteresse und gesellschaftlicher Verpflichtung – Zu den Kontroversen in der familienpolitischen Debatte. in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71 (2002), 1, S. 11 – 25.

Es ergaben sich folgenden die Größenordnungen:

- Rücklauf	<u>1459 Bögen</u>
- unpassendes Alter	78 Personen (5%)
- Fremdauskünfte	weitere ⁶⁰ 53 Personen (4%)
- Auskunft abgelehnt	weitere 154 Personen (12%)
- schlechte Antwortqualität	weitere 134 Personen (11%)
- Nettostichprobe	<u>1040 Bögen (71%)</u>

7.1.3 Soziodemographische Struktur der Stichprobe

GESCHLECHT 454 Männer (44%) (VZ 01: 51%) 586 Frauen (56%) (VZ 01: 49%)	ALTER 20 – 24: 20% (VZ 01: 21%) 25 – 29: 21% (VZ 01: 23%) 30 – 34: 26% (VZ 01: 27%) 35 – 39: 33% (VZ 01: 29%)	ANZAHL LEIBLICHER KINDER keine 40% 1 25% 2 25% 3 8% mehr als 3 2%
LEBENSUNTERHALT Erwerbstätig: 76% ausschließlich Haushaltsführend: 10% Schüler/Studenten 6% Karenz 6% Arbeitslos 2%	BILDUNG Lehre 52% Pflichtschule 12% BMS 11% BHS 11% AHS 7% Universität/hochschulverwandt 7%	

7.1.4 Gewichtung und Hochrechnung

Es erfolgt eine Hochrechnung (bzw. Gewichtung) nach den Kriterien Geschlecht, Alter (5-Jahres-Gruppen) und Staatsbürgerschaft (Österreich, Jugoslawien/Türkei, Andere) auf die entsprechenden Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung (Wohnbevölkerung zum Jahresende 2001). Die entsprechenden Eckzahlen bei Hochrechnungen aus dem Datensatz stimmen nur bei folgenden drei Merkmalskombinationen nicht mit der Bevölkerungsfortschreibung überein:

- (a) männlich, 20 – 24 Jahre bzw. 35 – 39 Jahre: keine Differenzierung zwischen „Jugoslawen/Türken“ und „Anderen“ möglich.
- (b) männlich, 25 – 29 Jahre: keine Differenzierung nach Staatsbürgerschaft möglich.

⁶⁰ Anmerkung: das „weitere“ bezieht sich auf die Tatsache, dass hier nur die Zahlen angegeben sind, die sich durch die immer weitergehenden Exklusionen von Fragebögen ergeben haben. Z. B. fallen eigentlich 284 Fragebögen unter die Kategorie „schlechte Antwortqualität“, 150 davon sind jedoch schon durch die anderen drei Kriterien weggefallen.

Dies ist der Fall, weil Ausländer diesen Alters in dem Datensatz nicht vorhanden sind. Der Grund dafür ist, dass die Wahrscheinlichkeit, diese in ihren Wohnungen anzutreffen, außerordentlich gering ist.

Ferner wird der Datensatz noch nach den Kriterien „Stellung zum Familienvorstand“, „Siedlungsdichte“ und „Stellung im Erwerbsleben“ gewichtet. Die entsprechenden Referenzzahlen kommen aus dem Mikrozensus derselben Erhebung. Auf diese Weise sollen Verzerrungen ausgeglichen werden, die sich durch systematischen Non-Response oder Ausschluss ergeben. Die Basiszahlen für diese Gewichtung stammen aus dem Mikrozensus-Grundprogramm. Diese „Gewichtung zweiter Ordnung“ wurde so vorgenommen, dass die Eckzahlen aus der ersten Gewichtung nicht beeinflusst werden. Bei fehlenden Zellbesetzungen wurden Kategorien zusammengelegt.

7.1.5 Analyse der Fragebogenqualität und des Antwortverhaltens⁶¹

Im Folgenden sollen einige Überlegungen zur Fragebogenqualität und zum Zusammenhang verschiedener soziodemographischer Variablen mit verschiedenen Typen von Antwortverhalten dargelegt werden.

Der Korrespondenzanalyseplot auf der nächsten Seite stellt den Zusammenhang von fünf Fragebogenqualitätstypen mit den Variablen Geschlecht, Alter, Stellung zum Familienvorstand und Siedlungsdichte dar. Die Punktgröße entspricht der korrigierten Masse⁶² und durch die Farben sind Geschlecht und Alter gekennzeichnet. Weiters sind durch einen waagrechten Strich im Kreis noch die Kinder (Stellung zum Familienvorstand) und durch einen Innenkreis Personen aus dicht besiedelten Gebieten gesondert ausgewiesen.

Grob gesagt sind jene, die sich um den grünen Punkt mit der Beschriftung „gut“ gruppieren, in unserer Stichprobe gut (überdurchschnittlich) erfasst. Je weiter oben die jeweilige Merkmalskombination zu finden ist, umso mehr unterscheidet sie sich von der Gruppe jener, die gültige Fragebögen ausgefüllt haben. Räumliche Nähe von Punkten in dem Plot bedeutet

⁶¹ Das vorliegende Kapitel wurde noch auf Grundlage von jenen 1044 Fälle geschrieben, die in einem ersten Plausibilitätscheck in den authentischen Datenbestand aufgenommen wurden. Durch einen zweite, nachträgliche Plausibilitätsüberprüfung sind weitere 4 Fragebögen aus dem Datenbestand herausgefallen (was den letztlich verwendeten Umfang von 1040 Fragebögen ergab). Die 4 Fragebögen haben sicher keinen Einfluss auf die Aussagen in diesem Kapitel. Eine völlige Neuberechnung würde viele Arbeitsstunden in Anspruch nehmen, aber doch das gleiche Ergebnis bringen. Aus diesem Grund bitte ich den geneigten Leser, kleinere Ungereimtheiten zwischen den in diesem Kapitel genannten Zahlen und jenen im restlichen Text zu verzeihen (etwa: im Korrespondenzanalyseplot und auch an anderen Stellen im Text des Kapitels wird noch auf 1044 Fälle hingewiesen, im Datensatz sind aber nur mehr 1040 Fälle).

⁶² Korrigierte Masse bedeutet: es wurde getrennt für Zeilen- und Spaltenpunkte auf den jeweils größten Wert standardisiert, dieser nimmt den Wert 1 an. In der obigen Grafik ist dies beispielsweise die Gruppe der guten Fragebögen („gut“; $n = 1044$) und die Gruppe der Frauen zwischen 30 und 39, Partnerin des FV aus wenig besiedelten Gebieten („2221“; $n = 207$). Die Symbole für diese beiden Gruppen sind gleich groß. Zeilen- und Spaltenpunkte dürfen somit größtmäßig nicht miteinander verglichen werden, der Vergleich ist nur innerhalb der Zeilen- bzw. der Spaltenpunkte gültig. Die Korrektur der Massezahlen ist aus graphischen Gesichtspunkten notwendig. In diesem Plot sind noch 1044 Fälle eingegangen, die in einem ersten Plausibilitätscheck in den authentischen Datenbestand aufgenommen wurden. Durch eine zweite nachträgliche Plausibilitätsüberprüfung sind weitere 4 Fragebögen herausgefallen (was den letztlich verwendeten Umfang von 1040 Fragebögen ergab). Da dies sicher keinen Einfluss auf das Ergebnis dieser Analyse hat und eine Neuerstellung des Plots sehr aufwendig wäre, wurde darauf verzichtet, eine Neuberechnung durchzuführen.

Ähnlichkeit hinsichtlich der Zuordnung zu verschiedenen Fragebogenqualitätstypen (der Begriff wird weiter unten noch erläutert), Nähe zum Mittelpunkt (Zentroid) bedeutet Durchschnittlichkeit hinsichtlich dieser Zuordnung.

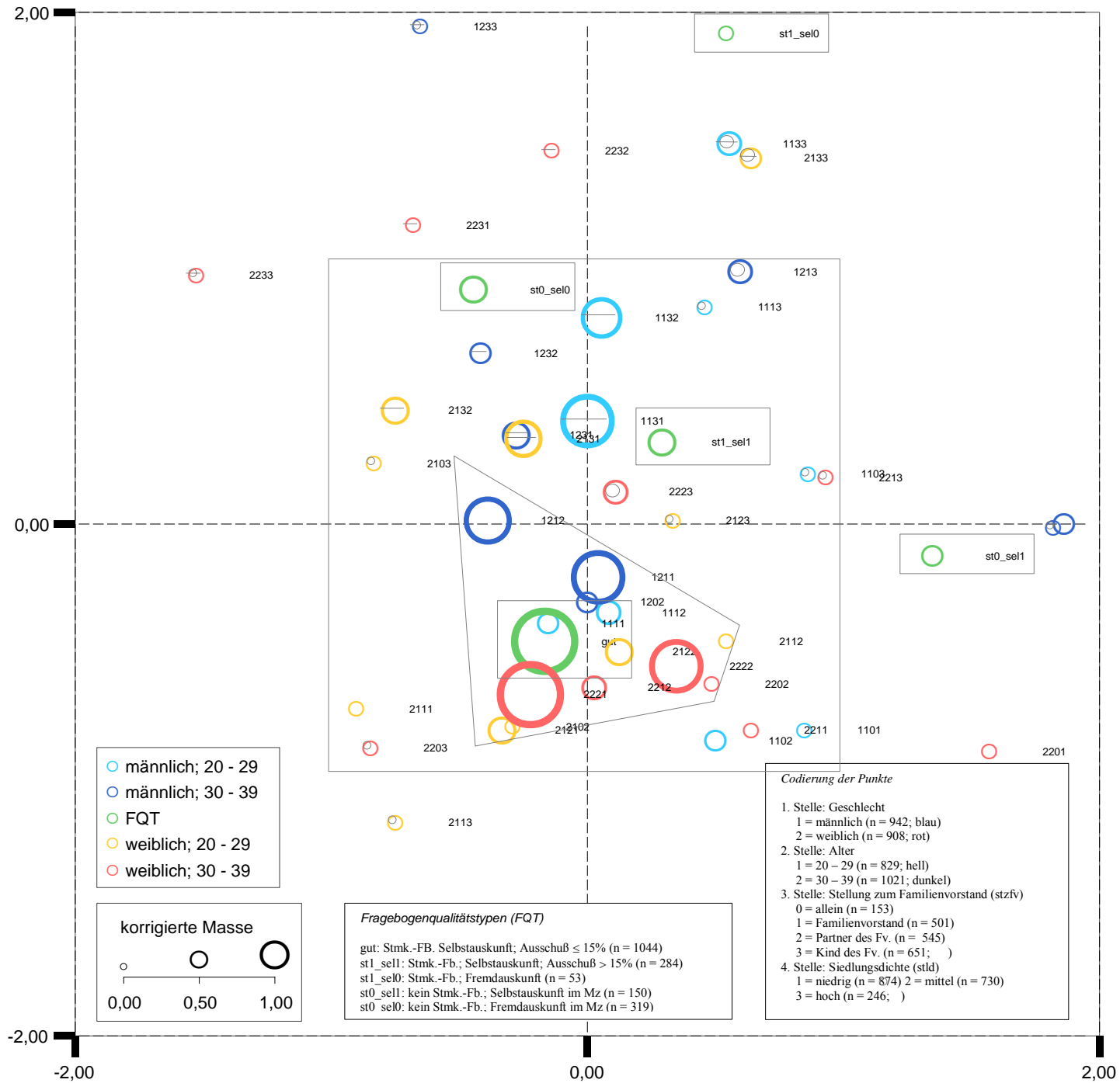
Durch die Art der Codierung kann der Einfluss einer beliebigen Merkmalsänderung der oben genannten Variablen unter Kontrolle der jeweils drei anderen verfolgt werden. Betrachtet man etwa die Punkte 1131, 1132 und 1133 so kann man erkennen, welchen Einfluss die Siedlungsdichte bei sonst gleichen Merkmalen (in diesem Fall: männlich, zwischen 20 und 29, Kind des Familienvorstandes) ausübt (analog für Frauen: 2131, 2132, 2122): Auf alle Fälle keinen guten auf die Fragebogenqualität.

Man kann auch erkennen, bei welchen Gruppen das Geschlecht eine starke differenzierende Funktion hinsichtlich des Verhaltens hat (2221 – 1211; 2122 – 1212) und bei welchen nur eine schwache oder gar keine (1133 – 2133; 1131 - 2131). Die differenzierende Funktion des Geschlechts (hinsichtlich des Fragebogenausfüllverhaltens) beginnt offensichtlich mit dem Moment, in dem Partnerschaften gebildet werden.

Es wird schnell deutlich, wer in unserem Datensatz überdurchschnittlich häufig vertreten ist: Es sind dies Männer und Frauen in Partnerschaften zwischen 30 und 39 Jahren (Codes 2221, 1211). Ein wichtiger Zusammenhang besteht auch mit der Siedlungsdichte: wird diese höher, „verschlechtert“ sich das Antwortverhalten. Die vorhin genannten Gruppen sind aber auch bei mittlerer Siedlungsdichte noch überdurchschnittlich vertreten, allerdings weitaus schwächer (2222, 1212).

Darüberhinaus konstituiert das Merkmal „Stellung zum Familienvorstand“ das Antwortverhalten: Es sind vor allem die Familienvorstände und deren Partner, die alle Qualitätskriterien für die Aufnahme des Fragebogens in den Datensatz erfüllt haben, Menschen zwischen 20 und 30 sind nur dann überdurchschnittlich in dem Datensatz vertreten, wenn sie auch eines dieser beiden Merkmale haben (2121, 2122, 1111, 1112). Ferner noch überdurchschnittlich vertreten sind: alleinlebende Männer zwischen 30 und 39 (1202) und alleinlebende Frauen zwischen 20 und 29 (2102).

Allgemein ist noch zu sagen, dass die Frauen überdurchschnittlich vertreten sind. Dies ist schön daran zu sehen, dass in der unteren Hälfte der Grafik die rote Farbe dominiert, während es nach oben hin (wo sich auch die verschiedenen ausgeschlossenen Gruppen befinden) deutlich blauer wird.



In der oberen Hälfte der Grafik ist keine so deutliche Agglomeration von Punkten auszumachen wie in der unteren. Generell könnte man sagen, dass nach oben (bzw. nach außen hin) die Fragebögen zunehmend schlechter für die Analyse verwendbar werden. Ausschlusskriterien waren⁶³:

- (a) wenn mehr als 15% der Fragen eines Fragebogens nicht beantwortet wurden
- (b) wenn aus dem Mikrozensus erschlossen werden konnte, dass die Fragen nicht selbst beantwortet wurden sondern von einer dritten Person
- (c) wenn überhaupt kein Steiermarkfragebogen für die betreffende Person vorhanden war.

Für die Gruppen b und c ergibt sich ein Ausschuss von mehr als 15%. Damit bleiben für die Analyse vier ausgeschlossene Gruppen übrig:

- (a) jene, die den Steiermarkfragebogen selbst ausgefüllt haben, die aber das Ausschlusskriterium nicht erfüllt haben (st1_sel1)
- (b) jene, die den Steiermarkfragebogen nicht selbst ausgefüllt haben (st1_sel0)
- (c) jene, die den Steiermarkfragebogen nicht ausgefüllt haben und auch den Mikrozensus nicht selbst beantwortet haben (st0_sel0)
- (d) jene, die den Steiermarkfragebogen nicht ausgefüllt haben, den Mikrozensus aber selbst beantwortet haben (st0_sel1).

Für die letzten drei Gruppen steht der Ausschluss außer Frage. Gruppe b zum Beispiel sind Interviews über Dritte, die durchgeführt wurden, obwohl in den Erläuterungen in der ersten Zeile fett vermerkt ist: „WICHTIG! KEINE FREMDAUSKÜNFTE!“ (n = 53). Nicht umsonst befindet sich diese Gruppe in der Grafik so weit außerhalb. Umso weiter außerhalb die Punkte liegen, umso weniger entsprechen sie dem Durchschnittsprofil hinsichtlich der in die Analyse eingegangenen soziodemographischen Merkmale. Diese Aussage kann für die Gruppen b, c und d getroffen werden.

Jene Fragebögen hingegen, die nur aufgrund von schlechter Qualität ausgeschlossen wurden (st1_sel1), sind dem Zentroid weit näher als die vorher beschriebenen drei Gruppen. Das bedeutet, dass sie eher dem Durchschnittsprofil entsprechen als die anderen drei Gruppen (genauso wie die eingeschlossenen Fragebögen). Daraus wiederum lässt sich folgern, dass durch den „Qualitätsausschluss“ eher nicht systematisch bestimmte Personengruppen ausgeschlossen werden.

Am ehesten ließe sich eine solche Behauptung für die 20 bis 29-Jährigen, die noch bei ihren Eltern wohnen (1131, 1132, 2131, 2132) aufstellen. Soll eine Hochrechnung auf alle 20 bis 39-Jährigen stattfinden, ist dieser Schritt natürlich genau zu begründen. Grundsätzlich erfolgte

⁶³ Zuvor wurden natürlich noch die Standardfilter gesetzt, d. h. es sind keine Personen mehr im Datensatz, die aus Anstaltshaushalten kommen, zu alt oder zu jung für die Befragung sind oder einen fehlenden Wert in der Geschlechtsvariable haben.

der Ausschluss aufgrund zweier Überlegungen: Es sind das (a) Qualitätskriterien und (b) arbeitstechnische Gründe.

ad (a): Sind sehr viele Fragen im Fragebogen nicht beantwortet, dann kann davon ausgegangen werden, dass der betreffende Respondent aus unterschiedlichen Gründen mit der Gesamtfragestellung nicht allzu viel anzufangen wusste. Das würde aber bedeuten, dass auch die Antworten, die der Betreffende gegeben hat von minderer Qualität sind.

Dieser Punkt wird durch die soziodemographische Struktur der ausgeschlossenen Fragebögen bestätigt: Wer noch als „Kind“ bei seinen Eltern lebt, wird sich wahrscheinlich – selbst wenn er schon in den Dreißigern ist – noch kaum Gedanken über seine Fortpflanzung gemacht haben.

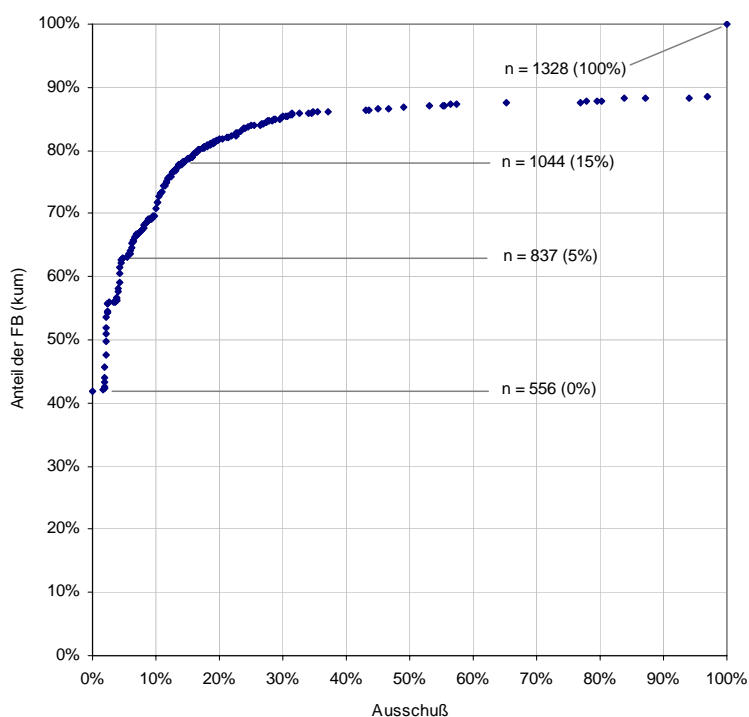
Wer aus dieser sozialen Gruppe hingegen – aus welchen Gründen auch immer – Interesse für das Thema mitbringt, wird auch die Fragen des Fragebogens einigermaßen gewissenhaft beantworten. Dem gemäß haben beispielsweise die Menschen zwischen 20 und 29 Jahren, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen (sei es nun in einer Partnerschaft oder alleine) die Fragebögen eher gut ausgefüllt, obwohl grundsätzlich Menschen jüngeren Alters ihre Fragebögen eher weniger gut ausfüllen.

Wer sich solche Gedanken aber noch nicht gemacht hat, wird Fragen über einen zukünftigen Kinderwunsch, geschweige denn Einstellungsfragen zu verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen oder der partnerschaftlichen Situation kaum valide beantworten können und vermutlich auch nicht wollen.

Jene „Kinder“, die in der Stichprobe verblieben sind repräsentieren nun auch jene, die wegen der Qualitätskriterien hinausgefallen sind. Die einen werden als valide betrachtet, die anderen nicht. Dies ist eine *Annahme*, die hier getroffen wird. Über weitere Implikationen lesen sie bitte im Kapitel 7.1.6.

ad (b): Der zweite Grund gilt nur für die „offizielle“ Statistik. Obwohl für die vorliegende Arbeit nicht imputiert wurde, sollen diesbezügliche Überlegungen doch nicht verschwiegen werden.

Aus arbeitstechnischen Gründen sollte ein vollständiger Datensatz möglichst ohne Missings erstellt werden. Es wäre durchaus möglich, nur vollständige Datensätze zu verwenden (davon gibt es 556). Dadurch würde jedoch zuviel Information verschenkt. Nimmt man aber auch unvollständige Datensätze, würde eine Imputation die Arbeit mit den Daten wesentlich erleichtern. Von



einer solchen ist jedoch aus methodischen Gründen abzuraten, wenn der Anteil der Missings 5% (pro Frage unter Berücksichtigung von Filterfragen!) überschreitet.

Dies ist allerdings bei *jeder* Frage der Fall, wenn keine Fragebögen ausgeschlossen werden. Schließt man jene aus, die einen Ausschuss von mehr als 15% haben, verliert man zwar 284 Fragebögen, es wird jedoch bei den meisten Variablen eine Missingimputation möglich, gegen die methodisch nichts einzuwenden ist. Man könnte auch sagen: Schließt man diese Fragebögen aus, fallen hauptsächlich Missings weg.

Freilich bleiben weiterhin 18 (von 68) Variablen⁶⁴ übrig, bei denen nicht imputiert werden sollte. Nimmt man nur noch jene Datensätze, deren Ausschuss kleiner als 5 Prozent ist, bleiben 837 Datensätze für die Analyse, nur noch bei 3 Variablen wäre keine Imputation möglich. Die 15% Grenze stellt gewissermaßen ein Optimum bzw. einen Kompromiss zwischen den beiden Erfordernissen Qualität und Informationsmenge dar (siehe Grafik auf der vorigen Seite).

7.1.6 Kurzer methodologischer Exkurs – Qualitative und quantitative Sozialforschung.

Aus methodologischer Sicht hat die Annahme, die eine Gruppe liefere valide Antworten, die andere hingegen nicht, ihre Tücken. Es ist im Grunde eine Annahme, die die quantitative Sozialforschung *immer* trifft (etwa bei der Imputation von Werten). Diese Annahme rührt an dem Validitätsproblem aller quantitativen Umfrageforschung im Allgemeinen und der amtlichen Statistik im Speziellen.

Es geht um die Frage, ob die Informationen, die hier erhoben werden „valide“, oder „gültig“ sind. Man kann sich als Forscher oft nicht des Eindrucks erwehren, dass es um die Validität mehr schlecht als recht bestellt ist.

Es drängt sich die Frage auf, ob man nicht auch in der amtlichen Statistik – soweit es um sozialwissenschaftliche Arbeit und nicht um bloße blindwütige Deskription geht – zu einer sinnvollen Verknüpfung von qualitativer und quantitativer Forschung finden sollte. Qualitative Forschung ist valide, aber nicht reliabel, quantitative Forschung hingegen reliabel aber nicht valide. Die Verwendung der einen Methode ohne die andere muss somit letztlich immer kurzschlüssig bleiben. Das selbe gilt für Forschung, die nicht theoriegeleitet ist. Ich denke, diese Überlegungen und Ansätze könnten für künftige Projekte dieser Art durchaus fruchtbar sein. Ausführlich diskutiert finden sie dieses Thema bei Thomas Scheff⁶⁵.

⁶⁴ Die meisten Probleme hatten die Interviewten bei der Frage nach den Effekten, die eine politische Maßnahme auf den Kinderwunsch hätte (zwischen 13 und 20 Prozent item-non-response). Dies weist auf massive Validitätsprobleme hin – die Frage war offensichtlich schwer beantwortbar. Dies ist kein unproblematischer Umstand, da die Frage nach den Effekten ein zentrales Item des Fragebogens war.

⁶⁵ Thomas J. Scheff. *Emotions, the social bond, and human reality. Part / whole analysis*. University Press, Cambridge: 1997.

Allgemeine Themen	
Landesstatistik im Wandel der Zeit und des Umfeldes	2/1993
„Statistik, Prognostik und Politik“: Vortrag von Univ. Prof. Dr. Gerhart Bruckmann bei der Jubiläumsveranstaltung “100 Jahre Steirische Landesstatistik“	1994: Trends und Perspektiven
Grazer Telefonstichprobe – ein alternatives Erhebungsinstrument Verzerrungen von Daten und Vertrauen in Daten von Prof. Dr. Jörg Schütze.....	1/1991 1/2002
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	
Globale Daten (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993	in jedem Heft
Entwicklung des Arbeitsmarktes 1971 bis 1988.....	2/1989
Steirischer Arbeitsmarkt 1990	1/1991
Steirischer Arbeitsmarkt 1991	1/1992
Steirischer Arbeitsmarkt bezirkweise, 1981 bis 1991.....	BEZ 1981 - 1991
Steirischer Arbeitsmarkt 1992	1/1993
Steirischer Arbeitsmarkt 1993	1/1994
Steirischer Arbeitsmarkt 1994	1/1995
Steirischer Arbeitsmarkt 1995	6/1996
Steirischer Arbeitsmarkt bezirkweise, 1990 bis 1995	2/1997
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1991 – 1995 (M. Hussain).....	4/1997
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1992 – 1996	3/1998
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1995	4/1997
Arbeitsmarkt 1996	4/1997
Arbeitsmarkt 1997	3/1998
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1996.....	8/1998
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1997	8/1998
Arbeitsmarkt 1998	5/1999
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1997.....	5/1999
Selbständige in der Steiermark 1998	5/1999
Arbeitsmarkt 1999	9/2000
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1998.....	9/2000
Selbständige in der Steiermark 1999	9/2000
Arbeitsmarkt 2000	3/2001
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1999.....	3/2001
Selbständige in der Steiermark 2000	3/2001
Arbeitsmarkt 2001	1/2002
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2000.....	3/2002
Selbständige in der Steiermark 2001	3/2002
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2001.....	6/2002
Arbeitsmarkt 2002	2/2003
Bevölkerung	
Volkszählung 1981: Wohnbevölkerung nach Bezirken und Gemeinden in der Steiermark (revidierte Ergebnisse)	2/1983
Volkszählung 1981: Strukturergebnisse für die Steiermark, Rangfolge der Gemeinden nach Größenklassen der Einwohner	2/1984
Volkszählung 1981: Wohnbevölkerung nach wirtschaftlicher Zugehörigkeit, Stel- lung im Beruf, Pendler.....	2/1985
Bevölkerungsvorausschätzung für Steiermark bis 2015.....	1/1987
Bevölkerungsentwicklung der Steiermark, Rückblick und Ausblick (Prognose bis 2011)	1/1988
Die Familie in der Steiermark, VZ 1971 und VZ 1981	2/1988

Bevölkerung (Fortsetzung)	
Einige Aspekte aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung 1987 u. statistische Analyse der Lebendgeborenen nach Legitimität, Geburtenfolge und Bezirken, 1986 und 1987	3/1988
Vornamenstatistik: Rangfolge der 50 häufigsten Vornamen 1984/86 in der Steiermark	3/1988
Regionale Entwicklung der Privathaushalte in der Steiermark, Prognose bis 2011	1/1989
Altersstruktur der Bevölkerung 1985 bis 1988.....	1/1989
Bevölkerungsstruktur und Analyse der Lebendgeburten nach dem Wohnort 1988	1/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung und statistische Analyse der Sterbefälle 1988	2/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Eheschließungen - Entwicklung bis 1988	3/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Ehescheidungen - Entwicklung bis 1989.....	4/1989
Demographische Bevölkerungsstruktur und natürliche Bevölkerungsbewegung sowie Analyse der Lebendgeburten nach dem Wohnort im Jahr 1989	1/1990
Vornamenstatistik: Rangfolge der 50 häufigsten Vornamen 1984/89.....	1/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung im I. Quartal 1990 und statistische Analyse der Sterbefälle 1989.....	2/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Eheschließungen im Jahr 1989	3/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Ehescheidungen im Jahr 1989	4/1990
800 Jahre Bevölkerungsentwicklung: 1250 bis 2050	1/1991
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1990.....	1/1991
Statistische Analyse der Lebendgeborenen und Gestorbenen 1990 nach politischen Bezirken.....	2/1991
Internationale Wanderungen, Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegung.....	2/1991
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark im II. Quartal 1991 und das Heirats- und Scheidungsverhalten im Jahr 1990	3/1991
Volkszählung 1991: Aspekte und Trends, vorläufige Ergebnisse	4/1991
Volkszählung 1991: Steiermark; Ergebnisse I, 1993.....	Publikation VZ 1991
Wohnbevölkerung bezirksweise nach Gemeindegrößenklassen, VZ 1981 u. VZ 1991	BEZ 1981 - 1991
Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebendgeborene, Gestorbene in steirischen Bezirken, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Bevölkerungsentwicklung in der Steiermark nach Altersgruppen bezirksweise: 1971, 1981 und 1991.....	BEZ 1981 - 1991
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1991	1/1992
Die Alterungswelle in der Steiermark	1/1992
Vornamenstatistik: Österreich und die Bundesländer bis 1991	2/1992
Natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahr 1991 in der Steiermark: Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen.....	2/1992
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1992.....	1/1993
Natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahr 1992 in der Steiermark: Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen.....	2/1993
„Die Bevölkerung der Steiermark 1527-2030 - Ist eine Schrumpfung im 21. Jahrhundert unvermeidlich?“. Vortrag von Univ. Prof. Dr. Rainer Münz bei der Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Steirische Landesstatistik“	1994: Trends und Perspektiven
Vitalstruktur der steirischen Bevölkerung im 20. Jahrhundert	3/1994

Bevölkerung (Fortsetzung)	
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1993 mit Trendbeobachtungen	3/1994
Aktuelle Vornamenstatistik	3/1994
Ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark	3/1994
Volkszählung 1991: Steiermark, Ergebnisse II	2/1995
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1994 mit Trendbeobachtungen	4/1995
Volkszählung 1991 - Steiermark Ergebnisse III	1/1996
Die steirische Bevölkerung des Jahres 1995	2/1996
Lebensunterhalt, Erwerbsbeteiligung und Beruf	2/1996
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1995 mit Trendbeobachtungen	2/1996
Volkszählung 1991 - Steiermark Ergebnisse IV	5/1996
Einwohnererhebung vom 1.1.1997	1/1997
Wohnbevölkerung bezirksweise nach Gemeindegrößenklassen, VZ 1981 u. VZ 1991	2/1997
Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebendgeborene, Gestorbene nach Steirischen Bezirken, 1981 bis 1995	2/1997
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1996 mit Trendbeobachtungen	3/1997
Vornamenstatistik 1996	3/1997
Die steirische Bevölkerung des Jahres 1996	4/1997
Einwohnererhebung vom 1.1.1998	1/1998
Die steirische Bevölkerung 1997	4/1998
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1997 mit Trendbeobachtungen	4/1998
Vornamensstatistik 1997	4/1998
Ausgewählte Maßzahlen für Frauen aus der Volkszählung 1991	4/1998
Ageing II, Demographisches Altern in der Steiermark	1/1999
Einwohnererhebung vom 1.1.1999	4/1999
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1998 mit Trendbeobachtungen	4/1999
Vornamensstatistik 1998	4/1999
Zusammenleben unter einem Dach: Haushalte, Familien und Wohnungen in der Steiermark von 1800 bis 2050	1/2000
Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark	4/2000
Jugend in der Steiermark	5/2000
Einwohnererhebung vom 1.1.2000	6/2000
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1999 mit Trendbeobachtungen	6/2000
Regionalprognose Steiermark – Die Bevölkerung von 1999 – 2050	2/2001
Einwohnererhebung vom 1.1.2001	4/2001
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2000 mit Trendbeobachtungen	4/2001
Kind sein in der Steiermark	7/2001
Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark	8/2001
Vornamenstatistik 2000 – Steiermark/Österreich	8/2001
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2001 mit Trendbeobachtungen	2/2002
Vornamenstatistik 2001 – Steiermark/Österreich	2/2002
Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark	1/2003
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2002 mit Trendbeobachtungen	3/2003
Vornamenstatistik 2002	3/2003
Volkszählung 2001: Steiermark – Ergebnisse I	4/2003
Familiengestaltung und Akzeptanz von Maßnahmen in der steirischen Bevölke- rung – Kinderwunsch, Kinderzahl und Rahmenbedingungen – Endbericht	5/2003
Familiengestaltung und Akzeptanz von Maßnahmen in der steirischen Bevölke- rung – Kinderwunsch, Kinderzahl und Rahmenbedingungen – Tabellenteil	6/2003

Bildung	
Sozio-statistische Aspekte aus dem Kindergartenwesen, 1831 bis 1988/89	4/1989
Kindergärten und Schüler in den steirischen Bezirken, 1981/82 - 1990/91	BEZ 1981 - 1991
Steirische Bildungsstatistik: Kindergärten, Horte, Schulen, Akademien, Hochschulen als Sonderpublikation bis 1994	Jährlich
Steirische Bildungsstatistik 1994/95.....	5/1995
Steirische Bildungsstatistik 1995/96.....	4/1996
Kindergärten in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96	2/1997
Pflichtschulen in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96.....	2/1997
Berufsbildende höhere Schulen in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96 ..	2/1997
Steirische Bildungsstatistik 1996/97.....	6/1997
Steirische Bildungsstatistik 1997/98.....	5/1998
Steirische Bildungsstatistik 1998/99.....	8/1999
Steiermark: Sozio-statistische Aspekte aus der Entwicklung des Kindergartenwesens – Aktualisierte Fassung.....	4/2000
Steirische Bildungsstatistik 1999/2000.....	10/2000
Steirische Bildungsstatistik 2000/2001.....	5/2001
Gesundheit	
Die primärärztliche Versorgung in der Steiermark 1988.....	4/1988
Regionale Häufigkeiten und Konzentrationen von Todesursachen in der Steiermark 1969/73 und 1978/84	2/1990
Todesursachen in der Steiermark, 1969/73 und 1978/84 (alle Todesursachengruppen).....	TOD 1990
Todesursachen (Hauptgruppen) in den steirischen Bezirken, 1969/73 und 1978/84	BEZ 1981 – 1991
Körperliche Beeinträchtigungen in der Bevölkerung.....	12/2000
Todesursachen (Hauptgruppen) in den steirischen Bezirken, 1969/73 und 1978/84	2/1997
Todesursachen in der Steiermark 1986 - 1996	4/1998
Die primärärztliche Versorgung in der Steiermark 1988 - 1998	8/1998
Todesursachen in der Steiermark, 1979/84 und 1989/94 (alle Todesursachengruppen).....	2/2000
Konjunktur und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	
Konjunkturverlauf (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993	in jedem Heft
Regionale Aspekte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1971-1986	2/1989
Beiträge zum Brutto-Inlandsprodukt 1983 bis 1989.....	3/1990
Steueraufkommen, Steiermark bezirksweise, 1982 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Netto-Inlandsprodukt, Steiermark bezirksweise, 1981 bis 1986	BEZ 1981 - 1991
Konjunkturverlauf im 1. Halbjahr 1993	3/1993
„Vom vergangenen, laufenden und künftigen Strukturwandel: Zur Dynamik der Steirischen Wirtschaft“: Vortrag von Univ. Prof. Dr. Gunther Tichy bei der Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Steirische Landesstatistik“	1994: Trends und Perspektiven
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1993.....	1/1994
Beiträge zum nominellen Brutto-Inlandsprodukt 1983 bis 1992, Neuberechnung.....	1/1995
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1994.....	1/1995
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1995.....	6/1996
Steueraufkommen, Steiermark bezirksweise, 1991 bis 1995	2/1997
Steuerkraft-Kopfquoten 1996, Land-Bezirke-Gemeinden	2/1998
Wirtschaft und Konjunktur 1997	7/1998

Konjunktur und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Fortsetzung)	
„Eine ökonomische Analyse des Strukturwandels der steirischen Wirtschaft“: Endbericht von Univ.-Prof. Dr. J. Göllles, Dr. M. Hussain, Joanneum Research, Gefördert vom Jubiläumsfond der Österr. Nationalbank (Projekt NR. 6495).....	7/1998
Steuerkraft-Kopfquoten 1997, Land-Bezirke-Gemeinden	8/1998
Wirtschaft und Konjunktur 1998	6/1999
Steuerkraft-Kopfquoten 1998, Land-Bezirke-Gemeinden	6/1999
Land- und Forstwirtschaft	
Wirtschaft und Konjunktur 1999	13/2000
Steuerkraft-Kopfquoten 1999	13/2000
Steuerkraft-Kopfquoten 2000	9/2001
Wirtschaft und Konjunktur 2000	10/2001
Steuerkraft-Kopfquoten 2001	5/2002
Globale Daten (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993	in jedem Heft
Die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur im Jahr 1980.....	2/1985
Ergebnisse aus der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1990	3/1992
Sonderpublikationen	
Steirische Schul- bzw. Bildungsstatistik bis 1994	jährlich
Landtagswahlstatistik 1981	1982
Landtagswahlstatistik 1986	1987
Kleine Steiermark Datei ab 1990.....	jährlich
Landtagswahlstatistik 1991	1991
100 Jahre Steirische Landesstatistik, Trends und Perspektiven	1994
Landtagswahl 1995, Erstauswertung.....	1995
Landtagswahlstatistik 1995, Dokumentation.....	1996
Bezirksindikatoren und Bezirksübersichten 1981 - 1995	2/1997
Tourismus	
Sommerhalbjahre bis einschließlich SHJ 1986	Heft 1 / lfd Jahrgang
Winterhalbjahre bis einschließlich WHJ 1986/87	Heft 3 / lfd Jahrgang
Sommerhalbjahr 1987.....	4/1987
Winterhalbjahr 1987/88	2/1988
Sommerhalbjahr 1988.....	4/1988
Winterhalbjahr 1988/89	2/1989
Sommerhalbjahr 1989.....	3/1989
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1979 bis 1989	T 1988/89
Winterhalbjahr 1989/90 (Kurzfassung)	2/1990
Winterhalbjahr 1989/90	3/1990
Sommerhalbjahr 1990.....	4/1990
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1990	1/1991
Winterhalbjahr 1990/91 (Kurzfassung)	2/1991
Winterhalbjahr 1990/91 mit Wirtschaftsindikatoren	3/1991
Sommerhalbjahr 1991 und Fremdenverkehrsjahr 1990/91	4/1991
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1991	1/1992
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Winterhalbjahr 1991/92	2/1992
Nächtigungszahlen nach Betriebsgruppen und Bezirken, WHJ 1980-1991	2/1992
Bettenbestandsstatistik - Zeitreihenübersicht , WHJ 1980-1991	2/1992
Sommerhalbjahr 1992 und Fremdenverkehrsjahr 1991/92	4/1992
Bettenbestandsstatistik - Zeitreihenübersicht , SHJ 1980-1990	4/1992
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1992	1/1993
Winterhalbjahr 1992/93	2/1993
Sommerhalbjahr 1993.....	1994

Tourismus (Fortsetzung)	
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1993	1/1994
Winterhalbjahr 1993/94	2/1994
Sommerhalbjahr 1994 und Fremdenverkehrsjahr 1993/94	4/1994
Statistische Analyse des Fremdenverkehrs für den Bezirk Liezen	1/1995
Tourismuswirtschaft 1994 im Bundesländervergleich	1/1995
Winterhalbjahr 1994/95	3/1995
Sommerhalbjahr 1995 und Fremdenverkehrsjahr 1994/95	6/1995
Winterhalbjahr 1995/96	3/1996
Tourismuswirtschaft 1995 im Bundesländervergleich	6/1996
Thermenbericht	6/1996
Sommerhalbjahr 1996 und Fremdenverkehrsjahr 1995/96	7/1996
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1981 bis 1995	2/1997
Tourismuswirtschaft 1997 im Bundesländervergleich	4/1997
Winterhalbjahr 1996/97	5/1997
Sommerhalbjahr 1997 und Fremdenverkehrsjahr 1996/97	7/1997
Tourismuswirtschaft 1997 im Bundesländervergleich	2/1998
Tourismus in alpinen Schigebieten	2/1998
Winterhalbjahr 1997/98	2/1999
Sommerhalbjahr 1998	3/1999
Winterhalbjahr 1998/99	7/1999
Sommerhalbjahr 1999 mit Gastbeitrag: Konzepte und Trends in der Tourismusstatistik auf nationaler und internationaler Ebene	3/2000
Winterhalbjahr 1999/2000	7/2000
Sommerhalbjahr 2000	1/2001
Wintertourismus 2001	6/2001
Sommertourismus 2001	9/2001
Wintertourismus 2001/2002	4/2002
Sommertourismus 2002	2/2003
Tourismus (Zeitreihenserie)	
Ankünfte u. Nächtigungen aller Herkunftsländer in allen Unterkunftsarten, WHJ, SHJ, FVJ, KLJ 1980 –1989	9/1999
Ankünfte u. Nächtigungen aller Herkunftsländer in allen Unterkunftsarten, WHJ, SHJ, FVJ, KLJ 1989 –1999	10/1999
Unfallgeschehen	
Straßenverkehrsunfälle, globale Daten (Quartalsergebnisse) bis I. Qu.1989	in jedem Heft
Alpinunfälle, 1985 und 1986	1/1987
Straßenverkehrsunfälle im Kalenderjahr 1988 nach Unfallursachen	3/1989
Unfallbilanz auf den steirischen Straßen im Jahr 1989	2/1990
Unfallbilanz auf den steirischen Straßen im Jahr 1990	2/1991
Strukturen und Dimensionen im Unfallgeschehen 1989 (Mikrozensus)	4/1991
Steiermark bezirkweise: Kfz-Neuzulassungen, Kfz-Bestand, Kfz-Dichte, Unfälle, Verunglückte, 1981 bis 1991	BEZ 1981 -1991
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1991	3/1992
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1992	3/1993
Verlauf des Unfallgeschehens seit dem Zweiten Weltkrieg und Kfz-Bestand	5/1994
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1993	5/1994
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1994	7/1995
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1995	8/1996
Steiermark bezirkweise: Kfz-Neuzulassungen, Kfz-Bestand, Kfz-Dichte, 1981 bis 1995	2/1997
Steiermark bezirkweise: Unfälle, Verunglückte, 1981 bis 1995	2/1997

Unfallgeschehen (Fortsetzung)	
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1996	8/1997
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1997	6/1998
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1998	11/1999
Steiermark – Motorisierung im 20. Jahrhundert	11/1999
Straßenverkehr 1999, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 1999	12/2000
Unfallgeschehen im Privatbereich, Freizeit, Sport	12/2000
Straßenverkehr 2000, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2000	6/2001
Wahlen	
Straßenverkehr 2001, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2001	4/2002
bis 1999 siehe unter Sonderpublikationen	
Landtagswahl 2000, Erstauswertung	8/2000
Landtagswahl 2000, Dokumentation	11/2000
Wohnbau	
Wohnbaustatistik 1987	1/1989
Wohnbaustatistik 1988	3/1989
Wohnbaustatistik 1989	3/1990
Wohnbaustatistik 1990 mit vorläufigen Ergebnissen der Häuser- u. Wohnungszählung 1991	3/1991
Häuser- u. Wohnungszählung 1991, Hauptergebnisse	3/1992
Wohnbaustatistik 1991 mit Bezirksergebnissen	3/1992
Wohnbau, Steiermark bezirksweise, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Wohnbaustatistik 1992 mit Bezirksergebnissen	3/1993
Häuser- und Wohnungszählung 1991, Steiermark	1994
Wohnbaustatistik 1993 mit Bezirksergebnissen	5/1994
Wohnbaustatistik 1994	7/1995
Wohnbaustatistik 1995	8/1996
Wohnbau, Steiermark bezirksweise, 1981 bis 1995	2/1997
Wohnbaustatistik 1996	8/1997
Wohnbaustatistik 1997	6/1998
Wohnbaustatistik 1998	6/1999
Wohnbaustatistik 1999	13/2000
Wohnbaustatistik 2000	10/2001